

DER NRW-PLAN

UNSER PROGRAMM FÜR 2017–2022

#NRWIR

NRW
SPD

**BESCHLUSS DES AUSSERORDENTLICHEN
LANDESPARTEITAGS DER NRWSPD
AM 18.02.2017 IN DÜSSELDORF.**

INHALT

EIN STARKES UND GERECHTES NRW BRAUCHT EINEN KLAREN PLAN. ZUKUNFTSCHANCEN UND SICHERHEIT IM WANDEL NUR MIT UNS.	5
I. NRW: WIRTSCHAFTLICH STARK!	12
1. Wir stehen für Gute Arbeit in einer starken Wirtschaft.	13
1.1 Wir verbinden auch in Zeiten der Digitalisierung Flexibilität mit Sicherheit.	14
1.2 Wir setzen auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik und den Sozialen Arbeitsmarkt.	15
1.3 Für uns ist klar: Keine Gute Arbeit ohne faire Arbeitsbedingungen.	16
2. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes.	18
2.1 Wir setzen auf eine starke Industrie, innovative Mittelständler und ein solides Handwerk.	19
2.2 Wir entwickeln NRW zum Innovationsland Nr. 1 in Europa.	23
2.3 Wir schaffen beste Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft.	25
2.4 Wir investieren in Verkehrsinfrastruktur und Mobilität.	27
3. Wir gestalten nachhaltiges Wachstum sozial.	30
3.1 Wir führen die Energiewende zum Erfolg.	30
3.2 Wir setzen auf Ressourcenschonung und Wertschöpfungskreisläufe.	35
3.3 Wir stellen uns engagiert dem Arten-, Landschafts- und Naturschutz.	36
3.4 Wir entwickeln die Land- und Forstwirtschaft nachhaltig.	37
II. NRW: SOZIAL GERECHT!	39
4. Wir wollen die beste Bildung für jeden von Anfang an.	41
4.1 Wir machen unsere Schulen fit für die Zukunft.	42
4.2 Wir stärken die berufliche Bildung.	45
4.3 Wir schaffen beste Bedingungen für ein erfolgreiches Studium.	48
4.4 Wir setzen auf lebensbegleitendes Lernen.	51
5. Wir stärken Kinder und Familien.	52
5.1 Wir schaffen beste Bildung von Anfang an und eine verlässliche Kinderbetreuung.	53
5.2 Wir wissen: Familien brauchen Zeit, Anerkennung und finanziellen Spielraum.	55
5.3 Wir setzen auf eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik.	57
6. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in NRW.	58
6.1 Wir ermöglichen ein aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter.	59
6.2 Wir organisieren eine gelingende Integration.	61
6.3 Wir stehen für das Gelingen von Inklusion.	64
6.4 Wir treten für echte Gleichstellung ein.	65
6.5 Wir bekämpfen Armut und soziale Ausgrenzung.	67
6.6 Wir stehen für eine starke wohnortnahe Gesundheitsversorgung.	68

III. NRW: GEMEINSAM FÜR DEN ZUSAMMENHALT!	71
7. Wir sorgen für handlungsfähige Kommunen.	72
7.1 Wir halten Städte und Gemeinden finanziell handlungsfähig.	73
7.2 Wir stärken die kommunale Demokratie und das Ehrenamt vor Ort.	75
8. Wir sorgen für Heimat vor der Haustür.	76
8.1 Wir investieren in lebenswerte Quartiere als Orte des Miteinanders.	77
8.2 Wir sorgen für guten und bezahlbaren Wohnraum.	80
8.3 Wir stärken die ländlichen Räume.	82
8.4 Wir machen NRW mobil.	84
8.5 Wir stehen für eine vielfältige Kulturlandschaft.	86
8.6 Wir wollen ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot sichern.	88
8.7 Wir gestalten das Sportland NRW.	90
9. Wir treten für einen starken Staat und mehr Sicherheit in einer offenen Gesellschaft ein.	92
9.1 Wir stärken die öffentliche Sicherheit.	93
9.2 Wir werden aktiv, bevor etwas passiert.	96
9.3 Wir setzen auf die Stärke des Rechts und stärken den Verbraucherschutz.	97
9.4 Wir stehen auf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus.	100
9.5 Wir stehen für religiöse Toleranz und Vielfalt.	101
IV. NRW: VERLÄSSLICH KURS HALTEN!	103
10. Wir stehen für stabile Finanzen.	104
10.1 Unser Dreiklang gilt: Zukunftsinvestitionen, Haushaltskonsolidierung und Einnahmeverbesserungen.	105
10.2 Wir stehen für einen modernen und attraktiven Öffentlichen Dienst.	107
10.3 Wir sind der Anwalt für Steuergerechtigkeit in unserem Land.	108
11. Wir sind in Europa und der Einen Welt Zuhause.	109
11.1 Wir sind gute Nachbarn in einem starken Europa.	110
11.2 Wir setzen die Tradition unserer Eine-Welt-Politik fort.	112
SPD. POLITIK FÜR DIE SOLIDARISCHE MEHRHEIT IN NRW.	114

EIN STARKES UND GERECHTES NRW BRAUCHT EINEN KLAREN PLAN. ZUKUNFTSCHANCEN UND SICHERHEIT IM WANDEL NUR MIT UNS.

Nordrhein-Westfalen ist auf gutem Kurs: So viele Menschen wie nie zuvor sind in Arbeit, die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit über 20 Jahren, die Bildungsinvestitionen liegen auf Rekordhöhe, und die Familien in Nordrhein-Westfalen erhalten mehr Leistungen als jemals zuvor. Das Land wird stärker und gerechter. Schritt für Schritt.

Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 2010 verfolgen wir ein klares Ziel: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen unser Land zukunftssicher. Daran arbeiten wir jeden Tag. Konsequenz, vorausschauend und mit Haltung. Wir haben einen klaren Plan und wir halten, was wir versprechen.

Mit unserer vorbeugenden Politik haben wir begonnen, in eine gute Zukunft für die Menschen, die hier leben, zu investieren. Unsere Orientierung dabei: Raus aus dem Reparaturmodus und rein in den Vorsorgemodus. Wir verstehen Vorbeugung als Leitgedanken, als Gestaltungsprinzip in vielen Feldern. Nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Sozialdemokratie in NRW stellt sich mit konkreten, durchdachten und erprobten Konzepten der Verantwortung für das größte Bundesland. Auf Hannelore Kraft können die Menschen vertrauen.

Privat-vor-Staat – das war gestern. Die Zeit dieses schlanken Staates war kurz, und sie ist vorbei. Sie darf nicht wiederkehren, denn wir brauchen gerade jetzt einen handlungsfähigen Staat. Unser Dreiklang lautet deshalb ‚Zukunftsinvestitionen – Haushaltskonsolidierung – Einnahmeverbesserungen‘. Wir sorgen so für eine starke öffentliche Hand, die schützt und stützt, die anschiebt und im Notfall auch auffängt. Und: Erstmals nach 1973 kommt NRW im Jahr 2016 ohne neue Schulden aus. Wir werden diesen Kurs der Solidität und Investitionen fortsetzen.

Die Menschen verlangen zu Recht Sicherheit und Orientierung in einer Welt, die immer unübersichtlicher wird. Damit wir morgen sicher leben können, bringen wir heute die notwendigen Reformen auf den Weg. Auf die Sozialdemokratie in NRW ist Verlass.

Politik für die Solidarische Mehrheit in Nordrhein-Westfalen.

Vor sieben Jahren hat Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin gewählt. Sieben gute Jahre für unser Land. Seitdem stehen wieder die Werte und Bedürfnisse der Menschen in Nordrhein-Westfalen im Zentrum der Landespolitik.

Die NRWSPD ist die Partei der Solidarischen Mehrheit: Der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Wohlstand unseres Landes hart erarbeiten. Der Ehrenamtlichen, die anpacken, wo Hilfe benötigt wird. Der Frauen und Männer, die in Industrie und Mittelstand, im Handwerk, in der Dienstleistung und Landwirtschaft und in den freien

Berufen Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg tragen. Der Familien, in denen die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gelegt wird. Der Wissenschaftler und Existenzgründer, Kulturschaffenden und Künstler, die der Motor für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen sind. Der Menschen, die Zugang zum Arbeitsmarkt suchen und ihre Chancen verdienen. Der Rentnerinnen und Rentner, deren Schaffenskraft unser Land so viel zu verdanken hat.

Auf diese Solidarische Mehrheit setzen wir. Nicht erst angesichts der Herausforderungen der vergangenen Jahre. Aber insbesondere hier hat sie bewiesen: Die Solidarische Mehrheit ist das feste Fundament unseres Landes.

Stolz auf das Erreichte. Bereit, in die Zukunft zu investieren.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind stolz auf das gemeinsam Erreichte. Sie wissen: Vieles ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten möglich gewesen, weil viele angepackt und mitgetan haben. Neue Chancen, vor allem für die nächste Generation, sind entstanden, weil wir Wandel gemeinsam gestalten. Weil wir aktiv Veränderungen angepackt haben, zum Schutz von Industriearbeitsplätzen und für gute Rahmenbedingungen für neue Unternehmen. Weil in Schulen, Ausbildungszentren und Hochschulen die nächste Generation das Rüstzeug erhält, um die Herausforderungen im Berufsleben und in der Gesellschaft zu bestehen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird nie vergessen, dass dies die Grundlage unseres Wohlstands und unseres sozialen Zusammenhalts ist.

Eine gute Bildung ermöglicht einen guten Start ins Leben. Seit 2010 haben wir über 200 Milliarden Euro in Zukunft investiert – in Kinder, Bildung und Familien. Mehr als jeder dritte Euro des Landesetats fließt inzwischen in diesen Bereich.

Auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit haben wir bereits vieles erreicht. Wir haben die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren verdoppelt. Damit lösen wir den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für alle ein und schaffen die Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern. Auch im Offenen Ganztage an den Schulen haben wir die Zahl der Plätze auf 305.000 gesteigert. Die Unterrichtsbedingungen an unseren Schulen verbessern wir durch zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, multiprofessionelle Teams und mehr Schulsozialarbeit. Mehr noch: Wir ermöglichen ein längeres gemeinsames Lernen für immer mehr Schülerinnen und Schüler, sorgen für mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulen und bauen die sozialen Hürden zum Besuch einer Hochschule ab. Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden und der Geldbeutel der Eltern nicht über den Bildungserfolg der Kinder. Deswegen haben wir die Studiengebühren abgeschafft. Die von CDU und FDP geforderte Wiedereinführung wird es mit uns nicht geben.

Doch wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Wir wissen: Beste Bildung für alle Kinder muss deutlich weiter gehen. Zum Wohl unserer Kinder investieren wir wei-

terhin gleichermaßen in den Ausbau wie in die Qualität der Kindertagesbetreuung. Die Elternbeiträge für die Kernzeiten der Kitas werden wir komplett streichen.

Individuelle Förderung steht in vielen Schulen unseres Landes schon heute im Mittelpunkt. Wir schaffen dafür nicht nur personell die besten Rahmenbedingungen. Das Programm Gute Schule 2020 trägt mit zwei Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren dazu bei, unsere Schulen zu modernen Orten des Lernens zu machen.

Zentrales Vorhaben unserer Politik ist und bleibt die Initiative Kein Kind zurücklassen. Wir setzen auf eine Politik der Vorbeugung, die allen Kindern gleiche Chancen auf ein gutes Aufwachsen, auf Bildung und auf gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen soll. Es geht darum, die gesamte Entwicklung eines Kindes besser in den Blick zu nehmen und den Familien bestmöglich und frühzeitig helfen zu können. Nach einer Modellphase öffnen wir diese Initiative nun in zwei Schritten für alle Kommunen.

Unser NRW-Plan hat klare Schwerpunkte: Investitionen in Kinder, Bildung und Kommunen, in Innovationen und Infrastruktur helfen, unser Land zu erneuern, und machen es fit für die Zukunft. Deshalb investieren wir heute in neue Wirtschaftskraft und schaffen die Voraussetzungen für gute und sichere Arbeit. Wir investieren, damit unsere Städte und Gemeinden lebenswert und sicher sind und mehr gute und bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit: für Chancengleichheit in einem besseren Bildungssystem, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einer fairen Arbeitswelt, nicht zuletzt für mehr Leistungsgerechtigkeit durch die Entlastung junger Familien und durch die Bekämpfung der Steuerkriminalität. Wir schaffen konsequent und mit Erfolg mehr Steuergerechtigkeit: Über 23.000 Steuerbetrüger zeigten sich selbst an, was zu rund 2,3 Milliarden Euro Mehreinnahmen geführt hat.

Die Menschen in NRW kennen Wandel, und sie können Wandel.

NRW ist und bleibt ein Land im Wandel. Die Menschen kennen das und sie packen mit an.

Wir alle wissen um die Herausforderungen, die auch mit der Digitalisierung, dem demografischen Wandel oder der Energiewende auf Nordrhein-Westfalen zukommen. Deshalb lassen wir Wandel nicht einfach geschehen, sondern wir gestalten und begleiten ihn.

Und unsere gemeinsamen Anstrengungen sind erfolgreich: Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit der höchsten Wirtschaftsleistung in Deutschland. Jeder fünfte Euro des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird in den 750.000 Unternehmen in NRW erarbeitet. Jeder vierte deutsche Weltmarktführer hat seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen. Und NRW ist so attraktiv für ausländische Direktinvestitionen wie keine andere bundesdeutsche Region. Seit 2010 gibt es rund 730.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr in NRW.

Vom Pionierland der Industrialisierung sind wir heute auf dem Weg zum Pionierland digitaler Produktionsprozesse, neuer Technologie- und Dienstleistungssektoren und effizienter Energielösungen zu werden. Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche ist dabei der wichtigste Treiber. Wir haben deshalb die Gestaltung der Digitalisierung zu einem unserer Schwerpunkte gemacht. Wir werden sie auch in den nächsten Jahren für mehr Wohlstand, neue Arbeits- und Ausbildungsplätze und mehr Lebensqualität zu nutzen wissen. Dabei bleiben wir Vorreiter der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft.

Als erstes Bundesland haben wir 2015 eine umfassende Digitalstrategie vorgelegt. Wir setzen sie systematisch um. Vom flächendeckenden schnellen Internet über die anwendungsorientierte Forschung und die Unterstützung von Start-Ups bis hin zur Förderung gerade der mittelständischen Wirtschaft bieten wir so beste Voraussetzungen für die Wirtschaft 4.0.

Was für die Digitalisierung gilt, gilt auch für die anderen weltweiten Leitmärkte: Wir wollen, dass NRW Innovationsland Nr. 1 in Europa wird. Schlüssel dazu ist ein innovatives Forschungs- und Wissenschaftsumfeld. Mit der dichtesten Hochschul- und Forschungslandschaft in Europa hat Nordrhein-Westfalen beste Voraussetzungen. Unsere Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sind heute schon auf Rekordniveau. Wir werden nicht nachlassen und wollen auch die Wirtschaft stärker einbeziehen. Unser Ziel: Keine gute Idee soll an der Finanzierung oder Unterstützung scheitern.

Unser Ehrgeiz ist, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aktiv in diese Strategie einzubinden. Wir setzen auf ihre Stärken: auf ihre Erfahrung, ihr Wissen und ihren Fleiß, auf ihre Weltoffenheit und ihren Mut zur Veränderung. Unsere Initiative Arbeit 4.0 und die Maßnahmen zur Fachkräftesicherung sind darauf ausgerichtet, diese Markenzeichen nordrhein-westfälischer Wirtschaft in eine gute Zukunft zu führen. Menschen, die schon lange Zeit ohne Arbeit sind, geben wir in einem Sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen, wieder teilhaben zu können an der Erwerbsarbeit.

Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist unsere Verpflichtung gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Daher haben wir Klima- und Umweltschutz früh und konsequent als Fortschrittsmotor verstanden. Allein 27.000 neue Arbeitsplätze sind in der Umweltwirtschaft seit 2010 entstanden. Unser Ziel ist, mindestens 420.000 bis zum Jahr 2025 zu erreichen.

Wir wollen die beschlossenen Ziele im Pariser UN-Klimavertrag zur Begrenzung des Klimawandels auf 1,5 bis 2 Grad und die Einhaltung der EU-Umweltrichtlinien u. a. zur Luftreinhaltung und zum Gewässer- und Grundwasserschutz durch wirksame Maßnahmen in den Bereichen Industrie, Verkehr, Energie, Land- und Forstwirtschaft und Wohnungsbau erreichen. Nur wenn wir alle solidarisch und verantwortungsvoll Klima- und Umweltschutzmaßnahmen durchsetzen, können wir die drohende Zerstörung

und Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den menschenverursachten Klimawandel und Umweltveränderungen in NRW, Europa und weltweit verhindern.

Unsere Heimat NRW. Lebenswert. Vielfältig. Sicher.

In Nordrhein-Westfalen sind es seit jeher die Städte und Regionen, die den Menschen Heimat geben und Identität verleihen. Um die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden zu sichern und auszubauen, engagiert sich das Land bis an die Grenzen seiner finanziellen Möglichkeiten. Darin werden wir nicht nachlassen.

Unsere Städte und Gemeinden haben wieder Luft zum Atmen. Die 138 Städte und Gemeinden, die 2010 im Nothaushalt waren, konnten wir auf 9 reduzieren. Und auch sie sind auf dem Wege der Besserung. Das verbessert auch die Lebensqualität vor Ort. Aber wir gehen weiter: Mit unseren Quartier- und Stadterneuerungsprogrammen, unserer Kultur- und Sportförderung und nicht zuletzt mit unserer Wohnungsbauoffensive sorgen wir weiterhin dafür, dass gutes Wohnen bezahlbar bleibt und unsere Städte und Gemeinden attraktiv. Wir wollen auch den ländlichen Raum als Lebens- und Arbeitsumfeld stärken. Die Digitalisierung schafft hier neue Möglichkeiten, z. B. bei der medizinischen Versorgung, aber auch für Betriebe, die mit ihren Geschäftspartnern und Kunden in der ganzen Welt vernetzt Geschäfte machen können.

Die Menschen in NRW sind stolz auf die kulturelle Vielfalt und die Weltoffenheit ihres Landes. Was die Menschen unterscheidet, muss sie noch lange nicht trennen. Vielfalt macht uns stark und offen für Neues, für neue Erfahrungen, neue Kulturen und neue Lebensentwürfe. Vielfalt ist Voraussetzung für Stärke und Dynamik – in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, wie Integration gelingt, und worauf es ankommt. Weltoffenheit und Integration sind in NRW gelebte Realität. Unser Integrationsplan für Menschen, die bei uns Schutz vor Terror, Krieg und Verfolgung gefunden haben, ist gleichzeitig ein Plan für alle Menschen in NRW. Von unseren Investitionen in neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, ausreichend Kitaplätze und bezahlbare Wohnungen profitieren alle Menschen in unserem Land. Diejenigen, die erst kurz in unserem Land leben, und die vielen, die hier schon lange zu Hause sind.

Wir wissen aber auch: Ein gutes Zusammenleben braucht gegenseitigen Respekt und gemeinsame Regeln. Nur dann ist ein friedliches Miteinander möglich. Wir stehen für eine offene und solidarische Gesellschaft. Bei uns haben alle ihren Platz, die unsere Gesetze und Werte achten, gleich welcher Herkunft, gleich welchen Glaubens, gleich welcher sexuellen Orientierung. In diesem Nordrhein-Westfalen kann jede und jeder eine gute Heimat finden und einen Beitrag zum Gelingen unseres Gemeinwesens leisten.

Diese freie und tolerante Gesellschaft ist immer wieder Herausforderungen ausgesetzt – durch radikale, extremistische oder sogar terroristische Kräfte im Inneren wie von außen. Zur bitteren Wahrheit unserer Zeit gehört, dass es in einer freien und offenen Gesellschaft keine einhundertprozentige Sicherheit geben kann. Die Freiheit und Offenheit unserer Gesellschaft macht uns stark, aber auch verletzlich. Doch wir werden trotz der Herausforderungen extremistischer und terroristischer Gewalt unseren Lebensstil nicht aufgeben. Unsere Polizei ist und bleibt wachsam, um uns bestmöglich zu schützen. Die Sicherheitsbehörden verdienen unsere große Anerkennung und Unterstützung.

In den vergangenen Jahren ist das Bedürfnis nach Sicherheit insgesamt gewachsen. Die Politik des Privat-vor-Staat war der falsche Weg, auch im Bereich der Sicherheit. Wo CDU und FDP Stellen abgebaut haben, haben wir seit 2010 neue Planstellen geschaffen: 1.200 bei der Polizei, 1.800 bei der Justiz. Und wir bilden ab 2017 jedes Jahr 2.000 neue Polizistinnen und Polizisten aus. Das ist bundesweit einmalig. Insgesamt haben wir in den vergangenen Jahren 30 Milliarden Euro in Innere Sicherheit investiert.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass wir uns keiner Diskussion verschließen, die mehr Sicherheit für die Menschen verspricht. Wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die Sicherheit und Bürgerrechte und Präventionsarbeit miteinander verbindet – im Dienste einer freien und toleranten Gesellschaft.

Unser NRW-Plan. Wir setzen Ziele und halten verlässlich Kurs.

Verantwortliche Politik braucht lange Linien und den Blick über eine Wahlperiode hinaus. Wir fahren nicht auf Sicht. Wir setzen Ziele und halten verlässlich Kurs.

Wir haben eine klare Vision für die Zukunft unseres Landes: Ein Land, das weiter wirtschaftlich und technologisch zur Spitzengruppe der Welt gehört. Ein Land mit Vollbeschäftigung, in dem der soziale Aufstieg möglich ist und das für alle Menschen zu mehr Wohlstand führt. Ein Land, das seiner Jugend Zukunft gibt und den älteren Menschen Geborgenheit und Sicherheit. Ein Land, in dem Familien gut aufgehoben sind und in dem die Gleichberechtigung von Frau und Mann gelebt und unterschiedliche sexuelle Orientierungen respektiert werden. Ein Land, das wirksam gegen Extremismus, Kriminalität und Gewalt vorgeht und ebenso erfolgreich gegen deren Ursachen.

Ein Land, das sich in der Mitte Europas nicht abschottet, sondern selbst Motor des europäischen Gedankens ist. Ein Land, in dem die Regionen ihre Identität im Wandel bewahren und wo die Heimat vor der Haustür liegt. Ein Land, in dem Weltoffenheit und Toleranz genauso zu Hause sind wie die Freude am Brauchtum, und wo der Respekt vor den anderen und ihren Leistungen aktiv gelebt wird.

Sozialdemokratische Politik ist der Antrieb für Wohlstand, Fortschritt und Aufstieg in Nordrhein-Westfalen. Für Stabilität und Zusammenhalt sorgt das politische Gewicht der NRWSPD.

Viel haben wir schon erreicht. NRW ist auf gutem Kurs. Auf unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist Verlass.

Wir haben Wort gehalten. Auch in schwierigen Zeiten. Das gilt ebenso für die Zukunft. Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen. Deshalb gibt es bei uns keine unerfüllbaren Versprechungen. Klar, konkret und verlässlich, das ist unser NRW-Plan.

Es gibt noch viel zu tun. Gemeinsam mit den Menschen in unserem Land werden wir dafür sorgen, dass es weiter aufwärts geht in Nordrhein-Westfalen und dass alle mitkommen.

Dafür werden wir weiter hart arbeiten. Das ist unser Plan für NRW.

I. NRW: WIRTSCHAFTLICH STARK!

Wir haben vor der letzten Wahl vollen Einsatz für eine starke Wirtschaft und mehr gute Arbeitsplätze versprochen. Wir haben Wort gehalten. Nordrhein-Westfalen ist das wirtschaftliche Herzstück Deutschlands und eine der bedeutendsten Wirtschaftsregionen Europas. Die meisten Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland fließen hierher – mehr als nach Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

Seit 2010 gibt es rund 730.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr in NRW. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Bei uns gibt es die dichteste Hochschullandschaft Europas, eine duale Ausbildung von Weltruf und mehr hochqualifizierte Fachkräfte als irgendwo sonst in Europa.

Es ist uns gelungen, auch in NRW die Trendwende einzuleiten. Aber diese Erfolge reichen uns nicht. Wir geben uns damit – insbesondere im Ruhrgebiet – nicht zufrieden.

Stetiges und nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft, Gute Arbeit bei fairem Lohn und Beschäftigung auch für diejenigen, die lange vom Arbeitsprozess ausgeschlossen waren, bleiben die zentralen Anliegen unserer Politik. So gestalten wir den Strukturwandel in unserem Land sozial. Wo NRW stark ist, kann es noch stärker werden. Wo es noch Strukturschwächen gibt, werden wir weitere wirtschaftliche Dynamik ermöglichen. Wir wollen Wachstum, Vollbeschäftigung und Wohlstand in alle Regionen unseres Landes bringen. Gute Wettbewerbsbedingungen für Industrie und Mittelstand, Handwerk und selbstständige Berufe haben wir dabei besonders im Blick.

Wir werden NRW zum Innovationsland Nr.1 in Europa machen. Denn: Wenn wir im Wettbewerb bestehen wollen, müssen wir besser sein – nicht billiger. Einen Kostensenkungswettlauf gegen die Billiglohnländer dieser Welt kann und will Nordrhein-Westfalen nicht gewinnen. Ein Innovationsland verlangt nach einem modernen Staat, der offensiv in Bildung und Forschung, in Technologieentwicklung und Infrastruktur investiert. Dabei setzen wir insbesondere auf die Leitmärkte, die für zukünftiges Wachstum, für Vollbeschäftigung und gesellschaftlichen Fortschritt von herausragender Bedeutung sind. Die Digitalisierung und die Energiewende wollen wir so als Motor für neues Wachstum und neue hochproduktive Arbeitsplätze nutzen.

Unsere Investitionen in die Infrastruktur haben eine Rekordmarke erreicht. Nie wurde mehr Geld in Schiene und Straße, in Kanäle und Brücken investiert. Dies war dringend erforderlich, um den Investitionsstau der vergangenen Jahre anzugehen. Damit Nordrhein-Westfalen ein europaweit führender Wirtschafts- und Logistikstandort bleiben kann, werden wir noch eine Schuppe drauflegen. Kernstück ist das größte Anti-Stau-Programm aller Zeiten für die Autobahnen bei uns im Westen. Mit dem Bündnis für Infra-

struktur schaffen wir Akzeptanz auch für dringend benötigte Großprojekte und somit dafür, dass diese zügig umgesetzt werden.

Sozialdemokratische Politik sorgt auch für die Beseitigung des Fachkräftemangels und für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wir bauen die berufliche Qualifizierung aus, stärken die Ansprüche von Beschäftigten und schützen die Rechte ihrer Vertreterinnen und Vertreter. Gute Arbeit hat ihren Wert. Echte Leistungsgerechtigkeit gibt es nur mit starken Gewerkschaften und Betriebsräten. Wo Renditen wachsen, müssen auch Löhne und Gehälter steigen. Jeder Wirtschaftsaufschwung muss Wohlstandsgewinne für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich bringen.

Wir stehen für eine zukunftsfähige Politik, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele gleichberechtigt miteinander verbindet. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen dabei Vorreiter bleibt. Energie- und ressourcenschonende Technologien sind ein Schlüssel für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Unser Anspruch ist klar: Wir gestalten nachhaltiges Wachstum sozial und führen so auch die Energiewende zum Erfolg.

Eine moderne und vorausschauende Wirtschaftspolitik setzt auf die bewährte Kraft der Sozialpartnerschaft. Mit ihrer Hilfe werden wir die Prinzipien und Regeln der sozialen Marktwirtschaft in das Zeitalter der digitalen Ökonomie überführen.

1. Wir stehen für Gute Arbeit in einer starken Wirtschaft.

Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Wir wissen: Gute Arbeit bedeutet für die meisten Menschen zuerst Absicherung des eigenen Lebens und dem ihrer Familien. In der Arbeit können sich Menschen verwirklichen, ihre Talente entfalten, Anerkennung erhalten und Wohlstand erreichen.

Arbeit ist Teil der Würde des Menschen. Sie ermöglicht Teilhabe, Fortkommen und Aufstieg. Deshalb ist Gute Arbeit zu fairen Löhnen für uns Maßstab einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Deshalb wollen wir für gute Arbeitsplätze für alle Menschen in unserem Land sorgen. Und das heißt für uns auch, dass Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung für alle Menschen mit mehr Chancen verbunden ist.

An all dem haben wir bereits hart gearbeitet: Mit dem *Tariftreue- und Vergabegesetz*, der Landesinitiative *Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb* und nicht zuletzt mit unserem Einsatz zur Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit sowie der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns haben wir Lohndumping zurückgedrängt. Das neue Landespersonalvertretungsgesetz setzt Maßstäbe für ein modernes Mitbestimmungsrecht weit über NRW hinaus. Mit dem Förderprogramm *Öffentlich geförderte Beschäftigung NRW* haben wir den ersten Grundstein für den Sozialen Arbeitsmarkt gelegt und erfolgreich gezeigt, wie Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden kann.

1.1 Wir verbinden auch in Zeiten der Digitalisierung Flexibilität mit Sicherheit.

Der fortwährende Strukturwandel und die Digitalisierung fordern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land heraus, aber ebenso die Gestaltungskraft der Politik.

Neue technische Möglichkeiten befördern und erfordern eine flexiblere Gestaltung von Arbeitsprozessen und andere Qualifikationen. Diese Arbeit 4.0, mit allen Chancen und Risiken, gilt es, für eine Humanisierung der Arbeitswelt mit größeren Freiheiten und mehr Selbstbestimmung zu nutzen. Unternehmen brauchen flexible und qualifizierte Beschäftigte. Wer diese Flexibilität als Unternehmen erwartet, muss auch mehr Selbstbestimmung für die Beschäftigten bieten. Die Arbeitswelt der Zukunft verlangt, dass Arbeitszeit, Familienzeit und Zeit für Qualifikation und Weiterbildung ineinander greifen können.

Weiterbildung wird dabei für alle immer wichtiger, ob sie sich beruflich umorientieren, ob sie ihre Qualifikationen für die wachsenden Anforderungen erweitern wollen, oder ob sie ihre Erwerbsarbeitsphase etwa für die Familie unterbrechen. Denn Unterbrechungsphasen können zu Qualifikations- und langfristig damit zu Einkommensverlusten führen.

Gute Arbeit entscheidet sich nicht zuletzt und ganz praktisch im Betrieb. Wir wissen: Dort, wo die Mitbestimmung stark ist, sind die Arbeitsbedingungen besser und der unternehmerische Erfolg höher. Unsere starke Mitbestimmung ist ein entscheidender Standortvorteil für NRW. Starke Gewerkschaften, eine lebendige betriebliche Mitbestimmung und eine stabile Tarifbindung sorgen für eine positive Entwicklung unseres Bundeslandes. Wir wollen, dass NRW das Mitbestimmungsland Nr. 1 bleibt. Gute Arbeit 4.0 gibt es nicht ohne Mitbestimmung 4.0.

Wir werden deshalb:

- **Die erfolgreiche Arbeit der Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 fortsetzen.** Gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten werden wir zusätzlich ein landesweites Programm Gute Arbeit 4.0 entwickeln.
- **Weiterbildung und Qualifizierung 4.0 für Beschäftigte ermöglichen.** In allen Bildungsbereichen müssen hierzu Voraussetzungen für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien optimiert oder geschaffen werden. Wir werden das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz so anpassen, dass insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Beschäftigung, aus welchen Gründen auch immer, unterbrochen haben, mehr Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten. Auch das Nachholen eines Schulabschlusses wird so möglich. Im Bund werden wir uns für eine Arbeitsversicherung einsetzen, die Weiterbildung, Erholungsphasen und Sicherheit in einer digitalen Arbeitswelt ermöglicht. Dabei machen wir uns auch für eine Ausweitung der Versicherungspflicht auf Selbstständige stark. Dies kann durch eine Erweiterung zum freiwilligen Beitritt in die Pflichtversicherung auf Antrag erreicht werden. Wir

fordern darüber hinaus den Bund auf, ein umfassendes Qualifizierungsprogramm – vergleichbar dem bei der Einführung des PCs – aufzulegen, um Beschäftigungsfähigkeit nachhaltig und zu sichern.

- **Zeigen, dass Sicherheit und Flexibilität kein Widerspruch sind.** Wir werden uns dafür stark machen, dass insbesondere Frauen, die aus familiären Gründen ihre Arbeitszeit reduzieren, das Recht haben, aus einer Teilzeitbeschäftigung wieder in eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Lebensarbeitszeitkonten, durch die Arbeitszeit angespart und in bestimmten Lebensphasen wieder ausgegeben werden kann, müssen verbessert werden. Dies dient auch dem Ziel der besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben. Zu einer besseren Absicherung gehört für uns auch, Arbeitsbiografien mit Brüchen, hohem (Schein-)Selbstständigkeitsanteil oder nichtlinearem Verlauf besser in das System staatlicher sozialer Absicherung einzubinden. Auch in Zeiten von Digitalisierung und Arbeit 4.0 müssen Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit für alle Beschäftigten sichergestellt sein.
- **Das Erfolgsmodell Mitbestimmung stärken.** Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Betriebsräte in der Betriebsverfassung und in den Aufsichtsräten müssen mit der Digitalisierung Schritt halten. Dazu müssen sie gesichert und, wo nötig, ausgebaut werden. Wir werden uns im Bund für eine Verschärfung der Straftatbestände bei Verstößen gegen die betriebliche Mitbestimmung im Betriebsverfassungsgesetz stark machen. Professionelle Strukturen, die den Zweck haben, die Gründung und Arbeit von Betriebsräten zu verhindern und zu behindern (Union Busting), wollen wir eindämmen. Deshalb werden wir die Auswirkungen auf die Mitbestimmungsrechte in NRW durch eine wissenschaftliche Studie weiter erforschen, um daraus Handlungsempfehlungen und Anti-Busting-Strategien abzuleiten.
- **Das Modell Arbeitnehmerkammer prüfen.** Gemeinsam mit den Gewerkschaften und unter Beachtung ihrer Tarifhoheit werden wir die Einrichtung einer Arbeitnehmerkammer nach dem Beispiel des Saarlands prüfen. Angesichts der immer größer werdenden Anzahl unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse wollen wir so die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerschaft im Land verbessern und ihr eine starke Stimme bei der Gestaltung der Digitalisierung geben.

1.2 Wir setzen auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik und den Sozialen Arbeitsmarkt.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auf einem Rekordhoch. Doch noch immer sind zu viele Menschen, die am Erwerbsleben teilhaben wollen, auf der Suche nach Arbeit. Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Wir wollen die Arbeitslosigkeit – auch und gerade die Langzeitarbeitslosigkeit – weiter abbauen und allen Menschen Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen. Auch für Geflüchtete ist der Zugang zum Arbeitsmarkt ein wichtiger Schlüssel zur Integration.

Mit unseren aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Landesprogrammen, wie den durch die Regionalagenturen umgesetzten Qualifizierungsmaßnahmen, der Erwerbslosenberatung oder Jugend in Arbeit plus, leisten wir einen wichtigen Beitrag, um Zielgruppen mit besonderen Problemen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir wollen mit einem Sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose soziale Teilhabe und einen neuen Zugang zu Arbeit schaffen. Bereits heute haben wir begonnen: Mehr als 2.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind durch das Programm Öffentlich geförderte Beschäftigung NRW entstanden. Mehr noch: Mit dem Haushalt 2017 haben wir zusätzlich die finanziellen Voraussetzungen für 4.000 weitere Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in NRW geschaffen. NRW nimmt damit eine Vorreiterrolle ein. Für die betroffenen Menschen sind das nicht nur 4.000 neue Jobs, sondern vor allem 4.000 neue Chancen.

Wir werden deshalb:

- **Den Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen und dauerhaft absichern.** Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, das bleibt unser Ziel. Menschen, die lange Zeit ohne Arbeit sind, geben wir mit unserem Sozialen Arbeitsmarkt die Würde der Arbeit zurück. Wir bekämpfen Armut und Perspektivlosigkeit gleichermaßen. In einem ersten Schritt werden wir die Zahl der Plätze im Sozialen Arbeitsmarkt auf 10.000 aufstocken. Statt immer neue Programme anzustreben, müssen endlich eine Entfristung der Maßnahmen und eine tarifizierte Entlohnung erfolgen. Dazu werden wir beim Bund die Möglichkeit schaffen, Mittel der Grundsicherung für die Entlohnung von Beschäftigten zu nutzen (Passiv-Aktiv-Transfer) und die Mittelnutzung in den Jobcentern zu flexibilisieren.
- **Qualifizierungsmöglichkeiten stärken.** Gemeinsam mit den Tarifpartnern sowie den Agenturen für Arbeit und Jobcentern werden wir passgenaue Qualifizierungsangebote für Beschäftigte entwickeln und umsetzen. Für uns ist klar: Wir wollen alle inländischen Arbeitsmarktpotenziale vor allem von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen bestmöglich erschließen. Deshalb werden wir unsere aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Landesaktivitäten fortschreiben und frühzeitig eine Neujustierung für die nächste Förderperiode vorbereiten.
- **Schnell Perspektiven für Geflüchtete schaffen.** Wir machen uns weiterhin dafür stark, dass alle Menschen, die zu uns kommen, an einem Integrationskurs teilnehmen können. Für eine verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt werden wir Verfahren zur Kompetenzfeststellung und Qualifikationsanalysen, etwa durch Arbeitsproben, etablieren. Die erfolgreiche Struktur der Integration Points wird fortgeführt und ausgebaut.

1.3 Für uns ist klar: Keine Gute Arbeit ohne faire Arbeitsbedingungen.

Die Menschen haben das Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz mit einem angemessenen Lohn und guten Arbeitsbedingungen. Viele Arbeitsplätze erfüllen diese Bedingun-

gen nicht: Schlechte Löhne, befristete Verträge, Leih- und Zeitarbeit oder mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten gehören noch immer zur Realität. Auch und gerade für junge Menschen wollen wir sichere Perspektiven schaffen.

Durch den Mindestlohn und die Regulierung der Leiharbeit haben wir die prekäre Beschäftigung bereits zurückdrängen können. Und wir nehmen es nicht hin, wenn Frauen und Männer bei gleichwertiger Arbeit immer noch ungleich bezahlt werden. Für uns gilt: Wertschöpfung braucht Wertschätzung.

Das Internet ist aus fast allen Bereichen der Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken. Dadurch entstehen immer wieder neue Arbeitsfelder, oder es entwickeln sich bereits bestehende weiter. Gerade Click- und Crowdworking machen globales Arbeiten möglich. Die Beschäftigung erfolgt hierbei in der Regel auf selbstständiger Basis, ohne die entsprechenden Arbeitnehmerrechte, wie Mitspracherechte im Betrieb, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlten Urlaub, Sozialversicherungsschutz. Die Entlohnung ist oftmals abgekoppelt von den gesetzlichen und tariflichen Vorschriften. Auch hier bedarf es klarer Regeln und einer angemessenen Absicherung.

Wir werden deshalb:

- **Einen fairen Lohn für Gute Arbeit durchsetzen.** Um den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu unterbinden, sind die striktere Regulierung von Werkverträgen und strengere Regeln für die Leiharbeit unumgänglich. Mit uns wird NRW sich dafür stark machen, dass den Leiharbeitnehmern für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird, ab dem ersten Tag des Einsatzes im Unternehmen. Beim Einsatz von Leiharbeitnehmern erhalten die Betriebs- und Personalräte das Recht zur Mitbestimmung. Ebenso müssen die bestehenden Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn kritisch unter die Lupe genommen und, wo immer möglich, abgeschafft werden. Um die Tarifbindung in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken und die Erosion der Tarifvertragssysteme zu stoppen, setzen wir uns für eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ein. Wir wollen die Anreize dafür stärken, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Die sachgrundlose Befristung muss endlich abgeschafft werden. Gemeinsam mit den Gewerkschaften treten wir für das Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ein und werden in NRW konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen, um unseren Teil zu mehr Entgeltgleichheit beizutragen. Im Bund machen wir uns weiterhin für ein Entgeltgleichheitsgesetz stark. Schwarzarbeit werden wir bekämpfen und die Kommunen in ihrer ordnungsrechtlichen Funktion bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit stärken.
- **Unsere erfolgreiche Initiative *Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb* fortsetzen.** Gemeinsam mit den Tarifpartnern werben wir für das Prinzip der Guten Arbeit. Im Rahmen dieser Initiative entwickeln wir zusammen mit Beschäftigten und Arbeitgebern

auch neue Strategien zur schnelleren Arbeitsmarktintegration älterer Menschen. Im Rahmen einer Studie wollen wir feststellen, wie und in welchem Umfang Click- und Crowdfunding in NRW praktiziert werden. Ziel der Studie ist es, Chancen und Risiken für den Einzelnen und für die soziale Marktwirtschaft zu ermitteln und Handlungsbedarfe zu identifizieren.

- **Den Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken.** Ein wirksames Präventionsgesetz, betriebliches Gesundheitsmanagement und ein wirksamer Arbeitsschutz sind für uns unerlässlich. Denn faire Arbeit ist gesunde Arbeit. Deshalb werden wir auch dafür sorgen, dass die Arbeitsschutzverwaltung weiter gestärkt wird und durch Fortführung unserer Schwerpunktkontrollen sicherstellen, dass Arbeitsschutzvorschriften eingehalten werden.
- **Bildungsurlaub verbessern.** Ebenso wollen wir uns für eine weitere Verbesserung der Möglichkeiten des Bildungsurlaubs einsetzen. Dazu wollen wir vor dem Hintergrund des digitalen Wandels prüfen, die Ortsgebundenheit aus dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW zu streichen.
- **Dafür sorgen, dass die Öffentliche Verwaltung weiter Vorbild bleibt.** Dabei sind wir etwa mit der Entfristung zahlreicher Stellen im Bereich der Justiz bereits wichtige Schritte nach vorne gegangen. Wir setzen weiterhin auf einen Dialog über die Durchsetzung von Mitbestimmung, fairen Arbeitsbedingungen und sozialen Standards in allen Bereichen der Öffentlichen Verwaltung. Deshalb werden wir die sachgrundlose Befristung in der Landesverwaltung Schritt für Schritt abschaffen.

2. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes.

Für uns ist schon lange klar: Unsere Wirtschaft muss besser sein, nicht billiger. Nordrhein-Westfalen ist seit der industriellen Gründerzeit Innovationsland. Damit wurde die Grundlage für Wertschöpfung und Wohlstand gelegt. Auch im Zeitalter der digitalen Wissensökonomie müssen wir in NRW Innovationsland bleiben. Mehr noch: Wir wollen zum Innovationsland Nr. 1 aufsteigen.

Ein starker industrieller Kern und ein breit gefächertes, weltweit erfolgreicher Mittelstand sind die Grundlage für Gute Arbeit und für den stark wachsenden Dienstleistungssektor. Wissen und neue Technologie sind der Treibstoff dieser neuen digital vernetzten Wirtschaft. Ihre Basis sind eine leistungsstarke Infrastruktur und gut qualifizierte Fachkräfte. Die Digitalisierung wird den Strukturwandel in bisher nicht gekannter Weise beschleunigen. Neue Geschäftsmodelle innovativer Unternehmen entstehen, auch langjährig erfolgreiche Unternehmen müssen sich neuen Herausforderungen stellen. Im Zentrum steht die dynamische Bestandsentwicklung unseres industriellen Kerns, des gewachsenen Mittelstands und des Handwerks. Wir fördern gezielt den anwendungs-

rientierten Transfer von Wissen und Technologie sowie Existenzgründungen. So werden wir die Chancen der Digitalisierung nutzen.

Wir verbinden dies mit einer Investitionsoffensive in die Infrastruktur und sorgen dafür, dass Schienen, Wasserwege und Straßen nachhaltig instand gehalten und, wo notwendig, ausgebaut werden.

Nordrhein-Westfalen ist zugleich ein solidarisches Land. Hier übernehmen die Unternehmen mehr als anderswo Verantwortung für die Wirkungen, die von ihnen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Kundinnen und Kunden, die Zulieferer oder die Natur ausgehen. Die Idee der Corporate Social Responsibility fällt daher auf fruchtbaren Boden. Mit der CSR-Strategie NRW wollen wir die Rahmenbedingungen für verantwortliches Wirtschaften weiter verbessern und kleinen und mittleren Unternehmen Information und Unterstützung anbieten.

Seit 2010 haben Investitionen in Bildung, Innovationskraft und Infrastruktur oberste Priorität. Die Landesinvestitionen in Bildung und Forschung haben wir um über 40 Prozent erhöht, unsere Leitmarktorientierung bringt NRW in den wichtigen Zukunftsfeldern auf internationales Spitzenniveau, und unsere Digitalstrategie greift. Schon jetzt haben wir mit fast 78 Prozent die höchste Breitbandversorgung aller Flächenländer in Deutschland.

Mit unserem Mittelstandsförderungsgesetz und unserer Handwerksinitiative haben wir gute Rahmenbedingungen für starke kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gesetzt. Die innovative Kraft unserer Wirtschaft stärken wir durch die Förderung von Technologietransfer und Existenzgründungen.

2.1 Wir setzen auf eine starke Industrie, innovative Mittelständler und ein solides Handwerk.

Nordrhein-Westfalen ist ein Industrieland. Wir verfügen als einer der wenigen Standorte weltweit über eine breit gefächerte industrielle Basis. Gerade die letzte Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig ein starker industrieller Sektor für die ökonomische Entwicklung eines Landes ist. Mit den *Industriepolitischen Leitlinien Nordrhein-Westfalen* haben wir unseren Weg der Stärkung des Industriestandortes NRW aufgezeigt: eine verlässliche Energieversorgung, eine gute Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte und ein innovationsfreundliches Umfeld.

Dabei setzen wir vor allem auf die acht Leitmärkte der Zukunft, in denen die Unternehmen in NRW führend sind: Maschinen- und Anlagenbau, Neue Werkstoffe, Mobilität und Logistik, Informations- und Kommunikationswirtschaft, Energie- und Umweltwirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft, Gesundheit und Life Sciences. Auf diesen Leitmärkten entwickeln Unternehmen mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

gemeinsam mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen die Produkte und Dienstleistungen der Zukunft.

Das *Ladenöffnungsgesetz (LÖG)* bewährt sich. Seine Ausnahmen werden dem Sonn- und Feiertagsschutz gerecht. Die Beschränkung auf elf Sonn- und Feiertage erweist sich in der Praxis als richtig und angemessen.

Bedeutend für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sind funktionsfähige regionale Strukturen. Dabei sind nach wie vor große regionale Unterschiede etwa mit Blick auf Arbeitsmarkt, Einkommen oder auch Unternehmensbestand und wirtschaftliche Dynamik festzustellen. Neben boomenden Regionen stehen solche, in denen der Strukturwandel noch voll im Gange ist. Deshalb unterstützen wir die Regionen des Landes dabei, gemeinsam vor Ort ihre Innovations- und Investitionsbedingungen zu verbessern.

Die Innovations- und Investitionskraft unseres Mittelstands wird durch seine dynamische Entwicklung eindrucksvoll belegt; ebenso die solide Stellung des Handwerks in NRW. Beide profitieren als produzierende Betriebe von unserer Politik. Flankiert wird diese durch die Überprüfung der Auswirkungen gesetzlicher Regelungen auf den Mittelstand. Mit unserem *Mittelstandsförderungsgesetz* haben wir hier Maßstäbe gesetzt. Gemeinsam mit den Handwerksorganisationen haben wir darüber hinaus die *Handwerksinitiative NRW 2.0* aufgelegt, um optimale Rahmenbedingungen für das Handwerk zu schaffen. Durch die Meistergründungsprämie stärken wir das Gründungsgeschehen im Handwerk, ebenso wie durch vielfältige weitere Förderansätze. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Wir werden deshalb:

- **NRW als Wirtschafts- und Industriestandort stärken.** Auf der Grundlage der *Industriepolitischen Leitlinien Nordrhein-Westfalen* und in Fortsetzung des intensiven Diskussionsprozesses mit Wirtschaft und Gewerkschaften, entwickeln wir die Rahmenbedingungen für die Industrie fort. Unter dem Dach der *Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0* werden daneben die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung aller Herausforderungen der Digitalisierung in den Industriebetrieben und industrienahen Dienstleistungsunternehmen gebündelt. Mit unserem *Leitmarkt-Ansatz* werden wir die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslands weiterhin durch den Einsatz europäischer Fördermittel zur Stärkung von Innovationen und Investitionen vorantreiben. Die europäischen Rahmenbedingungen für die industrielle Fertigung müssen besser werden. Es gilt insbesondere, den bestehenden Rechtsrahmen für Industrieunternehmen effizienter zu gestalten und dafür Sorge zu tragen, dass komplexe europäische Zulassungsverfahren die Realisierung von Innovationsvorhaben nicht behindern. Ebenso werden wir weiterhin die Erschließung neuer Absatzmärkte nordrhein-westfälischer Unternehmen im Ausland unterstützen und das Interesse ausländischer Investoren an unserem Land fördern. Der erforderliche Flächenbedarf

wird durch eine nachhaltige und bedarfsgerechte Flächenbevorratung gesichert. Die Akzeptanz von Investitionsvorhaben wollen wir erhöhen, indem wir bewährte Initiativen wie *Dialog schafft Zukunft* sowie das *Bündnis für Infrastruktur* fortsetzen. Dort werden Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe eingebunden, wenn es um die Umsetzung von Projekten geht.

- **Unsere Handwerksinitiative fortführen und auf 4.0 ausrichten.** Die enorme Innovationskraft des Handwerks wollen wir weiter stärken. Dazu werden wir unsere Technologieförderung in Richtung Handwerk 4.0 fortsetzen und dabei insbesondere eine Unterstützung von genossenschaftlichen und/oder Gewerke übergreifenden Formen gemeinsamer Nutzung von Produktionsmitteln sicherstellen. Wir werden darüber hinaus den erfolgreichen *Innovationsgutschein Handwerk* neu auflegen und die bestehenden Beratungsprogramme stärken. Außerdem werden wir die Modernisierung der Bildungsstätten weiter fördern. Wir werden auch die Digitalisierung im Handwerk noch stärker unterstützen. Dazu sollen eine Förderung von Vermarktungsplattformen für das Handwerk im Internet etabliert und entsprechende faire Standards für Vergütung, Abführung von Renten- und Sozialbeiträgen und Qualitätssicherung auf Plattformen erarbeitet werden. Wir werden darüber hinaus ein Schaufenster für Digitalisierung im Handwerk einrichten, das den Technologietransfer in das Handwerk erleichtert und digitale Geschäftsmodelle für das Handwerk besser zugänglich macht.
- **Fachkräfte für das Handwerk der Zukunft gewinnen helfen.** Wir werden das Handwerk mit einer Image-Kampagne unterstützen, damit handwerkliche Arbeit und ihre gesellschaftliche Bedeutung wieder höhere öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung erfahren. Auch die Karrierechancen im Handwerk müssen besser bekannt gemacht und gefördert werden, um jungen Menschen eine breite Orientierung für ihre berufliche Entwicklung zu geben und das Fachkräftepotenzial für das Handwerk zu stärken. Die handwerkliche Meisterausbildung, als zentralen Bestandteil der Sicherung von Qualität und des beruflichen Aufstiegs, werden wir deshalb stärken und gemeinsam mit dem Handwerk Wege erarbeiten, bestehende Zugangshürden, wie etwa zu hohe Gebühren, abzubauen. Die Meisterausbildung soll wie der Master an der Hochschule kostenfrei werden. Das Land wird deshalb die Kosten übernehmen, die Meistern bei ihrer Ausbildung nach Abzug des bewährten Meister-BAföG und anderer Förderungen entstehen. Um beruflichen Aufstieg zu ermöglichen, wollen wir künftig parallel das Abitur und die Gesellenprüfung möglich machen. Dieses Berufs-Abitur, das wir gemeinsam mit den Handwerkskammern auf den Weg bringen wollen, verknüpft Praxis und Wissen auf ideale Weise.
- **Den Handel und die Freien Berufe unterstützen.** Wir wollen Nordrhein-Westfalen als Handelsstandort Nr. 1 in Deutschland stärken und insbesondere den stationären Einzelhandel bei den Herausforderungen durch die Digitalisierung unterstützen. Zur Wahrung der Sonn- und Feiertagsruhe werden wir ein Landesgesetz zur Regelung der

Marktfestsetzung an Sonn- und Feiertagen einführen, das ein Verbot der Festsetzung von reinen Verkaufsveranstaltungen mit hohem Anteil von Neuwaren enthält. Unser Grundsatz: Was für den Einzelhandel gilt, gilt für alle.

- Wir werden auch die Freien Berufe in ihrer Bedeutung für die Stärke unserer mittelständischen Wirtschaft unterstützen und uns auf europäischer Ebene gegen eine Deregulierung der Freien Berufe einsetzen.

- **Eine Revitalisierung der regionalisierten Strukturpolitik auf den Weg bringen.** Regional abgestimmte Initiativen sind ein wesentlicher Baustein für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in einem so vielfältigen Land wie NRW. Bei den Förderprogrammen des Landes werden wir daher künftig spezifische regionale Merkmale mit Blick auf „Stärken stärken“ und Besonderheiten der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse verstärkt berücksichtigen. Bei der Ausgestaltung der Förderprogramme des Landes werden wir uns dafür einsetzen, dass gesellschaftliche Vertreter von Gewerkschaften, Betriebsräten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Wirtschaftsverbänden bei der Förderentscheidung regelmäßig und systematisch beteiligt werden. Wir werden die vorausschauende Strukturpolitik im Hinblick auf die Zukunft nach der Steinkohle und im Rheinischen Braunkohlerevier fortsetzen. Dazu werden wir den Strukturwandel in Bergbaurückzugsgebieten weiter begleiten und fördern, insbesondere im Wege von Initiativen und Projekten für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze in der Emscher-Lippe-Region („Umbau 21“), in Ibbenbüren („Gute Aussichten“) und – in Abstufung – für das Rheinische Braunkohlenrevier (IRR) sowie mit der Fortführung der Projektgruppe „Glückauf Aufbruch 2018“. Vor diesem Hintergrund machen wir uns auch für eine Aufstockung der Mittel für regionale Wirtschaftsförderung auf Bundesebene stark.

- **Bürokratie abbauen und Genehmigungsverfahren beschleunigen.** Wir werden dazu die Einführung einer „Turbogenehmigung“ für Betriebsansiedelungen oder -erweiterungen prüfen. Mit einer solchen Genehmigung soll in einem vorher festgelegten Entscheidungsrahmen im Zeitraum von wenigen Monaten ein Genehmigungsbescheid vorliegen. Weiterhin sollen Initiativen ergriffen werden, um generell die Zeiträume zwischen Beginn der Planung, Genehmigungsverfahren und Realisierung deutlich zu verkürzen und damit Planungssicherheit zu schaffen. Grundsätzlich wollen wir den Bürokratieabbau, wo sinnvoll und möglich, fortsetzen und den rechtlichen Rahmen an sich ändernde Gegebenheiten anpassen. Die erfolgreiche Arbeit der *Clearingstelle Mittelstand* werden wir fortsetzen und im Wege der Evaluation des *Mittelstandsförderungsgesetzes* Instrumente, Verfahrensweisen und Ablauf sowie Effektivität der Clearingverfahren weiter optimieren. Ferner streben wir die Erfassung und Minimierung von Erfüllungsaufwand und Bürokratiekosten an. Bei der Umsetzung von EU-Normen und nationalem Recht werden wir uns auf eine strikte 1:1-Umsetzung beschränken, um die Wettbewerbssituation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft nicht zu beeinträchtigen.

- **Den Tourismus in NRW stärken.** Unser Ziel ist, unsere schöne und vielfältige Heimat für die Naherholung der Menschen in NRW ebenso wie für Gäste aus dem In- und Ausland noch attraktiver zu machen. Dafür sollen sozial und ökologisch nachhaltige Formen des Tourismus mit starker regionaler Verankerung besondere Unterstützung durch ein Maßnahmenpaket erhalten.

2.2 Wir entwickeln NRW zum Innovationsland Nr. 1 in Europa.

Mit der dichtesten Hochschul- und Forschungslandschaft in Europa, vielen hervorragend ausgebildeten jungen Menschen und einer engen Verflechtung der Wertschöpfungsketten verfügt NRW über die besten Voraussetzungen für Innovationen.

Wir setzen auf eine innovative und vernetzte Wissenschaftslandschaft, moderne Hochschulen und ein kreatives Forschungsumfeld für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Dabei nutzen wir auch die steigende Zahl außeruniversitärer Forschungsinstitute in unserem Land. Diese Investitionen in die Innovationskraft unseres Landes lohnen sich: Indem Herausforderungen unmittelbar erkannt und erforscht, Lösungen probiert und Anwendungen umgesetzt werden können, wird diese Innovationskraft zum Eckpfeiler einer prosperierenden und wachsenden Wirtschaft.

Der Forschung zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen kommt bereits heute in NRW eine große Bedeutung bei. Wir werden diese Forschung ausbauen und auch bewusst solche Themen fokussieren, die verschiedene Gesellschafts- und Politikbereiche berühren und diese ressortübergreifend umfassend begleiten. Dabei ist die Freiheit der Forschung für uns ein hohes Gut. Im Fokus stehen für uns sowohl eine starke Grundlagenforschung, bei der die Universitäten in NRW eine herausgehobene Bedeutung haben und die Basis für wissenschaftliche Erkenntnisse ist, als auch die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung. Diese Forschung insbesondere an den Fachhochschulen wollen wir stärken.

Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ein, denen wir mittels gezielter Förderprogramme den Zugang zu Forschung in Kooperation mit den Hochschulen ebnen. Ob Innovationen wirtschaftlich erfolgreich sind, entscheidet sich nicht zuletzt daran, ob Neugründungen problemlos möglich sind und eine Kultur der Förderung von Start-Ups besteht. Ohne Investitionen ist die wirtschaftliche Verwertung von Wissen nicht möglich. Deshalb sind gute Investitionsbedingungen in ihrer ganzen Breite für unsere Innovations- und Investitionspolitik von Bedeutung.

Mit der Förderung von sowohl technischen als auch sozialen Innovationen wollen wir in NRW vor dem Hintergrund der Digitalisierung die Vorreiterrolle bei der Entwicklung von innovativen Produkten, Dienstleistungen und Prozessen einnehmen. Technische und soziale Innovationen bedingen sich oft gegenseitig und vergrößern so ihren Erfolg.

Innovationstreiber sind dabei nicht nur Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen, sondern jeder Beschäftigte und jeder Bürger. Wir setzen mit der Förderung von sozialen Innovationen bei den Bedarfen jedes Einzelnen an und erzeugen damit einen nachhaltigen Doppelleffekt: Mit sozialen Innovationen entwickeln wir gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen und Produkte, die auf eine Verbesserung des gemeinschaftlichen Arbeitens und Lebens abzielen. Zugleich ermöglichen wir Unternehmen neue Geschäftsmodelle.

Wir werden deshalb:

- **Den Forschungsstandort NRW stärken.** Wir werden unsere Landesausgaben für Forschung auf hohem Niveau fortentwickeln und die Wirtschaft zu zusätzlichen Investitionen anregen. So stellen wir auch sicher, dass die zur Verfügung stehenden Bundesmittel vollständig abgerufen werden können. Die Ansiedlung weiterer außeruniversitärer Forschungsinstitute werden wir offensiv fördern und begleiten. Ihre Zusammenarbeit mit den Hochschulen werden wir fördern und darauf drängen, bestehende rechtliche Probleme in der Zusammenarbeit zu beseitigen. Unser Förderprogramm *Mittelstandsinitiative Forschungsförderung* werden wir fortsetzen und, wenn nötig, weiter ausbauen. Im Bund werden wir uns für eine stärkere steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (F&E) einsetzen. Durch die Weiterführung unserer Fachkräfteinitiative sorgen wir für ein ausreichendes Angebot an hervorragend qualifizierten Arbeitskräften. Den Fachhochschulen wollen wir neue Möglichkeiten eröffnen, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu erproben. Ein wichtiger Baustein ist das Graduierteninstitut NRW, welches wir weiter etablieren werden.
- **Innovationen aus NRW zur Anwendung bringen.** Wir wollen erreichen, dass Forschungsergebnisse aus NRW in Zukunft noch stärker in NRW umgesetzt und wirtschaftlich genutzt werden. Deshalb werden wir unsere Offensive beim Forschungstransfer und für Ausgründungen weiter verstärken. Dabei ist die stärkere Unterstützung der Hochschulen bei Patentierungen von Einzelpatenten und Patentfamilien sowie der Patentverwertung von entscheidender Bedeutung. Auch den Innovations- und Technologietransfer zwischen den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wollen wir noch stärker fördern. Als Vorbild dienen uns hierbei die bereits bestehenden *Digital-Hubs*. Zudem werden wir an Modellhochschulen neue Formen des Transfers erproben. Wir wollen insbesondere auch junge Gründerinnen und Gründer fördern. Wer scheitert, wird nicht fallengelassen. Wir geben zweite und dritte Chancen und ermutigen gerade junge Menschen, es weiter zu versuchen. Die schon bestehenden *Gründer- und Technologiezentren* werden wir ausweiten und Gründungen auch durch Coachings und die Vermittlung von Risiko- und Seed-Kapital unterstützen, Antrags- und Genehmigungsverfahren vereinfachen und überflüssige Berichts- und Informationspflichten für Gründer streichen. Die *Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0* werden wir fortführen und stärken und die *Digitale Hochschule NRW* zum zentralen

Projekt der Digitalisierungsstrategie der Hochschulen in NRW weiterentwickeln und so bundesweiter Vorreiter bei der Digitalisierung sein. Wir wollen unsere Stärken in der Forschung in NRW weiter ausbauen und sichtbarer machen. Insbesondere die Bereiche Medizin, IT-Sicherheit, Arbeits- und Energieforschung gilt es, weiter zu intensivieren und Kooperationen mit der Industrie zu verstärken.

- **Einen neuen Fokus auf soziale Innovationen legen.** Soziale Innovationen im Leitmarkt Gesundheit werden wir durch das Einrichten eines innovationsfördernden Modellstandortes *Innovation City Gesundheit* – nach dem Vorbild von *Innovation City Bottrop* im Bereich des Klimawandels – fördern. Hier soll es um die Erforschung und Entwicklung von gesundheitsbezogenen digitalen Dienstleistungen und Produkten unter direkter Einbindung der Bewohner vor Ort, sowie der Forschungseinrichtungen und Unternehmen gehen. Auch der ländliche Raum wäre für einen solchen Modellstandort prädestiniert und würde von der Digitalisierung im Gesundheitsbereich in erheblicher Art und Weise profitieren.
- **Das Erfolgsmodell des Spitzenclusters *it's OWL* fortführen und in alle Regionen des Landes exportieren.** Die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft in einem regionalen Kontext und mit einem zu den Stärken der jeweiligen Region passenden inhaltlichen Schwerpunkt hat sich als Erfolgsformel für Innovation, Transfer und eine positive wirtschaftliche Entwicklung erwiesen. Die landesweite Expansion dieses Modells werden wir finanziell und strukturell mit Nachdruck fördern.

2.3 Wir schaffen beste Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft.

Die Digitalisierung wird den Strukturwandel in bisher nicht gekannter Weise beschleunigen. Neue Geschäftsmodelle entstehen, auch langjährig erfolgreiche Unternehmen müssen sich neuen Herausforderungen stellen. Unverzichtbare Grundlage für den Erfolg ist die Anbindung an das hochleistungsfähige Internet. Mit der Strategie Digitale Wirtschaft NRW haben wir den Weg beschrieben, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Jetzt gilt es, ihn konsequent weiter umzusetzen. Wir setzen dabei neben neuen innovativen Unternehmen auf die Durchdringung und Entwicklung unserer industriellen Kerne, des gewachsenen Mittelstands und des Handwerks. Der anwendungsorientierte Transfer von Wissen und Technologie sowie die Förderung von Existenzgründungen stehen dabei im Mittelpunkt. Wenn große Datenmengen immer mehr über wirtschaftlichen Erfolg und Misserfolg entscheiden, gewinnen auch Datensicherheit und Datenschutz eine immer größere Bedeutung.

Wir werden deshalb:

- **Die Strategie *Digitale Wirtschaft NRW* umsetzen.** Wir wollen sie zur Dachmarke für die *Digitale Wirtschaft in NRW* ausbauen. Dabei werden wir Netzwerke der digitalen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen unterstützen und uns für weitere Unternehmens-

gründungen in den Digitalbranchen und für Partnerschaften zwischen Start-Ups, Mittelstand und Industrie einsetzen.

- **Die Digitalisierung für eine dynamische Bestandsentwicklung in Industrie, Mittelstand und Handwerk nutzbar machen.** Die Digitalisierung muss stärker in konkrete Anwendung und Umsetzung in die Unternehmen vor Ort gebracht werden. Wir werden uns daher für den Innovationstransfer von der Forschung vor allem in Richtung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) einsetzen. Außerdem ist flächendeckend eine geeignete Informations-Infrastruktur aufzubauen und dauerhaft vorzuhalten. Dazu zählen vor allem *Kompetenzzentren Industrie 4.0* sowie Netzwerk- und Clusterarbeit in allen Teilen des Landes. Dazu gehört aber auch der weitere Ausbau digitaler Kompetenzen in Schulen, Hochschulen, Unternehmen und Verwaltung. Gemeinsam mit der Wirtschaft werden wir offene Förderungsmöglichkeiten – etwa durch Beratungsangebote, Best-Practice-Kataloge und Kompetenzzentren – identifizieren und, wo nötig, neue schaffen.
- **Die Einführung der fünften Generation (5G) als Mobilfunkstandard vorantreiben.** 5G ist eine wesentliche technologische Grundlage für digitale Anwendungen in der Industrie 4.0 und für eine generell verstärkte Vernetzung. Wir werden gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Telekommunikationswirtschaft und Partnern aus der Forschungslandschaft Testfelder für 5G in Nordrhein-Westfalen noch vor seiner Markteinführung implementieren.
- **Den Ausbau der hochleistungsfähigen Breitbandnetze vorantreiben.** In einem ersten Schritt verfolgen wir das Ziel, NRW bis 2018 flächendeckend mit schnellem Internet mit mindestens 50 Mbit/s zu versorgen. Dabei stehen die Schließung von Versorgungslücken im ländlichen Raum unter besonderer Berücksichtigung der Glasfaseranbindung von Schulen und Gewerbegebieten im Fokus. In einer zweiten Stufe soll NRW dann bis 2026 flächendeckend mit Glasfasernetzen versorgt sein.
- **Die Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung vorantreiben.** Wir wollen die Potenziale für „smarte“ Dienstleistungen und Verwaltungsdienstleistungen in Deutschland verstärkt erforschen und gute Praktiken, gerade im Bereich der Wirtschaftsförderung oder der öffentlichen Daseinsvorsorge in strukturschwachen oder ländlichen Regionen, rasch landesweit umsetzen.
- **Die Medien- und Kreativwirtschaft weiter fördern.** Die erfolgreichen Fördermechanismen, die wir für die Medien- und Kreativwirtschaft geschaffen haben, werden wir beibehalten und im Hinblick auf eine bessere Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wir wollen künftig die Potenziale der Kreativwirtschaft bei der Digitalisierung und Innovationsförderung in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), Indus-

trie und Dienstleistungen z. B. durch offene Innovationsprozesse („open innovation“) noch stärker nutzen und dazu die Akteure miteinander besser vernetzen.

- **Nordrhein-Westfalen als führenden Standort der Entwicklung hoher IT-Sicherheitstechnologien stetig weiter ausbauen.** Wir werden eine datenschutzrechtliche Strategie auf den Weg bringen, um Cyber-Spionage besser zu verhindern und stärker belangbar zu machen, digitalen Eigentumsschutz zur alltäglichen Praxis zu machen, und um das heimliche Sammeln privater Nutzerdaten und ihre Auswertung zu Werbezwecken zu beenden.
- **Für Fachkräfte sorgen.** Hochqualifizierte Fachkräfte für den digitalen Wandel müssen auch weiterhin ein Markenzeichen für NRW und ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft bleiben. Dazu werden wir prüfen, wie wir wissenschaftliche Kompetenz im Bereich Gründungen und Digitale Wirtschaft bündeln.

2.4 Wir investieren in Verkehrsinfrastruktur und Mobilität.

NRW braucht eine leistungsstarke und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur. Mit dem dichtesten Verkehrsnetz Europas verfügen wir über beste Voraussetzungen, die Logistikkreuzung der Zukunft in Deutschland zu werden. Dafür werden wir das Netz konsequent verkehrsträgerübergreifend weiterentwickeln.

Unsere Investitionsoffensive in die Infrastruktur sorgt dafür, dass Schienen, Wasserwege und Straßen instand gehalten und, wo erforderlich, ausgebaut werden. Deshalb haben wir das *Landesstraßenerhaltungsprogramm* kontinuierlich von 73 Millionen Euro (2010) auf nunmehr 127,5 Millionen Euro (2017) pro Jahr erhöht und nach dem Grundsatz *Erhalt vor Neubau* zukunftsfähig ausgerichtet. Diese Politik einer bedarfsgerechten Ausfinanzierung werden wir sukzessive fortsetzen. Mit dem jährlichen Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau stellen wir sicher, dass die Verkehrsinfrastruktur in den Städten und Gemeinden des Landes leistungsfähig bleibt und auch nach 2019 auf dem bisherigen Niveau fortgeführt wird. Mit unserem Einsatz für den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) haben wir dafür gesorgt, dass wir in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren das größte Anti-Stau-Programm aller Zeiten umsetzen können.

Mit dem *Rhein-Ruhr-Express (RRX)* und dem *Eisernen Rhein* fördern wir den Umstieg von der Straße auf die Schiene. Wir stärken das Schienennetz in NRW und bauen es aus. Die NRW-Flughäfen verbinden unser Land mit über 400 Zielen weltweit. Mit 23 Millionen Fluggästen pro Jahr ist der Airport Düsseldorf der drittgrößte Flughafen Deutschlands und mit über 750.000 Tonnen Fracht ist der Köln Bonn Airport das drittgrößte Luftfrachtzentrum Deutschlands. Beide sind von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung für unser Bundesland. Unser dezentrales Flughafensystem in NRW hat sich bewährt. Wir werden es auf Basis des Nationalen Luftverkehrskonzepts des Bundes bedarfsgerecht fortentwickeln. Mit verstärkter Kooperation und Harmonisierung wollen wir die Wett-

bewerbsfähigkeit des Luftverkehrsstandorts Nordrhein-Westfalen im globalen Flugverkehrsmarkt EU-rechtskonform erhalten und ausbauen. Um Akzeptanz für Luftverkehr zu sichern und dort, wo nötig, zu gewinnen, ist die Fortentwicklung des Lärmschutzes unverzichtbarer Bestandteil eines schlüssigen Luftverkehrskonzeptes. Die Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen ist ein schlafender Riese. Mit ihrer Hilfe werden wir einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der logistischen wie ökologischen Herausforderungen des stetig wachsenden Güterverkehrs leisten.

Wir tragen dafür Sorge, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen ihre Investitionen in öffentliche Infrastruktur wieder deutlich erhöhen können. Dafür bildet unsere kommunalfreundliche Politik eine wichtige Voraussetzung. *Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)* scheiden für uns aufgrund der Zinslage und der hohen Bonität der öffentlichen Hand als reines Finanzierungsinstrument aus. Als Beschaffungsinstrument bedarf es stets einer detaillierten Einzelfallprüfung, ob für die öffentliche Hand tatsächliche Vorteile entstehen.

Wir werden deshalb:

- **Unsere Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen.** Die einzelnen Projekte des Bundesverkehrswegeplans gilt es, nun zügig in Angriff zu nehmen. Absolute Priorität werden dabei der Neubau der Leverkusener Brücke und die Beseitigung von Staustrecken haben. Unseren Grundsatz *Erhalt vor Neubau* für die Landesstraßen werden wir fortschreiben und hierfür die finanziellen Anstrengungen noch einmal deutlich verstärken. Wenn es der Optimierung des bestehenden Straßennetzes, der Erschließung von Wohngebieten oder der Sicherung von Arbeitsplätzen dient, setzen wir auf einen Neubau von Infrastruktur. Beim Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass insbesondere die BETUWE-Linie durch den Ausbau des dritten Gleises zwischen Emmerich und Oberhausen zeitnah gestärkt wird. Der Ausbau des *Eisernen Rhein* zwischen Antwerpen und Nordrhein-Westfalen, die Beseitigung der Engpässe zwischen Aachen und Düren sowie zwischen Eindhoven und Düsseldorf, die Stärkung des Eisenbahnknotens Köln und der Ausbau der Strecke Münster-Lünen, der Ruhr-Sieg-Strecke sowie die Engpassbeseitigung Bielefeld-Hannover durch den Ausbau der Bestandsstrecke zwischen Lindhorst und Löhne müssen vordringlich realisiert werden. Wir werden uns im Bund ebenso für eine schnelle Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf vorgesehenen Rheinbrücke zwischen Niederkassel und Wesseling, auch im Schienenverkehr, einsetzen. Wir haben bei allen Projekten die Interessen der Kommunen und Anwohnerinnen und Anwohner im Blick und setzen uns auch in Zukunft beim Bund und der Bahn für wirkungsvolle Lärmschutz- und Sicherheitsprojekte ein, insbesondere auch bei der im Bau befindlichen Betuwe-Linie. Wenn bei entsprechenden Ausbaumaßnahmen bestehende Schienenwege genutzt werden, müssen auch hier die rechtlichen Bedingungen zum Lärmschutz im Sinne der Anwohner erfüllt werden.

- **Schnelle und transparente Genehmigungsverfahren sicherstellen.** Die Straffung und Harmonisierung der Planfeststellungsverfahren ist dringend erforderlich, um die Planungszeiten bei Infrastrukturprojekten deutlich zu verkürzen. Gleichzeitig wollen wir die Bürgerbeteiligung insbesondere durch eine verbesserte Transparenz und Kommunikation stärken. Wir sind überzeugt: Schnellere und transparentere Entscheidungswege dienen letztlich allen Beteiligten. Mit dieser Zielsetzung werden wir auch das *Bündnis für Infrastruktur* vorantreiben und gemeinsam mit den Bündnispartnern aus Wirtschaft und Gewerkschaften für die Umsetzung infrastruktureller Projekte am Industriestandort Nordrhein-Westfalen werben.

- **Nordrhein-Westfalen als Hafen- und Logistikstandort Nr. 1 ausbauen.** Nordrhein-Westfalen ist und bleibt Dreh- und Angelpunkt des europäischen Handels und Warenverkehrs. Unser Ziel ist es, den Güterverkehr runter von den Straßen auf die Schienen und Wasserstraßen zu verlagern. Die Häfen in NRW wollen wir zu modernen Logistikdrehkreisläufen entwickeln. Die Stärkung, der Ausbau und die neue Entwicklung trimodaler Standorte sind dabei ebenso wichtig wie die sinnvolle Nutzung von Hafenvorranggebieten. Der Rhein muss auch für größere Schiffe besser befahrbar gemacht werden. Der Bund steht in der Verantwortung, den Investitionsstau bei den Bundeswasserstraßen aufzulösen, Kanäle und Schleusen zu ertüchtigen und Brücken über die Kanäle für den mehrlagigen Containerverkehr anzuheben. Um den europäischen Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalen zu sichern, werden wir auch die bedarfsgerechte Entwicklung des Köln Bonn Airports unterstützend begleiten. Für die Wirtschafts- und Logistikmetropole Rhein-Ruhr ist ein Flughafen mit 24 Stunden Öffnungszeit für Frachtflüge unverzichtbar.

- **NRW als elektromobiles Kernland etablieren.** Unser Ziel: Ein Viertel der bundesweit zugelassenen Elektrofahrzeuge sollen in NRW fahren und ein Großteil der relevanten Systeme und Komponenten hier produziert werden. Die Entwicklung des *StreetScooters* und *e.Go* an der RWTH Aachen zeigt, dass die Kompetenz dafür da ist. Im Rahmen von industriepolitischer Förderung der E-Mobilität steht daneben vor allem der Aufbau einer eigenen Produktion von Speichertechnologie in NRW im Mittelpunkt. Entsprechende Initiativen für Batteriezellfertigung werden wir begleiten. Wir werden für eine flächendeckende, verlässliche Ladeinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen sorgen und Forschung und Entwicklung, auch im Rahmen der Leitmarktwettbewerbe, weiter stärken.

- **Kommunale Investitionsvorhaben in die Infrastruktur unterstützen.** Viele Kommunen benötigen beim Erhalt und Ausbau von öffentlicher Infrastruktur, insbesondere in Hinblick auf Kompetenz und Kosten der Planung von Großprojekten, Unterstützung. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir passende Angebote entwickeln.

3. Wir gestalten nachhaltiges Wachstum sozial.

NRW ist das Land, in dem die Wirtschaft wächst und der Wandel sozial und ökologisch gestaltet wird. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist für ein nachhaltiges Wirtschaften unverzichtbar.

Wir wissen: Wachstum kann zu steigendem Wohlstand vieler Menschen führen und ist ein Zeichen von Fortschritt und Innovationen. Was wir aber brauchen, ist ein qualitatives Wachstum, das die natürlichen Ressourcen schont und für alle Menschen, und nicht nur einige wenige, zu steigendem Wohlstand führt. Fortschritt für NRW heißt deshalb für uns auch, den sozialökologischen Wandel unserer Wirtschaft einzubeziehen und weiter aktiv zu gestalten. Nachhaltigkeit in NRW ist für uns, dass Wirtschaft und Gesellschaft sowohl sozial, ökologisch wie auch ökonomisch dauerhaft tragfähige Entwicklungspfade finden müssen. Ein gelingender Strukturwandel hat diese drei Dimensionen gleichberechtigt im Blick. Wir in NRW können Strukturwandel. Dabei steht für uns immer der Mensch im Mittelpunkt.

Die Energiewende ist für Nordrhein-Westfalen, das Energieland Nr. 1 in Deutschland, eine besondere Herausforderung. Wir gestalten sie, indem wir bestehende zukunftsfähige Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen, indem Energie immer klimafreundlicher und sauberer wird, indem Energieversorgung für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen sicher und bezahlbar bleibt. Dies gilt für Stromerzeugung und -nutzung ebenso wie für die Gebäudeheizung, denn die Energiewende wird neben der Strom- auch eine Wärme- und Verkehrswende werden. Mit unserer modernen und zugleich praktikablen Klima- und Umweltpolitik bewahren wir die natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen in NRW: Unser Landesnaturschutzgesetz sichert die biologische Vielfalt und beugt dem Artensterben von Pflanzen und Tieren vor.

3.1 Wir führen die Energiewende zum Erfolg.

In NRW werden wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit, die Sicherung und Schaffung von guter Arbeit zu fairen Löhnen und der Klimaschutz zusammengedacht und mit den Beteiligten gemeinsam weiterentwickelt. Das ist die Energiewende in NRW. Ziel sozialdemokratischer Energiepolitik ist es, den Wandel hin zu einer zunehmend klimaverträglichen Energieerzeugung so zu gestalten, dass er ohne Strukturbrüche gelingt, denn Beschäftigte und Unternehmen brauchen Sicherheit im Wandel und die Zeit, um diesen Prozess aktiv mitzugestalten.

Die kommunalen Stadtwerke in NRW sind für uns ein zentraler Partner, weil sie die Gewinne aus der Energiewende vor Ort, in ihrer Kommune einsetzen, für Akzeptanz sorgen und innovative dezentrale Lösungen vorantreiben. Ohne kommunale Stadtwerke wäre eine hochwertige und sozial integrative öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen

Energie, Verkehr, Wasser und Telekommunikation in den Kommunen nicht möglich. Wir werden sie weiter stärken.

Unsere Energiepolitik bleibt verlässlich. Die Weichen dafür haben wir in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene gestellt.

Wir werden deshalb:

- **Den Atomausstieg verantwortungsvoll gestalten.** Wir in NRW sind schon vor Jahrzehnten aus Überzeugung aus der Atomkraft ausgestiegen. Nach dem geordneten Ausstiegsbeschluss unter der SPD-geführten Bundesregierung Gerhard Schröders 2000 folgte die Rolle rückwärts unter dem Kabinett Merkel 2011. Erst nach dem Reaktorunfall von Fukushima wurde auch für ganz Deutschland der Atomausstieg erneut beschlossen. Bis 2022 gehen die letzten Meiler vom Netz. Wir setzen uns dafür ein, dass auch im benachbarten Ausland alte Pannenreaktoren zeitnah endgültig abgeschaltet werden. Deshalb treten wir auch für die schnellstmögliche Abschaltung und Stilllegung der belgischen Atommeiler Tihange II und Doel III ein und unterstützen hierbei die Anstrengungen der StädteRegion Aachen. Damit keine neuen Atomkraftwerke in Belgien gebaut werden müssen, bieten wir unserem Nachbarland zur Absicherung der Versorgungssicherheit eine langfristige energiepolitische und energiewirtschaftliche Zusammenarbeit an. Dafür werden auch genügend direkte Netzverbindungen zwischen NRW und Belgien benötigt werden. Den Import vom Atomstrom lehnen wir ab. Auch deshalb können wir nicht gleichzeitig aus der Atomenergie und der Kohleverstromung aussteigen.
- **Den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben.** Wir setzen uns deutschlandweit und bei uns in Nordrhein-Westfalen für den weiteren stetigen Ausbau der Erneuerbaren Energien ein. Wir halten am Einspeisevorrang für erneuerbar erzeugten Strom fest. Bis 2025 wollen wir eine Stromversorgung mit regenerativen Energien von 30 Prozent erreichen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss einhergehen mit Investitionssicherheit und wettbewerbsfähigen Strompreisen für die nordrhein-westfälische Industrie und Energiewirtschaft. Sie schaffen Arbeit, der Bestandsschutz für die Befreiung von der EEG-Umlage bei eigenerzeugtem Strom in Bestandsanlagen trägt zur Sicherheit für Investitionsentscheidungen bei. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die zielgenauen Ausnahmetatbestände in der EEG-Umlage für energie- und stromintensive Unternehmen auch über das Jahr 2017 hinaus gelten. Der Emissionshandel auf europäischer Ebene als das zentrale Instrument zum Klimaschutz darf nicht durch nationale bzw. kleinteilige Maßnahmen entwertet oder verschärft werden. Für NRW ist der Ausbau der Windkraft das Rückgrat der Energiewende. Hierfür haben wir auf Bundesebene mit dem *Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017*, in NRW mit dem neuen *Landesentwicklungsplan* und mit dem *Windkrafteerlass*, die Weichen gestellt. Wir wollen künftig auch dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze

in alter und neuer Energiewirtschaft möglichst objektiv ermittelt und transparent gemacht werden.

- **Der Energiewende zu Akzeptanz verhelfen – finanziell wie lokal.** Um die Gesamtkosten im Griff zu halten, müssen der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netzausbau zukünftig deutschlandweit besser synchronisiert werden. In Nordrhein-Westfalen, mit seinem gut ausgebauten Stromnetz, ist dies kein Problem. Bereits heute müssen aber in Norddeutschland Windräder abgeschaltet werden, weil die Netze ihren Strom nicht aufnehmen können. Die Kosten, die dafür allen Stromverbrauchern entstehen, müssen wirksam begrenzt werden. Eine Vereinheitlichung der Netzegebühren lehnen wir als ungeeignetes Instrument daher ab. Um den Windstrom aus Norddeutschland zukünftig nach NRW zu transportieren zu können, ist eine Leitung in modernster Gleichstromtechnik geplant. Verlegetechnik – überwiegend als Erdkabel – und der Verlauf müssen im Dialog vor Ort festgelegt werden.
- **Fossile Stromerzeugung Zug um Zug ersetzen.** Für uns ist der Betrieb von Gas-, Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken kein Selbstzweck. Wir wollen erreichen, dass wir Zug um Zug weniger fossile Brennstoffe zur Stromerzeugung einsetzen müssen. Die Versorgungssicherheit muss aber zu jeder Zeit gewährleistet sein. Mit der *Leitentscheidung für das rheinische Braunkohlenrevier* haben wir Planungssicherheit für den Betreiber, aber ebenso Perspektiven für die Menschen im Revier geschaffen. Im Zeitraum 2017–2022 werden insgesamt fünf alte Braunkohlenblöcke in eine Sicherheitsreserve überführt und danach abgeschaltet werden. Mit dem Auslaufen des Tagebaus Inden und der Stilllegung des Kraftwerks Weisweiler werden sich die Emissionen des Rheinischen Reviers bis 2030 nahezu halbieren.
- **Den Strukturwandel im Rheinischen Revier gestalten.** Das Rheinische Revier hat über Jahrzehnte wesentlich zum Wohlstand in unserem Land beigetragen. Auch in der Energiewende bleibt es für eine sichere Stromversorgung unverzichtbar. Mit der *Leitentscheidung zu Garzweiler* haben wir Planungssicherheit für den Tagebau im Revier geschaffen. Durch die stoffliche Nutzung der Braunkohle wollen wir die Wertschöpfung aus den genehmigten Abbauflächen sichern und ausbauen. Die Zukunft gehört der *Innovationsregion Rheinisches Revier*. Dazu werden wir die Innovationskraft der Hochschulen und Forschungsinstitute für die Region nutzbar machen und neue Flächen für die Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen aktivieren. Im rheinischen Revier können wir die modernste Stadt Europas mit Blick auf attraktive Architektur, nachhaltige Sozialräume sowie innovative Verkehrsangebote entwickeln und so NRW zu einer Referenzadresse für nachhaltige Stadtplanung und -entwicklung mit globaler Ausstrahlungskraft schaffen. Dazu wollen wir für einen Innovationswettbewerb renommierte Expertinnen und Experten aus der ganzen Welt einladen. Die große Tradition des Reviers wollen wir mit einem Anschluss an die Route der Industriekultur würdigen.

- **Die Potenziale und Chancen der Kraft-Wärme-Kopplung nutzen.** Besonders in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr werden viele Wohnhäuser über Wärmenetze mit Nah- und Fernwärme versorgt. Wir wollen diese Energieinfrastruktur weiter ausbauen und fit machen für die Einspeisung von erneuerbar erzeugter Wärme. Deshalb halten wir an der gemeinsamen Erzeugung von Strom und Wärme in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) fest. Auch unsere Industrie braucht für diese Form der Energiebereitstellung von Strom, Prozessdampf und Wärme verlässliche Rahmenbedingungen. Hierfür setzen wir uns weiterhin in Berlin und Brüssel ein. Deshalb halten wir an dem Ziel, 25 Prozent der Stromproduktion mit KWK-Anlagen im Jahr 2020 zu erreichen, fest. Ein zügiger KWK-Ausbau unterstützt zudem die dringend notwendige *Sektorkopplung*. So wird ein zusätzlicher Klimabeitrag für eine weitere Reduzierung der CO₂-Emissionen realisiert. Deshalb werden wir das Landesprojekt *Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH* planmäßig vorantreiben, die Fernwärmeprojekte in Düsseldorf und Köln unterstützen und Pilotprojekte zu Energieträgerkaskaden im Land initialisieren.
- **Energieerzeugung und -verbrauch intelligent vernetzen.** Auch wenn der Wind nicht weht und wenn die Sonne nicht scheint, muss die Energieversorgung jederzeit gesichert sein. Den dafür erforderlichen Einsatz von Kraftwerken wollen wir minimieren. Mit dem Projekt *DesigNetz* ist es gelungen, ein für ganz Deutschland wichtiges Modellprojekt auch nach NRW zu holen. Mit der Vernetzung von Kraftwerken, Speichern, Industrieanlagen und Quartieren zu einem virtuellen Kraftwerk machen wir uns fit für die Energiewelt von morgen. Am Standort des Steag-Kraftwerks Duisburg-Walsum wurde Ende 2016 einer der deutschlandweit größten Batteriespeicher in Betrieb genommen. Speicherforschung ist ein wesentlicher Baustein, um der Energiewende auch bei der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen. Erste Beispiele, wie der an der RWTH Aachen entwickelte *StreetScooter*, welcher nun flächendeckend von DHL eingesetzt wird, zeigen, dass in NRW beste Voraussetzungen hierfür bestehen. Die Digitalisierung der Energieversorgung (Smart Energy) werden wir gemeinsam mit Industrie und Energiewirtschaft systematisch vorantreiben. Die Anpassungsmöglichkeiten der Privathaushalte, der Industrie und der Energieversorger in Nordrhein-Westfalen an den Strommarkt der Zukunft haben wir ebenso im Blick wie das Recht auf Datensouveränität von Haushalten und Unternehmen. Wir werden dafür sorgen, dass NRW Leitmarkt im Bereich der Speichertechnik und der sektorübergreifenden Kopplung von Energieverbrauch und industrieller Produktion wird. Die Entwicklung und den Ausbau von Energiespeichern sowie deren Erhalt werden wir stärker unterstützen und auch den Bund dafür in die Pflicht nehmen, u. a. durch eine Netzentgeltbefreiung von Speichern und anderen Flexibilitätsoptionen. Außerdem wollen wir uns – auch mit europäischen Partnerregionen – für ein europäisches Umstellungs- und Steuerungsprojekt der Energieerzeugung einsetzen.

- **Klimaschutz als Motor für den Fortschritt begreifen.** Klimaschutz und wirtschaftliches Handeln sind kein Gegensatz mehr. Wir lassen nicht zu, dass sie gegeneinander ausgespielt werden. Mit unserem *Klimaschutzplan* haben wir einen Instrumentenkasten mit konkreten Vorschlägen entwickelt, der alle Akteure verantwortlich einbezieht. Die *KlimaExpo.NRW* macht moderne und innovative Ansätze im Klimaschutz sichtbar. Sie präsentiert als Leistungsschau schon über 200 Projekte, bei denen z. B. Unternehmen, Städte oder Schulen bereits heute Klimaschutz als Motor für den Fortschritt nutzen und damit Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung in NRW sind. Wir wollen sie fortsetzen, um so Energiewende und Klimaschutz als Schubkräfte für eine nachhaltige Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen.
- **Die Energiewende sozial gerecht gestalten.** Kein Land in Europa hat die Krisen der letzten Jahre so erfolgreich gemeistert wie Deutschland. Eine Basis unseres Wohlstandes sind unsere industriellen Wertschöpfungsketten. Wir wollen, dass Stahl, Chemie, Automobil- und Maschinenbau am Standort Deutschland ihren Stellenwert behalten. Dem Klimaschutz würde es schaden, wenn industrielle Produktion in Länder abwanderte, in denen weniger strenge Regeln gelten. Deshalb werden wir uns weiterhin für faire Regeln einsetzen, damit ein steigender Anteil von Wind- und Photovoltaik, Klimaschutz und gute Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk kein Widerspruch werden. Für eine gerechte Gestaltung der Netznutzungskosten wollen wir deshalb prüfen, ob die Infrastrukturkosten für den überregionalen Stromtransport steuerfinanziert werden können. Dies senkt den Strompreis und führt zu einer gerechteren Verteilung der Kosten der Energiewende. Wir werden Überlegungen unterstützen, die unmittelbaren Belastungen durch die EEG-Umlage durch ein Fonds-Modell zu deckeln, und die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien insgesamt zeitlich zu strecken und damit auch gerechter zu verteilen. Wir werden dafür sorgen, dass auch in einkommensschwächeren Stadtteilen die Potenziale der energetischen Gebäudesanierung genutzt sowie der weitere Ausbau von dezentraler, nachhaltiger Energieversorgung in Haushalten (Solarthermie und Mini-BHKW) und der Austausch eines Großteils der rund 450.000 ineffizienten Elektroheizungen umgesetzt werden können. Dabei ist für uns klar: Mieten müssen auch nach energetischer Sanierung bezahlbar bleiben. Wir wollen, dass auch Mieterinnen und Mieter von der Energiewende profitieren können. Deshalb setzen wir auf Mieterstrommodelle für Photovoltaikanlagen auf Miethäusern, kleine stromgeführte KWK-Anlagen im Quartier und Beratungsangebote gegen Stromsperrern und Energiearmut. Wir werben für verstärkte Aufklärungsmaßnahmen durch die Stadtwerke und Verbraucherzentralen, um für energiebewusstes Handeln zu sorgen. Unsere Maßnahmen zur Verhinderung von Energiearmut setzen wir konsequent fort. In Modellprojekten zur digitalen Verbrauchserfassung für Strom und Wärme werden wir erproben, welchen Beitrag sie in der Bevölkerung zu einem effizienteren und bewussteren Stromeinsatz und zur Vorbeugung von Energiearmut leisten können.

3.2 Wir setzen auf Ressourcenschonung und Wertschöpfungskreisläufe.

Nachhaltig zu wirtschaften bedeutet für uns auch, den Abbau von Rohstoffen zu senken, bereits genutzte Rohstoffe wieder- und weiterzuverwenden und neue nachhaltige Stoffe zu entwickeln.

Aus NRW kamen entscheidende Impulse zur Weiterentwicklung der Entsorgungstechnologien und der Kreislaufwirtschaftsmärkte. Es ist so gelungen, für eine gleichbleibende Produktion immer weniger Rohstoffe und Energie zu verbrauchen. Dieser Ansatz bleibt aktuell, er stößt allerdings zunehmend an Grenzen des wirtschaftlich und technisch Machbaren. Ein neues Leitbild nachhaltiger und wirtschaftlich erfolgreicher Produktion muss daher das gesamte Produktionsverfahren, das Produktdesign, ihre Ausgangsstoffe und deren Weiterverwendung in den Blick nehmen. Die zirkuläre Wertschöpfung denkt in Kreisläufen von Roh- und Werkstoffen und schafft so neue ökonomische Werte. Sie ermöglicht einen kreativen Prozess für neue Produkte mit neuen Designs und Werkstoffen, neue Services und Geschäftsmodelle.

Effektive Strukturen in der Daseinsvorsorge haben auch dazu geführt, dass öffentliche Unternehmen immer wieder die wesentlichen Treiber bei der Entwicklung von neuen Technologien in der Entsorgungswirtschaft sind und dabei ökologische Standards gesetzt haben. Die kommunale Verantwortung im Bereich der Abfallwirtschaft hat zu einem hohen Umwelt- und Verbraucherschutz bei gleichzeitig sozialverträglichen Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger geführt. Zugleich bieten die öffentlichen Unternehmen der Ver- und Entsorgungsbranchen eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, die dem Prinzip der Guten Arbeit folgen. Zukünftig müssen das brachliegende Potenzial des Abfalls als Rohstofflieferant nachhaltig genutzt und die energetische Nutzung weiter ausgebaut werden.

Wasser ist keine Ware. Es ist einer unserer kostbarsten Rohstoffe. Die Wasserwirtschaft gehört deshalb zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie hat neben den wirtschaftlichen Anforderungen auch immer ökologischen, sozialen und höchsten hygienischen Ansprüchen zu genügen. Dafür sorgen die öffentlichen Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir stehen dafür, dass öffentliche Unternehmen die Verantwortung und Kontrolle für diese öffentliche Aufgabe behalten.

Wir werden deshalb:

- **Die kommunale Ver- und Entsorgung stärken.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die kommunale Entsorgungspflicht nicht auf Haushaltsabfälle eingeschränkt wird. Die Erfassung von Wertstoffen muss in der Hoheit der Kommunen liegen. Das Wertstoffgesetz muss entsprechend gestaltet werden. Wir werden ohne Wenn und Aber sicherstellen, dass die Wasserversorgung eine Aufgabe der öffentlichen Hand bleibt. Um optimale wirtschaftliche Einheiten in der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung zu schaffen, werden wir die interkommunale Zusammenarbeit

vorantreiben und den Wasserwirtschaftsverbänden die Zusammenarbeit organisatorisch erleichtern.

- **Eine Roh- und Werkstoffstrategie NRW entwickeln.** Durch sie sollen die Bedarfe der NRW-Wirtschaft erfasst und perspektivisch gesichert werden. In unserer Innovationspolitik wollen wir die Idee der zirkulären Wertschöpfung etwa durch Modellprojekte zur Ressourceneffizienz heimischer Rohstoffe verankern. Hierzu zählt auch eine Zertifizierung von Produkt-Inhaltsstoffen zur Orientierung für Einzelhandel, Kunden und Service- und Reparaturstellen. Rohstoffe können so sparsamer verwendet, leichter getrennt und mit weniger Recyclingaufwand erneut verwendet werden. Wir werden ebenso prüfen, wo die öffentliche Hand als Großverbraucher bei der Verwendung von zirkulären Produkten mit gutem Beispiel voran gehen kann. Die Maßnahmenvorschläge der Enquete-Kommission Chemie zu zukunftsfähigen Technologiepfaden und Schlüsseltechnologien werden wir umsetzen. Praktizierende Pionierfirmen sollen sich künftig als Demonstratoren der Kaskadennutzung bewerben können: Auch die Reststoffe bzw. Abfälle eines wirtschaftlichen Prozesses können bereits als Ausgangsstoff für den nächsten Prozess dienen, noch bevor die entstandenen Produkte verbraucht werden.
- **Die Potenziale einer zirkulären Wertschöpfung erforschen und erste unternehmerische Ansätze unterstützen.** Produktdesign, Herstellungsprozess, die Aufarbeitung städtischer Rohstoffe („urban mining“), Reparatur und neue Services sind lohnende Ansätze der zirkulären Wertschöpfung. Diese sollen in einem Kompetenzzentrum *Zirkuläre Wertschöpfung* verstärkt gefördert und insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) nutzbar gemacht werden. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Möglichkeiten der Digitalisierung, mit der viele Prozesse einer zirkulären Wertschöpfung transparenter und kostengünstiger gestaltet werden können.

3.3 Wir stellen uns engagiert dem Arten-, Landschafts- und Naturschutz.

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir konsequent schützen. Mit den Novellen der landesrechtlichen Regelungen zum Gewässer- und Naturschutz haben wir deshalb verbindliche Maßstäbe für den Ausgleich der Interessen gesetzt. Unsere *Biodiversitätsstrategie* zum Erhalt der biologischen Vielfalt trägt dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen sich aktiv gegen das Aussterben heimischer Arten einsetzt.

Die Wasserqualität unserer Flüsse und Bäche steigt dank vielfältiger Investitionen in die Gewässerreinigung und die Renaturierung kontinuierlich. In NRW haben wir mit dem Emscherumbau beispielhaft bewiesen, wie aus einer Kloake wieder ein natürlicher Fluss wird. Wir setzen im Naturschutz auf Interessenausgleich und auf konstruktive Zusammenarbeit von Naturnutzern und Naturschützern. Dabei sollen die Belange des Naturschutzes auf der gesamten Fläche berücksichtigt werden. Dies muss unter Beteiligung und Einbindung der Nutzer geschehen. Der Vertragsnaturschutz ist hierzu ein wertvolles Instrument. In Zukunft soll dieses Instrument auch verstärkt im Wald angewendet werden.

Wir werden deshalb:

- **Unnötigem Flächenverbrauch vorbeugen.** Innenverdichtung und die Nutzung von wirtschaftlichen Brachen sind wirksame Alternativen zu unnötigem Flächenverbrauch. Dabei berücksichtigen wir durch eine nachhaltige Stadtentwicklung die Lebensqualität in unseren Innenstädten und verhindern Wärmeinseln. Wir wollen städtische Parks, Grüngürtel und Kleingartenanlagen erhalten, um den Folgen des Klimawandels in den Ballungsräumen entgegenzuwirken und zugleich die soziale Bedeutung dieser Einrichtungen zu stärken.
- **Der Wasserqualität weiterhin höchste Priorität einräumen.** Wir werden daher im Rahmen der Maßnahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer sorgen. Damit Kommunen und Wasserverbände ihrer Aufgabe der Pflege und Entwicklung der Gewässer besser nachkommen können, werden wir entsprechende Förderprogramme weiterentwickeln. Durch die Umsetzung des *Düngegesetzes* und der *Düngeverordnung* werden wir zu einem höheren Schutz des Grundwassers und der Trinkwasserversorgung beitragen. Und wir sorgen weiterhin dafür, dass es in NRW kein Fracking gibt.
- **Schutzgebiete erhalten und ausbauen.** Der Erhalt und Ausbau von Schutzgebieten sichert wichtige Rückzugs- und Entwicklungsräume für Tiere und Pflanzen in unserem Land. Wir suchen dabei den Dialog mit der Landwirtschaft, ohne diese aus ihrer Verantwortung für den Artenerhalt zu entlassen. Die *NRW-Stiftung zur Sicherung unseres Naturerbes* wollen wir stärken und ausbauen. Basierend auf den Beschlüssen des Landtags NRW von 2005 und des Regionalrates Detmold von 2016, werden wir auf dem Gebiet des Truppenübungsplatzes Senne, im Einklang mit der militärischen Nutzung durch den Bundeswehrstandort, einen Nationalpark voranbringen. Dies ist sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich sinnvoll. Auch die positive weitere Entwicklung des Nationalparks Eifel werden wir vorantreiben.

3.4 Wir entwickeln die Land- und Forstwirtschaft nachhaltig.

Die Landwirtschaft ist einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen. Viele Betriebe werden insbesondere durch Marktentwicklungen und Bodenspekulationen, die sie kaum beeinflussen können, vor die Existenzfrage gestellt. Längst geht es nicht mehr um den Gegensatz konventioneller und ökologischer Produktionsweisen, sondern um die Frage, wie dieser Strukturwandel so gestaltet werden kann, dass die Landwirtschaft eine Zukunftsperspektive hat und die unser Land prägende Kulturlandschaft erhalten werden kann. Darauf muss die europäische Agrarförderung konzentriert werden. Eine große Chance entsteht durch die wachsende Nachfrage nach Produkten aus regionalem Anbau und ökologischen Produkten. Sie wollen wir fördern. Die forstwirtschaftliche Nutzung des Waldes muss in einen Ausgleich gebracht werden mit seinen Funktionen als Lebensraum und Erholungsgebiet.

Wir werden deshalb:

- **Uns für den Erhalt und die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen.**

Diese Landwirtschaft bildet die Grundlage für den Erhalt und die Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume. Wir werden deshalb im Rahmen des EU-Programms *Ländlicher Raum* Strategien zur Einkommensdiversifizierung für landwirtschaftliche Betriebe entwickeln. Die Potenziale der ökologischen Landwirtschaft wollen wir ausbauen. Auch die regionale und saisonale Erzeugung und Vermarktungsstrategien, insbesondere Direktvermarktung, sowie lokale Wertschöpfung müssen ausgebaut werden. Betriebe des Nebenerwerbs sollen so die Möglichkeit haben, zur regionalen Wertschöpfung beizutragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Landwirtschaft in NRW weiterhin gentechnikfrei bleibt.

- **Die regionale Vermarktung unterstützen.** Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher aus einem reichhaltigen und qualitativ hochwertigen regionalen Lebensmittelangebot auswählen können, das für alle Einkommen finanzierbar bleibt.

- **Landwirtschaftliche Nutzung und Naturschutz miteinander verbinden.** Eine stärkere Umschichtung der EU-Agrar-Direktzahlungen in die zweite Säule bleibt notwendig, um stärker die Entwicklung des ländlichen Raums finanzieren zu können. Auch Maßnahmen des Naturschutzes können davon profitieren. Wir wollen darüber hinaus in Zukunft Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verstärkt mit dem Ökolandbau verbinden. Die Neuschaffung von Landschaftselementen, einschließlich Feuchtgebieten und Feuchtgrünland, werden wir durch Förderprogramme forcieren.

- **Uns für den Tierschutz einsetzen.** Die artgemäßen Bedürfnisse von Tieren müssen bei der Haltung in menschlicher Obhut Berücksichtigung finden. Die Haltungsbedingungen sollen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen kontinuierlich optimiert werden. Gerade in der Nutztierhaltung müssen die Haltungsbedingungen den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden und nicht die Tiere den Haltungssystemen. Wir setzen insbesondere unseren Weg weiter fort, den ausufernden Einsatz von Antibiotika und Regelamputationen an gesunden Tieren überflüssig zu machen. Das Schreddern von männlichen Küken lehnen wir ab. Wir werden das Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine, das 2018 ausläuft, im Vorfeld evaluieren. Sollten sich hier Fehlentwicklungen aufzeigen, werden wir bei der Neuverabschiedung des Gesetzes entsprechende Änderungen vornehmen. Die Kleintierzucht hebt sich positiv ab und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung alter Kulturrassen. Wir werden die Kleintierzucht deshalb weiterhin fördern. Das neue Jagdrecht werden wir in seinen Wirkungen wie zugesagt evaluieren und eine gemeinsame Image-Kampagne für und mit den Jägerinnen und Jägern auf den Weg bringen.

II. NRW: SOZIAL GERECHT!

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sind die Grundlagen für ein modernes, leistungsfähiges und lebenswertes Nordrhein-Westfalen. Wir haben deshalb versprochen, in soziale Gerechtigkeit und Bildung, in soziale Teilhabe und Integration zu investieren. Vor allem ist und bleibt für uns klar: Wir wollen kein Kind zurücklassen.

Heute ist Nordrhein-Westfalen Vorreiter einer vorsorgenden Politik. Dort, wo wir gemeinsam mit den Kommunen vor Ort aktiv geworden sind, spannen wir schon jetzt für Kinder und ihre Familien ein dichtes Netz aus kommunalen Unterstützungsleistungen und knüpfen die wichtigen Präventionsketten. Die Unterstützung beginnt schon in der Schwangerschaft und reicht bis zum Übergang in den Beruf. Es zeigt sich: Wer frühzeitig in gute Bildung investiert, in mehr Kinder- und Ganztagsbetreuung, in passgenaue Hilfen für Alleinerziehende und Familien und in eine vorsorgende Sozialpolitik, der sorgt am besten für die Zukunft vor.

Chancengleichheit von Anfang an.

Gerechtigkeit beginnt immer mit Chancengleichheit. Deshalb gilt für uns weiterhin: Über die Lebens- und Berufschancen eines Kindes dürfen allein seine Talente, Leistungen und Fähigkeiten entscheiden, nicht das Einkommen und die Herkunft seiner Eltern. Deshalb setzen wir auf individuelle Förderung – von Anfang an.

Wir öffnen so das Tor zu einem selbstbestimmten Leben. Bildung ist das Sprungbrett für sozialen Aufstieg. Deshalb haben wir seit unserer Regierungsübernahme auch über 200 Milliarden Euro in das Zukunftsthema Nr. 1 investiert: Kinder, Bildung und Familien. Heute fließt jeder dritte Euro des Landeshaushaltes in gute Kitas und Schulen, in exzellente Hochschulen und in die berufliche Bildung – mehr als jemals zuvor! Damit gewährleisten wir den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, die Modernisierung von Schulgebäuden und Hochschulen und die zeitgemäße Ausstattung aller Bildungseinrichtungen, digitales Lernen inklusive. Vor allem aber schaffen wir Stellen für zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, schulische Sozialarbeit, Erzieherinnen und Erzieher sowie Fachkräfte in Forschung und Lehre an den Hochschulen.

Politik für mehr Gerechtigkeit ist immer auch Politik für Familien: für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und für die Entlastung junger Eltern von Gebühren. Wir setzen deshalb den rasanten Ausbau von Betreuungsplätzen in Kitas und Offenen Ganztagschulen (OGS) fort und investieren in die Qualität der Betreuung.

Unser Ziel bleibt eine kostenfreie Bildung und Betreuung. Junge Eltern, die in der Rush Hour ihres Lebens stehen, verdienen Entlastung – auch finanziell. Denn sie sind es, die jeden Tag aufs Neue einen Beitrag von unschätzbarem Wert für die Zukunft unseres

Landes leisten. Wir wissen: Gerade für alleinerziehende Mütter und Väter werden Kinder immer noch zu oft zu einem Armutsrisiko und Karrierehindernis. Wir werden alles tun, dies ein für alle Mal zu beenden.

Von Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und Familienfreundlichkeit profitieren alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Junge Menschen erhalten die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Aber auch unsere Wirtschaftskraft wächst mit jedem jungen Menschen, dem wir in der schulischen, beruflichen oder akademischen Bildung zu einem höheren Abschluss verhelfen. Sie wächst mit jeder Mutter und jedem Vater, dem wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Mit jedem Kind, das wir nicht zurücklassen, gewinnt unsere Wirtschaft einen Facharbeiter, eine Ingenieurin oder einen Unternehmensgründer mehr.

Gesellschaftliche Teilhabe für alle stärkt den sozialen Zusammenhalt.

Gerechtigkeit beginnt mit Chancengleichheit. Aber sie hört damit noch nicht auf. Der vorsorgende Sozialstaat verbindet sie mit dem Versprechen auf gesellschaftliche Teilhabe – unabhängig von Einkommen oder Geschlecht, von Herkunft, Religion oder Weltanschauung, von einer Behinderung, vom Alter oder von der sexuellen Orientierung. Für die soziale Sicherheit bleibt die solidarische Absicherung im Alter und bei Lebensrisiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit unverzichtbar. Damit stärken wir den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

Wir haben die Grundlagen für eine erfolgreiche Inklusion und eine gelingende Integration gelegt. Mit unserem Integrations- und Teilhabegesetz und unserem *Integrationsplan* waren wir bundesweit Vorreiter. Unseren *Inklusionsplan* haben wir mit ersten gesetzlichen Initiativen umgesetzt. Unser Inklusionsstärkungsgesetz hat Signalwirkung weit über die Grenzen von NRW hinaus. Damit stehen wir aber nicht am Ende, sondern erst am Anfang unserer Arbeit.

Unser Leitbild für Nordrhein-Westfalen ist eine inklusive Gesellschaft: Hier ist es normal, verschieden zu sein. Und davon profitieren wir alle. Zum Beispiel durch den Abbau von Hürden, damit die Umwelt für alle zugänglich wird, aber auch durch weniger Barrieren in den Köpfen. Wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, dann ist das gelungene Inklusion.

Nordrhein-Westfalen bleibt weltoffen und tolerant. Wer sich zu unseren Verfassungswerten bekennt, hat unsere volle Unterstützung bei der Integration. Nach mehr als hundert Jahren Einwanderungsgeschichte wissen wir: Eine gelungene Integration ist der Schlüssel für die Teilhabe und das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Damit sie gelingt, sind Verbindlichkeit und ein langer Atem notwendig.

Die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Frauen bleibt ebenso eine Herausforderung, wie die Teilhabe aller Generationen am Erwerbsleben und in der Gesellschaft. Theoretisch stehen alle Türen offen, doch die Erfahrung zeigt: Praktisch reduzieren sich die Möglichkeiten schnell. Auch hier bleibt viel zu tun.

Bei der praktischen Umsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau geht es uns um das Recht auf gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit und nicht zuletzt um gleiche Aufstiegschancen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Eine gerechte Gesellschaft ist eine Gesellschaft für alle Generationen. Ein selbstbestimmtes Leben im Alter bleibt der Maßstab unserer Politik für ältere Menschen, für pflegebedürftige Menschen nicht weniger als für aktive Seniorinnen und Senioren.

In Nordrhein-Westfalen gilt weiterhin das Versprechen der Solidarität. Mit Armut finden wir uns nicht ab. Wir werden sie weiter bekämpfen. Kernstück dabei ist die Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarkts. Er gibt Menschen, die lange Zeit ohne Arbeit waren, aber immer noch leistungsbereit sind und produktiv sein wollen, die Würde der Arbeit zurück

4. Wir wollen die beste Bildung für jeden von Anfang an.

Beste Bildung, unabhängig von der Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern, ebnet den Weg in ein selbstbestimmtes Leben und zu sozialem Aufstieg. Unser Ziel deshalb auch für die nächsten Jahre und verstärkt: Kein Kind und keinen Menschen zurücklassen. Kein Kind soll die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Jedes Kind soll entsprechend seiner Talente und Begabungen gefördert werden. Und deshalb beginnt beste Bildung im frühen Alter und sorgt im Lebenslauf dafür, dass alle Menschen, immer dann, wenn es notwendig ist, eine weitere Chance erhalten. Wir haben ein umfassendes Bildungsverständnis und wollen alle Bildungsinstitutionen von der Kita bis zur Weiterbildung weiter stärken.

Dafür haben wir in den vergangenen Jahren die Grundlage gelegt: Allein seit 2015 werden über 6.000 neue Lehrerinnen und Lehrer und rund 1.500 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter vom Land zusätzlich finanziert. Damit verbessern wir die Unterrichtsversorgung und sorgen dafür, dass die wachsenden Herausforderungen an unseren Schulen besser bewältigt werden können. Mit dem Schulkonsens haben wir mehr als 220 neue Schulen des längeren gemeinsamen Lernens geschaffen und die Inklusion auf den Weg gebracht. Anders als in anderen Bundesländern setzen wir dabei auf die Wahlfreiheit der Eltern, ihr Kind inklusiv auf einer allgemeinbildenden Schule unterrichten und fördern zu lassen oder auf einer Förderschule. Den Lernort bestimmen in Nordrhein-Westfalen die Eltern nach umfassender kompetenter Beratung, bei der das Kindeswohl handlungsleitend ist.

Durch das Programm Kein Abschluss ohne Anschluss haben wir als erstes Flächenland eine verbindliche und strukturierte Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen eingeführt. Mit Beginn des Schuljahres 2016/2017 setzen alle allgemeinbildenden Schulen in unserem Land dieses Programm verpflichtend um und im Schuljahr 2018/2019 werden dann alle circa 500.000 Schülerinnen und Schüler Nordrhein-Westfalens der Jahrgangsstufen 8 bis 10 von dieser frühzeitigen Unterstützung bei der Berufswahl und beim Eintritt in die Berufsausbildung profitieren. Durch die Anstrengungen des Ausbildungskonsenses NRW, der regionalen Ausbildungskonsense und der berufspraktischen Erprobungen haben wir in vielen Regionen Verbesserungen am Ausbildungsmarkt erreicht. Durch das Programm Talentscouting und zusätzliche Masterstudienplätze ermöglichen wir beste Abschlüsse. Mit Erfolg: Kein anderes Bundesland hat die Zahl der Schulabbrecher so konsequent reduzieren können, und in keinem anderen Land studieren so viele junge Menschen wie in NRW.

Mit der von uns vorgenommenen *Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes* erhalten Auszubildende das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub. Und wir haben die Weiterbildungsförderung sowohl strukturell als auch für einzelne Themen deutlich erhöht.

4.1 Wir machen unsere Schulen fit für die Zukunft.

Die Anforderungen an die Schulen werden weiter steigen: Integration von Zugewanderten, individuelle Förderung und Exzellenz, Inklusion und die Vorbereitung auf Ausbildung und Beruf wie auch das Lernen im digitalen Wandel werden weiter große Kraftanstrengungen erfordern. Hierzu bedarf es mehr Förderung schon in der Kita und mehr Lehrerinnen und Lehrer insbesondere in den Schulen in sozial schwierigen Quartieren.

Der Schulkonsens ist dafür eine gute Grundlage, aber er reicht nicht aus. Mit unserem Manifest *Gute Schule. Beste Bildung.* haben wir daher einen umfassenden Maßnahmenplan vorgelegt, individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen, Bildungsübergänge zu vereinfachen und die schulische Inklusion zum Erfolg zu führen. Unser Investitionsprogramm *Gute Schule 2020* sorgt gleichzeitig mit zwei Milliarden Euro Investitionsvolumen bis 2020 dafür, dass die Schulgebäude wieder auf Vordermann gebracht werden. Mit unserem Leitbild *Lernen im Digitalen Wandel* haben wir Leitplanken für die Zukunft von Bildung in Zeiten der Digitalisierung gesetzt. Die Teilhabe am digitalen Leben, Bildungsqualität, Bildungsgerechtigkeit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sowie mehr Fachkräfte für den digitalen Wandel haben wir dabei als Ziele definiert. Digitale Kompetenz und kritische Mediennutzung sind wichtige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben.

Wir werden deshalb:

- **Für gelingende Unterrichtsbedingungen sorgen.** Die Schüler-Lehrer-Relation ist entscheidend für eine gute Unterrichtsversorgung. Wir werden sie an allen Schulen weiter verbessern und Transparenz über Unterrichtsausfall und seine Ursachen her-

stellen. Um Unterrichtsausfälle, insbesondere bei langfristigen Abwesenheiten von Lehrkräften, wirksam zu vermeiden, werden wir den Einsatz von Vertretungskräften erleichtern. Gleichzeitig werden wir den Schulen, in Anlehnung an die Möglichkeiten der *Selbstständigen Schule*, mehr Möglichkeiten für eine eigenverantwortlichere Stellenbewirtschaftung geben. Über einen Sozialindex wollen wir künftig die Zuweisung von Personalressourcen auch daran orientieren, wo besonders viele Kinder und Jugendliche mit Förderbedarfen oder in besonderen Lebenslagen unterrichtet werden. Zusätzlich werden wir durch besondere Anreize Lehrkräfte für die Arbeit in diesen Stadtteilen honorieren. Wir werden ebenso prüfen, ob die vorhandenen Kapazitäten in den Lehramtsstudiengängen an den Hochschulen für den mittelfristigen Bedarf an Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ausreichend sind. Große Schulen wollen wir in Abstimmung mit den Kommunen durch eine Verwaltungskraft gezielt entlasten. Mit uns ist klar: Das Programm zur sozialen Arbeit an Schulen wird fortgesetzt. Bei der Finanzierung werden wir gleichzeitig weiter darauf bestehen, dass es zu einer hundertprozentigen Refinanzierung durch den Bund kommt, der diese Leistung in Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zugesagt hat. Zugleich werden wir die schulische Arbeit in multiprofessionellen Teams ausbauen. Mit unserem Programm *Gute Schule 2020* sorgen wir weiter dafür, dass der Investitionsstau in den Klassenzimmern endlich aufgelöst wird.

- **Mehr längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.** Die direkte Umwandlung bestehender Haupt- und Realschulen werden wir ermöglichen. Gymnasien soll die Umwandlung in Gesamtschulen zumindest dann ermöglicht werden, wenn sie die einzige weiterführende Schule am Ort sind. Dazu gehört im ersten Schritt, dass ein Gymnasium alle Abschlüsse vergeben kann, um ein diskriminierendes ‚Abschulen‘ von Kindern zu verhindern. Wir folgen dabei dem Grundsatz, dass jede weiterführende Schule die Verantwortung für die Kinder bis zum Abschluss übernimmt, die sie aufgenommen hat. Wir streben einen bundesweit einheitlichen Sekundarabschluss nach Klasse 10 an, der differenzierte Optionen für die weitere Schullaufbahnen ermöglicht. Es ist unser Ziel, gerade im ländlichen Raum eine ortsnahe Bildung sicherzustellen und ein gutes qualitatives Schulangebot vorzuhalten. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Schulkonsenses wollen wir deshalb prüfen, ob eine Zweizügigkeit für die Gründung und den Fortbestand einer Sekundarschule als ausreichend betrachtet werden kann, insbesondere wenn es sich um die einzige weiterführende Schule im Ort handelt.
- **Ein modernes Abitur an den Gymnasien einführen.** Die von CDU und FDP eingeführte generelle Schulzeitverkürzung am Gymnasium (G8) ist gescheitert. Unser Ziel ist, den Kindern wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen zu geben. Dazu werden wir die Sekundarstufe I an Gymnasien wieder auf sechs Jahre verlängern. So reduzieren wir die Belastung der jüngeren Schülerinnen und Schüler und ermöglichen wieder

einen qualifizierten mittleren Abschluss am Gymnasium. Durch eine Reform des gymnasialen Bildungsgangs führen wir die Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern ein. Sie entscheiden durch die Belegung von zusätzlichen Kursen in der Klasse 10, ob sie das Abitur nach 12 Jahren machen wollen oder sich alternativ durch ein zusätzliches Orientierungs- und Vertiefungsjahr 13 Jahre Zeit lassen wollen. Unser flexibles Modell ermöglicht jedem Schüler und jeder Schülerin einen individuellen Weg zum Abitur. Jedes Kind bekommt mit uns die Zeit, die es braucht.

- **Die Grundbildung und die Qualität von Schulen stärken.** Im gesamten schulischen Bildungsverlauf werden wir der Sprachbildung, Sprachförderung und der Grundbildung eine hohe Priorität einräumen. Die digitale Grundbildung wird dabei in Zukunft selbstverständliches Mittel zur Aneignung unterschiedlichster Inhalte. Die Lernstanderhebungen müssen kritisch ausgewertet werden, um die Qualität von Schulen systematisch weiterzuentwickeln. Wo nötig, wollen wir die Schulen durch gezielte Qualitätsentwicklung unterstützen. Dazu ist es erforderlich, dass die Schulaufsicht entsprechend qualifiziert wird. Gezielte schulinterne Fortbildungen sind ein wesentliches und erfolgreiches Instrument zur Qualitätsentwicklung einer Schule. Diese wollen wir personell und sachlich weiterhin fördern und unterstützen. Die bestehenden ehrenamtlichen Projekte zur Leseförderung werden wir ausbauen und ein Landesprogramm zur Verbesserung der Lesekompetenz auflegen. Um die Potenziale aller Schülerinnen und Schüler zu fördern, müssen sowohl diejenigen, die es aufgrund ihrer Herkunft schwer haben, als auch die besonders begabten Schülerinnen und Schüler, gesondert in den Blick genommen werden. Die Förderstunden im System wollen wir deshalb ausbauen. Wir unterstützen Programme zur Verhinderung von Schulabbrüchen und geben allen, die trotz vielfältiger Unterstützung den Abschluss nicht geschafft haben, neue außerschulische Chancen zum Abschluss. Die Verantwortung der öffentlichen Jugendhilfe für gelingende Bildungsbiografien wollen wir stärken.
- **Ein individuelles Schuleingangsalter prüfen.** Dem individuellen Entwicklungsstand der Kinder soll auch beim Schuleingangsalter Rechnung getragen werden.
- **Für einen verlässlichen Offenen Ganztag (OGS) sorgen.** Der hohe Zuspruch der Eltern zur Offenen Ganztagschule unterstreicht Bedarf und Attraktivität dieses Bildungsangebotes gleichermaßen. Die Eltern in unserem Land können sich darauf verlassen, dass das Land auch weiterhin jeden zusätzlich beantragten Platz mitfinanzieren wird. Gleichzeitig wollen wir gemeinsam mit Schulen, Kommunen und Trägern den Offenen Ganztag qualitativ weiterentwickeln. Hierzu zählen auch die qualifizierte Aus- und Weiterbildung sowie die Durchsetzung des Prinzips der Guten Arbeit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden so für einen verlässlichen Offenen Ganztag mit der Möglichkeit des Wechsels zwischen Lern- und Ruhephasen sorgen. Bessere Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler und die Verbesserung der Flexibilität der Angebote stehen dabei im Mittelpunkt.

- **Dafür sorgen, dass der digitale Wandel in unseren Schulen ankommt.** Auf Grundlage unseres Leitbildes *Lernen im Digitalen Wandel* werden wir die Ausstattung der Schulen verbessern und die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer konsequent ausbauen und für einen ausreichenden Datenschutz sorgen. Unser Ziel: Zum Schuljahr 2021/2022 haben alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler jederzeit an jedem schulischen Ort einen pädagogischen Zugang zum Internet. Hier ist auch die Bundesregierung gefordert, die ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommen muss.

- **Für eine gelingende Inklusion und Integration sorgen.** Wir bekennen uns zum Recht auf inklusive Beschulung. Um die schulische Inklusion zum Erfolg zu führen, brauchen wir mehr multiprofessionelle Teams, um den gezielten Einsatz von Doppelbesetzungen und Phasen der individuellen Förderung zu ermöglichen. Dazu gehören gleichermaßen Sonderpädagogen wie nichtlehrendes Personal aus der Schulsozialarbeit, der Schulpsychologie und der Integrationshilfe. Wir verfolgen den Prozess der Inklusion reflektiv weiter. Wir setzen uns dafür ein, Schulen und Kommunen alle Möglichkeiten aufzuzeigen, die dem jeweiligen Kind einen guten Lernort ermöglichen. Für die Integrationshilfe gilt es, Poollösungen rechtlich abzusichern. Für Jugendliche mit besonders großen Lern- und Verhaltensproblemen werden wir gezielte Unterstützungsstrukturen auch im Verbund mit der Jugendhilfe aufbauen. Wir werden die Schulen weiterhin angemessen bei ihrer wichtigen Aufgabe der Integration von Zuwanderern unterstützen. Die Bildung von Sprachfördergruppen bleibt notwendiges Mittel, um ein intensives Erlernen der deutschen Sprache zu gewährleisten. Deshalb wollen wir auch die Angebote des Unterrichts in der natürlichen Muttersprache an den Schulen wo möglich ausbauen. Wir stehen zu der Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden, die Finanzierung der schulischen Inklusion laufend zu überprüfen und gegebenenfalls nachzusteuern.

- **An den Schulen die Grundlage für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz legen.** Schulen sollen Häuser der Demokratie sein. Wir werden deshalb den Politik- und Geschichtsunterricht wieder stärken und die Arbeit der Schülervertretungen weiter fördern. Auslandsaufenthalte von Schülerinnen und Schülern wollen wir fördern und uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen von *Erasmus+* vorhandenen Programme künftig von noch mehr Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen genutzt werden können. Und mit uns ist klar, dass die gesellschaftliche Vielfalt unseres Landes auch in Abbildungen in Schulbüchern (inkl. LSBTIQ* Lebensformen) kein Tabu bleibt. Bei Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals in Schulen – wie auch in Kindertageseinrichtungen und der Jugendhilfe – werden wir uns für einen sensiblen Umgang mit sexueller Vielfalt und Diversität einsetzen.

4.2 Wir stärken die berufliche Bildung.

Kein Jugendlicher darf von der Schule in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Wir wollen für alle jungen Menschen, die eine Ausbildung beginnen wollen, einen Platz

sicherstellen. Unser duales System der beruflichen Bildung bietet Auszubildenden beste Bildungschancen, gute Ausbildungsbedingungen und damit die Chance für die Teilhabe an der Gesellschaft und eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Und es sichert den Unternehmen hochqualifizierte Beschäftigte. Dieses System werden wir stärken.

Die Übergänge zwischen Schule und Ausbildung verbessern wir durch unser Landesprogramm *Kein Abschluss ohne Anschluss*. Es sorgt für Beratungen schon an den Schulen, vermeidet unnötige Warteschleifen und hilft bei der Vermittlung von Ausbildungs- und Studienplätzen. Eine duale Berufsausbildung eröffnet große berufliche Chancen, die Eltern, Jugendlichen und Betrieben noch offensiver nähergebracht werden müssen. In unserer Fachkräfteinitiative werben wir gemeinsam mit Verbänden und Kammern für ihren Stellenwert und die Entwicklungschancen der dualen Berufsausbildung. Die duale Ausbildung wird zudem in vielen Betrieben durch das duale System ergänzt. „Master und Meister“ sind für uns kein Gegensatz.

Deutschland braucht für seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung möglichst viele gut ausgebildete Menschen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass alle jungen Menschen ohne entsprechende Abschlüsse, auch Geflüchtete, ihrem Qualifikationsniveau entsprechend aus- und fortgebildet werden und damit Einstiegsmöglichkeiten in den deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Dabei spielt der sichere Umgang mit der deutschen Sprache eine entscheidende Rolle.

Durch die Vermittlung (nicht nur) beruflicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten stellen die Berufskollegs die Brücke zur Erwerbstätigkeit dar und leisten gerade bei Geringqualifizierten eine umfangreiche Integrationsarbeit. Für die Integration junger Geflüchteter haben wir uns erfolgreich für ein Aufenthaltsrecht für die Dauer der Ausbildung und zwei Jahre Beschäftigungszeit nach der Ausbildung eingesetzt.

Wir werden deshalb:

■ Jedem jungen Menschen, der einen Ausbildungsplatz will, ein Angebot machen.

Unser erfolgreiches Landesprogramm *Kein Abschluss ohne Anschluss* werden wir fortsetzen und für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss das Recht auf eine zweite Chance auch über das 18. Lebensjahr hinaus sicherstellen. Darüber hinaus bedarf es einer bundesweiten Ausbildungsgarantie. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene, von Betrieben finanzierte, branchenbezogene Ausbildungsfonds können dabei das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Die Ausweitung flexibler Zugänge zur Ausbildung durch das Konzept der zertifizierten Teilqualifizierungen wollen wir gemeinsam mit den Partnern in NRW weiter vorantreiben. Dies ermöglicht formal gering qualifizierten Menschen, einen vollen Berufsabschluss in mehreren Schritten zu erwerben. Für Jugendliche, die nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen, werden wir niedrig-

schwellige Förderangebote wie die Produktionsschulen, in denen berufliches Lernen und praktische Arbeit Hand in Hand gehen, zur Verfügung stellen.

- **Die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen.** Wir wollen für einen stärkeren Praxisbezug des Abiturs an Berufskollegs sorgen, um die Übergangsquote von Jugendlichen in die Ausbildung zu erhöhen. Wir wollen zudem die Kooperation unterschiedlicher Bildungsinstitutionen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Modellregionen fördern. Um dem Lehrkräftemangel wirksam zu begegnen, brauchen wir eine engere regionale Zusammenarbeit zwischen Berufskollegs und anderen Bildungseinrichtungen. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch prüfen, ob freiwillige, regionale Verbände der beruflichen Bildung ein sinnvolles Kooperationsformat sein können, um Berufskollegs in ihre Flexibilität und Selbstständigkeit zu stärken. Wir wollen dort Anreize setzen, wo Fachkräfte dringend benötigt werden – wie beispielsweise in der Altenpflege. Dies kann etwa durch die Umwandlung von unbezahlter Ausbildung in bezahlte duale Ausbildung geschehen. Die Möglichkeiten des dualen Studiums werden ebenfalls immer attraktiver und zahlreicher. Wir werden daher eine Evaluation des dualen Studiums durchführen, um die Studierbarkeit und Qualität der Abschlüsse weiter zu gewährleisten und einer starken Ausdifferenzierung des Studienangebotes entgegenzuwirken. Im Bund setzen wir uns dafür ein, dass es zu einer umfassenden Modernisierung des Berufsbildungsgesetzes kommt, das die Auszubildenden stärkt und Praktikantinnen und Praktikanten sowie Dual-Studierende in das Gesetz einbezieht.
- **Die soziale Lage von Auszubildenden verbessern.** Wer die Ausbildung attraktiver gestalten will, muss die soziale Lage von Auszubildenden verbessern. Wir werden deshalb darauf drängen, dass die Verkehrsverbände ein vergünstigtes Ticket für Azubis – gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern und analog zum Semesterticket – anbieten und für die Schaffung von günstigem Wohnraum für Auszubildende (beispielsweise auch in Wohnheimen) sorgen. Wir werden uns im Bund für die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung und für eine Ankündigungsfrist bei beabsichtigter Nichtübernahme nach der Ausbildung stark machen. Damit erhöhen wir für Auszubildende die Planbarkeit. Insbesondere für junge Mütter und Väter wollen wir für eine verstärkte Förderung von Teilzeitberufsausbildung eintreten. Hierzu werden wir im Land unsere erfolgreichen Projekte fortsetzen und, wo nötig, ausweiten. Im Bund werden wir uns für flankierende Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Ausbildungsfinanzierung, einsetzen.
- **Unsere Berufskollegs fit für die Digitalisierung machen.** Entsprechend den digitalen Anforderungen, denen schon Auszubildende im Betrieb begegnen, werden wir die Berufskollegs adäquat technisch ausrüsten und die Bildungspläne der jeweiligen Ausbildungsberufe entsprechend regeln. Dabei können regionale Lernfabriken als ein fachlich ergänzender außerschulischer Ausbildungsort dienen.

- **Demokratie und Toleranz fördern.** Wir werden den Anspruch auf Bildungsurlaub für Auszubildende auf fünf Tage pro Jahr ausweiten und eine grundsätzliche Gleichstellung mit dem NRW-Bildungsurlaub aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer prüfen. Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass die gesellschaftliche Vielfalt von NRW als Perspektive in der Ausbildung von sozialen, pädagogischen und bildenden Berufen (z. B. Jugendhilfe, Altenpflege, Schule) etabliert wird.

4.3 Wir schaffen beste Bedingungen für ein erfolgreiches Studium.

Gutes Studieren ist mit uns keine Frage des Geldes. Volle Chancengleichheit beim Zugang zum Studium und beste Studienbedingungen dürfen kein Gegensatz sein. Wir setzen auf Gebührenfreiheit, hohe Qualität und beste Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium. Das ist unser Erfolgsrezept.

Wir wissen: Betriebliche und akademische Bildung ergänzen sich gegenseitig und die weitere Verzahnung wollen wir fördern. Wir wollen auch im Hinblick auf das Studium alle Talente erkennen und fördern. Dazu brauchen wir noch mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, die Erweiterung der Möglichkeiten, welche Studienfächer mit vorheriger Ausbildung und Berufserfahrung studiert werden können und den Abbau von finanziellen Hürden. Studiengebühren bleiben deshalb in NRW abgeschafft. Die Studierendenwerke in NRW bleiben unverzichtbare Partner, insbesondere für studentisches Wohnen, Studienfinanzierung, KiTas und die Verpflegung der Studierenden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass günstiger Wohnraum für Studierende auch zukünftig einen wichtigen Platz in der sozialen Wohnraumförderung einnimmt.

Mit dem Hochschulzukunftsgesetz haben wir einen guten Rahmen für ein erfolgreiches Studieren gesetzt. Gleichzeitig erhöhen wir die öffentliche Verantwortung und Transparenz, sorgen für mehr Demokratie in den Gremien und für Gute Arbeit. Unsere Programme *Talentscout* und *Erfolgreich Studieren* begleiten vor allem diejenigen, denen das Studium nicht direkt in die Wiege gelegt wurde.

Wir sorgen dafür, dass die Infrastruktur stimmt: Bis 2020 werden wir insgesamt über fünf Milliarden Euro in die Hochschulen und Unikliniken investiert haben. Das *Hochschulbau-Konsolidierungsprogramm* und das *Sanierungs- und Modernisierungsprogramm* für Universitätskliniken sorgen für die verlässliche Umsetzung vor Ort.

Wir werden auch darüber hinaus weiterhin für eine gute Finanzierungsgrundlage für unsere Hochschulen sorgen, denn gute Studien- und exzellente Forschungsbedingungen bedürfen einer verlässlichen und dauerhaften Grundfinanzierung der Hochschulen. Mit der *Hochschulvereinbarung NRW 2021* haben wir die finanziellen Rahmenbedingungen bereits deutlich verstetigt und dauerhaft verbessert. Zusätzliche Planungssicherheit schafft auch die Möglichkeit, den Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen weiter zurückzudrängen.

NRW ist heute das Mitbestimmungsland Nr. 1 und steht bundesweit für das Thema Gute Arbeit an Hochschulen. Dies wird zum Standortvorteil für die Hochschulen in NRW bei der Gewinnung von qualifiziertem Personal. Auch das haben wir mit dem Hochschulzukunftsgesetz erreicht.

Wir werden deshalb:

- **Investitionen in die Hochschulbildung auf hohem Niveau verstetigen.** Wir werden unsere Ausgaben für die Hochschulen auf hohem Niveau halten und sicherstellen, dass die hierzu zur Verfügung stehenden Bundesmittel vollständig abgerufen werden können. Die Programmfinanzierungen wollen wir hin zu einer beständigen und verlässlichen Finanzierung durch den Bund – auch in Bezug auf die Grundfinanzierung – verstetigen und eine neue Finanzarchitektur zwischen Bund und Ländern schaffen. Ebenso werden wir unsere Anstrengungen im Bereich Infrastruktur fortsetzen und die Mittel dafür bereitstellen, den baulichen und technischen Zustand der NRW-Hochschulen weiter zu modernisieren. Und wir werden weiterhin dafür werben, dass sich der Bund und andere Länder intensiver an der Finanzierung der FernUniversität Hagen beteiligen.

- **Die Studierbarkeit an unseren Hochschulen verbessern.** In jeder Region des Landes werden wir *Talentscouts* für die berufliche und akademische Ausbildung etablieren und unser Programm *Erfolgreich Studieren* fortsetzen und, wo möglich, ausbauen. Die gezielte Gestaltung der Studieneingangsphase und wirksame Maßnahmen gegen den Studienabbruch sind notwendig, um ein erfolgreiches Studium zu fördern. Im Dialog mit den Hochschulen werden wir darauf hinwirken und sie dabei unterstützen. Wir wollen die Hochschulen ebenso ermutigen, die Möglichkeiten von individuellen Regelstudienzeiten stärker zu nutzen, Teilzeitstudiengänge weiter auszubauen sowie den Erfolgsfaktor eines aktiven Diversity-Managements weiter zu stärken. Insbesondere für junge Eltern werden wir die Hochschulen anregen, flächendeckend bestehende Möglichkeiten und Ausnahmeregelungen zur Unterstützung von Studierenden mit Kind umzusetzen und werden – wenn nötig – weitere Verbesserungen auf den Weg bringen. Zudem werden wir Kindertagesstätten und weitere Angebote, die das Studieren mit Kind erleichtern, an den Hochschulen in Kooperation mit den Studierendenwerken ausbauen.

- **Die notwendige Neuordnung der Akkreditierung gestalten.** Dabei werden wir unter anderem darauf achten, dass die Studierbarkeit von Studiengängen im Vordergrund steht, dass es kein zu ausdifferenziertes Studiengangangebot gibt, welches Vergleichbarkeit und die gegenseitige Anerkennung verhindert, und dass es ein wissenschaftsgeleitetes Verfahren gibt. Insgesamt müssen die Mobilität von Studierenden und die Möglichkeiten der gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen verbessert werden.

- **Gute Lehre besser fördern.** Eine hervorragende Lehre ist eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium. Wir wollen deshalb, dass gute Lehre in Zukunft stärker gefördert wird und die Hochschulen das Lehrpersonal in der Breite zu guter Lehre anregen können. Herausragende Beispiele sollen zukünftig ausgezeichnet und als vorbildliche Lehre verbreitet werden. Wir wollen zudem, dass gute Lehre auch zu guten Karriereperspektiven führt. Außerdem werden wir mit den Fachhochschulen die Möglichkeiten für die Reduzierung des Lehrdeputats umsetzen, auf Praxistauglichkeit prüfen und gegebenenfalls anpassen. Die Chancen der Digitalisierung im Bereich Lehre wollen wir nutzen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die *Digitale Hochschule NRW*.

- **Für ein ausreichendes Masterplatzangebot sorgen.** Wir wollen die Akzeptanz des Bachelors erhöhen und so mehr Absolventinnen und Absolventen den Weg in den Beruf ermöglichen und gleichzeitig Masterstudienplätze weiter ausbauen.

- **Finanzielle Hürden für die Aufnahme eines Studiums senken.** Mit uns ist klar: Wir lehnen weiterhin jegliche Form von Studiengebühren für die Hochschulen in NRW ab. Gegenüber dem Bund setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG weiterhin bedarfsgerecht angepasst und dynamisiert wird. Zudem machen wir uns für die weitere Flexibilisierung des BAföG stark: Die Gruppe der Bezugsberechtigten muss erweitert werden, und wir brauchen tragfähige Lösungen für Menschen, die sich im Übergang zwischen zwei Studiengängen befinden oder beispielsweise in Teilzeit studieren.

- **Den Rahmen für Gute Arbeit an den Hochschulen setzen.** Auf der Grundlage des Rahmenkodex Gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal geben wir mehr Planungssicherheit. Das Thema Gute Arbeit an Hochschulen werden wir weiter vorantreiben und treten so dafür ein, dass befristete Beschäftigung und sehr kurze Verträge an unseren Hochschulen eingedämmt werden. Wir werden uns in diesem Zusammenhang auf Bundesebene auch für weitere Verbesserungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes einsetzen. Wir werden nach den Prinzipien der Guten Arbeit auch gesetzliche und untergesetzliche Maßnahmen ergreifen, um die Beschäftigungsbedingungen von Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen des Landes zu verbessern. Wichtige Eckpunkte sind dabei die regelmäßige Anpassung der Vergütung an die Tarifentwicklung und die Einrichtung von Dauerstellen.

- **Für mehr Gleichstellung sorgen.** Die Gleichstellung der Geschlechter an den Hochschulen werden wir weiter vorantreiben. Auch hier wollen wir alle Talente fördern. Ein Schwerpunkt wird dabei die Gleichstellung im Bereich der Medizin sein.

- **Demokratie und Selbstverwaltung stärken.** Die akademische Selbstverwaltung werden wir weiterhin fördern und für eine angemessene Vertretung aller vier hochschulischen Gruppen in den Hochschulgremien sorgen. Wir stehen für die studentische

Selbstverwaltung ein, die einen wichtigen Beitrag zur lebendigen Demokratie an unseren Hochschulen leistet.

4.4 Wir setzen auf lebensbegleitendes Lernen.

Unser Ziel ist die Förderung hochwertiger Angebote des lebensbegleitenden Lernens für alle, in jedem Umfeld und auf allen Bildungsstufen. Wir wollen damit die Chancen des Einzelnen auf Teilhabe an der Gesellschaft und auf ein selbstbestimmtes Leben verbessern und gleichzeitig den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Ausgrenzung wollen wir konsequent zurückzudrängen. Dies schließt den chancengleichen Zugang zu hochwertiger beruflicher Bildung und Weiterbildung ein.

Wir wollen flexible Bildungswege bereitstellen. Dazu zählen für uns auch die Abendreal-schulen und die Weiterbildungskollegs. Wir sorgen für die Anerkennung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die durch außerschulische und informelle Bildung erworben wurden. Auch bei der Integration von Geflüchteten spielt die Weiterbildung eine zentrale Rolle. Neben Maßnahmen für den Spracherwerb sind die Einrichtungen der Weiterbildung für Alphabetisierungsangebote, Integrationskurse und nachholende Schulabschlusskurse der Sekundarstufe I unverzichtbar.

Dank digitaler Medien wird Lehren und Lernen orts- und zeitunabhängiger, individuelle Lernvoraussetzungen können stärker berücksichtigt werden. Sowohl in den Inhalten als auch in den Lernformen stellt die Digitalisierung einen wesentlichen inhaltlichen Aspekt der Weiterbildung dar. In der Arbeitswelt entstehen neue Formen der Zusammenarbeit über die Grenzen von Organisation, Ort, Zeit und Fachbereich hinweg. Allen Menschen muss deshalb der Zugang zu digitaler Bildung und Information offenstehen.

Die insbesondere in den letzten Jahren deutlich gewachsene Verantwortungsrolle von Weiterbildung für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben, verlangt nach einer soliden und angemessenen Grundausstattung und Planungssicherheit. Die Stärkung der Volkshochschulen ist dabei ein wichtiger Aspekt, damit auch Erwachsene auf ein breites Bildungsangebot zurückgreifen können.

Wir werden deshalb:

- **Unsere finanziellen Anstrengungen für die Weiterbildung stärken.** Die bereits erhöhten Mittel, die das Land für die Strukturen der Weiterbildung aufbringt, werden wir fortschreiben, den Konsolidierungsbeitrag komplett zurücknehmen und die Förderung an die allgemeine Gehaltsentwicklung anpassen.
- **Unser Weiterbildungssystem modernisieren.** Das Weiterbildungsgesetz werden wir gezielt modernisieren und weiterentwickeln. Dabei werden wir die Aufgabenbereiche der Digitalisierung und der Arbeit mit bildungsfernen Menschen stärker in der Förderung abbilden. Um insbesondere bildungsferne Schichten besser zu erreichen,

werden wir bei den Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung eine Weiterbildungsberatung ansiedeln, die die örtlichen Angebote erfasst und vernetzt sowie über das Instrument der aufsuchenden Beratung verfügt. Wir wollen Angebote entwickeln, die Alphabetisierung und Grundbildung dauerhaft und nachhaltig gemäß unseres Verständnisses einer breit gefassten Weiterbildung verankern.

- **Die Weiterbildung auf das digitale Zeitalter einstellen.** Im Rahmen einer *Digitalisierungsstrategie Weiterbildung* werden wir die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur und neue Lernformen auf den Weg bringen. Die erfolgreiche Plattform *Logineo NRW* werden wir dazu weiterentwickeln.
- **Für Gute Arbeit in der Weiterbildung eintreten.** Wir wollen eine bessere Bezahlung von freiberuflichen Weiterbildungslehrerinnen und -lehrern erreichen. Gemeinsam mit Kommunen, Gewerkschaften und Dozentenvertretungen werden wir prüfen, ob und wie ein System der sozialen Absicherung für Dozentinnen und Dozenten mit arbeitnehmerähnlicher Beschäftigung entwickelt werden kann..

5. Wir stärken Kinder und Familien.

Familien sind eine Basis für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie sind der Ort, an dem die Solidarität miteinander gelebt und die entscheidenden Weichen für Bildung und Erziehung der Kinder gestellt werden. Gleichzeitig sind die Herausforderungen, vor denen Familien heute stehen, größer geworden.

Familien in all ihrer Vielfalt verdienen die Förderung und Unterstützung durch Staat und Gesellschaft. Gleich, ob es sich um verheiratete oder unverheiratete Paare, Alleinerziehende, Patchwork-, Mehrkind- und Mehrgenerationenfamilien oder gleichgeschlechtliche Paare handelt: Familie ist da, wo Kinder sind und wo Menschen für- und miteinander Verantwortung übernehmen. Familie ist Lebensmittelpunkt, Rückzugsort, gibt Sicherheit und ist bestimmend für die Lebensplanung. Familie ist auch der Ort, von dem aus Kinder ins eigene Leben aufbrechen und der Halt im Alter, wenn nahe Hilfe gebraucht wird.

Familie zu sein, stellt aber auch Anforderungen: Eltern stehen häufig unter Druck als „geforderte Generation“. Sie wollen ihren Kindern ein sicheres Aufwachsen ermöglichen und ihnen allen voran durch Bildung Zukunfts- und Teilhabechancen eröffnen. Gleichzeitig wollen sie gleichberechtigt im Beruf Fuß fassen und nicht die eigene Karriere aus dem Blick verlieren, und oft sind sie auch noch für ihre älteren Angehörigen da. Alleinerziehende müssen all dies ohne unterstützende Partnerschaft leisten. Sie brauchen daher besondere Unterstützung.

Wir wollen, dass Familie und Beruf als doppelte Entfaltungsmöglichkeit und nicht als Doppelbelastung empfunden werden kann. Wir wollen Eltern Möglichkeiten eröffnen,

Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich miteinander zu vereinbaren. Wir wollen es Familien ermöglichen, Familie als Beziehung zwischen den Generationen leben zu können. Die Familienbildung leistet in NRW hervorragende Arbeit. Sie ist der erste Schritt zum lebensbegleitenden Lernen. Mit ihr beginnt die Prävention bereits vor der Geburt des Kindes, und sie begleitet die Familien bis ins Jugendalter der Kinder hinein, sogar darüber hinaus.

Ein Schlüssel für die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und weitgehend kostenfreie Kita. Sie gewährleistet frühkindliche Bildung und Betreuung gleichermaßen. Wir haben deshalb nicht nur den Rechtsanspruch erfüllt und die Zahl der U3-Betreuungsplätze verdoppelt, sondern auch den Betreuungsschlüssel gesenkt und eine gesonderte Förderung der sozialen und sprachlichen Integration eingeführt.

In einem ersten Schritt haben wir das letzte Kita-Jahr gebührenfrei gestellt. Das im Bund abgeschaffte Betreuungsgeld fließt in NRW 1:1 in die Kitas. Insgesamt investieren wir im Vergleich zu 2010 zusätzlich 1,3 Milliarden Euro in die Betreuung der Kleinsten und haben die Familien gleichzeitig um 150 Millionen Euro pro Jahr entlastet. Die Finanzierung der Träger von Kitas und Offenen Ganztagschulen (OGS) haben wir an die Kostenentwicklung angepasst. Wir wissen: Um dauerhaft gute Bildung und Betreuung zu gewährleisten, brauchen wir mutige weitere Schritte.

5.1 Wir schaffen beste Bildung von Anfang an und eine verlässliche Kinderbetreuung.

Das Herzstück einer modernen Familienpolitik ist eine gute und verlässliche Kinderbetreuung. Gewiss: Sie allein ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch nicht hinreichend. Aber ohne sie bleiben alle anderen Maßnahmen nur Stückwerk.

Dem wachsenden Bedarf an qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung werden wir durch den weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Kita und OGS und einer Flexibilisierung der Öffnungszeiten gerecht. Wir wollen die Finanzierung unserer Kitas dauerhaft sichern und die Betreuungsqualität verbessern. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, müssen auch die Öffnungszeiten flexibler werden.

Kitas haben einen enorm wichtigen Bildungsauftrag. Je früher Kinder gemeinsam spielen und lernen, desto besser sind die Bildungschancen für alle. Dieser Grundsatz ist Leitgedanke für unsere Politik.

Gelingende Integration beginnt so früh wie möglich. Die Kitas sind das erste und entscheidende Glied der Bildungskette. Hier können Sprache, Kulturtechniken und wichtige Fähigkeiten im Vorfeld der schulischen, beruflichen und akademischen Bildung syste-

matisch vermittelt werden. Die finanzielle Stärkung von Kitas und das Schaffen neuer Kita-Plätze sind deshalb Integrationspolitik pur.

Wir werden deshalb:

- **Eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung in den Kernzeiten kostenfrei anbieten.** Die Eltern in Nordrhein-Westfalen schätzen das gute Angebot der Kindertagesbetreuung vor Ort. Sie können sich darauf verlassen, dass das Land auch weiterhin jeden zusätzlich beantragten Platz finanzieren wird. Betreuung und frühkindliche Bildung brauchen Zeit, Zuwendung und klare Bezugspersonen, deshalb werden wir die Betreuungsschlüssel verbessern. Die Kernzeiten in der Kita (30 Stunden) werden wir zukünftig komplett von Gebühren freistellen. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen, der Träger und der Eltern sowie der Erzieherinnen und Erzieher werden wir dazu das Kinderbildungsgesetz grundlegend reformieren.
- **Für Gute Arbeit in der Kita sorgen.** Gemeinsam mit den Trägern, Gewerkschaften und Elternvertretern treten wir dafür ein, dass der Arbeitsplatz Kita endlich die Anerkennung findet, die die Beschäftigten dort schon lange verdienen. Dies beinhaltet neben einer fairen tariflichen Bezahlung für alle auch sichere Arbeitsverhältnisse, ein gesundes und förderliches Arbeitsumfeld, ausreichende Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie die angemessene gesellschaftliche Anerkennung.
- **Passgenaue Lösungen für Eltern und ihre Kinder entwickeln.** Wir wollen daher Kommunen und die Träger bei der Ausweitung von Öffnungszeiten und der Bereitstellung von Randzeitenbetreuungsmodellen unterstützen. Dazu gehören auch Lösungen, um bedarfsorientierte und verlässliche Ferienbetreuungsangebote für Familien mit schulpflichtigen Kindern verstärkt auszubauen und Schließzeiten von Betreuungseinrichtungen in den Stadtteilen zu harmonisieren.
- **Für eine nachhaltige Präventionspolitik sorgen.** Das Modellprojekt *Kein Kind Zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor* hat sich bewährt. Es hat sich gezeigt: Vorbeugung wirkt. Wir setzen diese erfolgreiche Politik konsequent fort. Inzwischen beteiligen sich bereits 40 Kommunen an der Landesinitiative. Dadurch werden 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen erreicht. Unsere Botschaft ist klar: Wir wollen raus aus dem Reparaturmodus und rein in den Vorsorgemodus.
- **Besonderen Herausforderungen gerecht werden.** Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Besondere Herausforderungen bedürfen besonderer Förderung. Deshalb werden wir diejenigen Kitas und Familienzentren, die vor dem Hintergrund besonderer sozialer Herausforderungen hervorragende Arbeit leisten, finanziell stärker unterstützen. Unsere erfolgreichen Brückenprojekte, mit denen Kinder mit Fluch-

terfahrung an die frühkindliche Bildung herangeführt werden, wollen wir fördern und bedarfsgerecht ausbauen.

- **Für eine gerechte Finanzierung sorgen.** Deshalb setzen wir uns für eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung ein. Denn bisher ist das Engagement des Bundes für frühkindliche Bildung – auch und gerade im internationalen Vergleich – viel zu gering.

5.2 Wir wissen: Familien brauchen Zeit, Anerkennung und finanziellen Spielraum.

Familien sind die Basis für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Hier wird die Grundlage für Verantwortungsfähigkeit gelegt. Mit unserem Familienbericht und unseren familienpolitischen Kampagnen lenken wir die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen, vor denen Familien heute stehen.

Unser Ziel bleibt: Familie und Beruf müssen ohne Brüche und einseitige Belastung miteinander vereinbar sein. Nicht die Familien müssen sich immer mehr an die Arbeitswelt anpassen, sondern die Arbeitswelt muss familiengerechter werden. Zeit für Familie ist auch Zeit für die Pflege. Die Mehrheit der Pflegbedürftigen in Nordrhein-Westfalen wird nach wie vor von Familienangehörigen – in der Regel von Frauen – gepflegt: Pflegenden Angehörige verdienen Sicherheit, auch finanzielle.

Unser Familienbegriff ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Für uns ist klar: Wir wollen die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare möglich machen. Und wir treten für gleiche Rechte für Regenbogenfamilien ein.

Das aktuelle Steuerrecht geht an der Lebenswirklichkeit vieler Familien vorbei, denn es unterstützt mit dem Ehegattensplitting in einem erheblichen Umfang die Ehe, unabhängig davon, ob Kinder da sind oder nicht. Wir stehen für einen generellen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik, der das Kind in den Fokus der Leistungen rückt. Deshalb wollen wir auch unverheiratete Paare mit Kindern und Alleinerziehende steuerlich besserstellen.

Wir werden deshalb:

- **Einen Pakt für Vereinbarkeit schließen.** Aufbauend auf der erfolgreichen Aktionsplattform *Familie@Beruf.NRW* wollen wir gemeinsam mit den Tarifpartnern und Fachverbänden einen *Pakt für Vereinbarkeit NRW* etablieren. Im Mittelpunkt stehen die stärkere Unterstützung familiengerechter Unternehmen und die Ermöglichung kreativer Lösungen für familiengerechte Arbeitsbedingungen gerade in kleinen und mittelständischen Unternehmen.
- **Mehr Zeit für Familie finanziell absichern.** Der Wunsch nach mehr Zeit für Familie betrifft längst beide Partner gleichermaßen und ist weit vielfältiger, als es die Regeln

staatlicher Förderung bisher abbilden. Wir brauchen eine flexible Familienarbeitszeit. Das von der SPD durchgesetzte ElternGeldPlus war ein erster wichtiger Schritt. Wir wollen es aus NRW heraus weiterentwickeln. Das gleiche muss in der Pflege gelten. Der Auszahlungszeitraum des Pflegeunterstützungsgeldes muss verlängert und die Familienpflegezeit noch stärker an die Bedürfnisse pflegender Angehöriger angepasst werden. Ebenso müssen diese Zeiten bei der Rentenberechnung entsprechend berücksichtigt werden.

- **Einen guten Rahmen für mehr Flexibilität schaffen.** Gemeinsam mit den Kommunen werden wir Lösungen erarbeiten, um Zeitkonflikte von Familien durch eine bedarfsgerechte familienunterstützende Infrastruktur zu reduzieren. Mehr Flexibilität zu erreichen, bedeutet für uns auf der anderen Seite auch, das Einrichten von flexiblen Arbeitszeitkonten zu erleichtern. Und wir wollen die Hürden für den Zugang zu haushaltsnahen Dienstleistungen senken und Möglichkeiten einer verbesserten Förderung für Familien prüfen. Hierzu werden wir die Vermittlung über Agenturen fördern und uns dafür einsetzen, sowohl ihre Nutzung steuerlich zu fördern als auch über Gutscheinmodelle möglich zu machen.
- **Den Öffentlichen Dienst in NRW zum Vorreiter einer familiengerechten Arbeitswelt machen.** Dies soll durch die Einführung einer Familienarbeitszeit und familiengerechter Arbeitszeitmodelle, durch flexible Weiterbildungsmöglichkeiten, die Ausweitung von Home-Office-Arbeitsplätzen und neue Karrieremuster erfolgen.
- **Familien mit Kindern finanziell besser stellen.** Mit einer Familienkarte kann für alle Familien mit Kindern ein ermäßigter Eintritt in Zoos, Museen, Schwimmbäder und weitere Freizeiteinrichtungen ermöglicht werden. Wir wollen sie gemeinsam mit den Partnern aus Kommunen und Wirtschaft umsetzen. Im Bund machen wir uns dafür stark, die familienpolitischen Leistungen des Familienleistungsausgleichs sowie des Ehegattensplittings zu einem neuen, am Kind orientierten System zusammenzuführen. Dabei stellen wir sicher, dass alle, die mit dem bisherigen System geplant haben, Bestandsschutz erhalten.
- **Alle Familien gleichwertig anerkennen.** Eine bessere rechtliche Absicherung von unverheirateten Paaren ist möglich, ohne dabei die Ehe infrage zu stellen. Wir werden uns dafür im Bund einsetzen. Genauso ist die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben längst überfällig. Dies betrifft insbesondere das Adoptionsrecht. Sexuelle Identität darf kein Kriterium für die Möglichkeit einer Adoption sein. Wir wollen die Ehe für alle. Und wir sorgen dafür, dass die Familienberatungsstellen in NRW für die Themen Homosexualität, Diversity und Regenbogenfamilien geschult und sensibilisiert werden.

5.3 Wir setzen auf eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik.

Wir nehmen Kinder und Jugendliche ernst. Wir verstehen sie als Heranwachsende, die ihr Leben selbst gestalten wollen und können und die dafür geeignete Rahmenbedingungen und Unterstützung vorfinden müssen.

Unser Ziel ist eine Jugendpolitik, die die Jugendphase als Ganzes in den Blick nimmt, überzeugende und stimmige Lösungen entwickelt und umsetzt. Wir brauchen eine Politik für junge Menschen aus einem Guss, die politikfeldübergreifend gutes Aufwachsen ermöglicht. Deswegen verstehen wir Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld.

Kinder und Jugendliche wollen und sie können ihre Stadt und ihr Land mitgestalten. Sie sind nicht nur Anwälte in eigener Sache, sondern eine entscheidende Basis für eine aktive Zivilgesellschaft. Jugendverbände üben dabei eine wichtige Funktion aus. Wir bekennen uns zum Ring Politischer Jugend, der eine unverzichtbare Aufgabe für die selbstständig organisierte politische Bildungsarbeit junger Menschen leistet. Wir treten dafür ein, die Mitsprache- und Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen über alle Politikfelder hinweg auf allen Ebenen zu stärken.

Jungen Menschen steht heute mehr denn je die Welt offen. Ihnen werden immer neue Betätigungsfelder und Möglichkeiten eröffnet. Freiwilligendienste helfen ihnen dabei, sich orientieren zu können, sich weiterzuentwickeln und Neues zu erfahren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind versichert und abgesichert, sie erhalten eine klar geregelte Aufwandsentschädigung, haben feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und werden begleitet. Diese Verpflichtung über eine gewisse Dauer ist eine gute Möglichkeit, sich selber zu erfahren und seine eigenen Wünsche zu ergründen.

Wir werden deshalb:

- **Unsere Strategie für eine eigenständige Jugendpolitik weiterentwickeln.** Die eigenständige Jugendpolitik hat einen besonderen Stellenwert in NRW. Wir wollen sie gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen und ihren Verbänden weiterentwickeln. Da sie immer auch Querschnittspolitik ist, muss dabei die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien gestärkt werden.
- **Wissenschaftliche Grundlagen für eine vorausschauende Kinder- und Jugendpolitik schaffen.** Das bewährte Instrument eines Kinder- und Jugendberichts der Landesregierung werden wir fortführen. Daneben ist ein wissenschaftlich fundiertes Monitoring über die Lebenslagen von Jugendlichen notwendig, damit sich die Politik in Land und Kommunen an die sich wandelnden Herausforderungen anpassen kann.
- **Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt fördern.** Die in 2010 auf 100 Millionen Euro erhöhten Mittel des *Kinder- und Jugendförderplans (KJFP)* werden wir um

weitere 20 Prozent anheben. Dabei sollte vor allem die strukturelle Förderung erhöht werden.

- **Demokratische Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken.** Wir werden in der nächsten Wahlperiode einen neuen Anlauf starten, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken. Die Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche in Land und Kommunen wollen wir erweitern. Auf Grundlage der bereits etablierten Strukturen von LandesschülerInnenvertretung, Landesjugendring und Kinder- und Jugendrat NRW soll außerdem eine landesweite Interessenvertretung der Jugendlichen aufgebaut werden.
- **Freiwilligendienste stärken.** Wir wollen Schülerinnen und Schülern frühestmöglich die Teilnahme an den Programmen des Freiwilligendienstes ermöglichen, beispielsweise anstelle der Einführungsphase in der Oberstufe. Wir werden darüber hinaus prüfen, inwiefern jungen Freiwilligen besondere Vergünstigungen bei Mobilität und Kultur ermöglicht werden können. Dies kann etwa durch die zusätzliche Befreiung von weiteren öffentlich-rechtlichen Gebühren, Abgaben oder Beiträgen erfolgen.

6. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in NRW.

Die Menschen in NRW halten zusammen. Dieser soziale Zusammenhalt macht uns stark und legt eine gute Grundlage dafür, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit bestehen. Wir wollen ihn stärken.

Soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung untergraben den sozialen Zusammenhalt in NRW. Mehr als anderswo haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen dafür ein Gespür. Sozialer Zusammenhalt wird gefestigt und wächst dort neu, wo wir Teilhabe und gleiche Rechte für alle ermöglichen.

Die Integration in Arbeit steht dabei an erster Stelle. Mit unseren Pilotprojekten des Sozialen Arbeitsmarkts bieten wir Menschen, die lange Zeit arbeitslos sind oder aufgrund von Einschränkungen nicht mithalten können, endlich die Gelegenheit dazu. Unser Handlungskonzept *Gegen Armut und soziale Ausgrenzung* fördert konkret die Armutsprävention in den Kommunen.

Mit unserem *Integrationsplan* haben wir die Grundlage für eine gelingende Integration nicht nur von Flüchtlingen gelegt. Barrieren für Menschen mit Behinderungen werden durch die Umsetzung unseres *Inklusionsplans* spürbar abgebaut.

Eine gute Grundlage für eine vielfältige, bedarfsgerechte Krankenhauslandschaft und eine hohe Behandlungsqualität legen wir mit unserer Krankenhausplanung. Durch die Umlage in der Altenpflege haben wir die Zahl der Auszubildenden seit 2010 mehr als

verdoppelt und sind so dem drohenden Pflegenotstand wirksam entgegengetreten. Das neue Landespflegegesetz entwickelt die Anforderungen an eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur weiter.

Im Ringen für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land hat sich die Freie Wohlfahrtspflege seit Jahrzehnten als verlässlicher Partner für Landesregierung und Betroffene erwiesen. Sie ist damit eine tragende Säule unseres Sozialstaates. Angesichts der bewährten Zusammenarbeit werden wir daher auch in der neuen Legislaturperiode an der Finanzierung der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege in mindestens der bisherigen Höhe festhalten.

6.1 Wir ermöglichen ein aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter.

Wer heute sein berufliches Leben hinter sich lässt, tritt in eine neue, spannende Lebensphase voller Chancen und Möglichkeiten ein. Ein selbstbestimmtes Leben für Seniorinnen und Senioren setzt zukünftig stärker als bisher neben der materiellen Absicherung konkrete Angebote für gesellschaftliche Teilhabe und Engagement voraus.

Ob ein Studium im Alter, Kümmerer im Verein oder im Quartier, Geschichtenerzählen in der Kita oder Interesse an Kunst und Kultur – wir wollen dabei unterstützen, die passende Aktivität für sich zu entdecken. Seniorenbeiräte vor Ort tragen dazu bei, die politischen Interessen von Seniorinnen und Senioren wirksam zu vertreten.

Unser Masterplan *Altersgerechte Quartiere* soll ein langes und selbstbestimmtes Leben in der vertrauten Umgebung ermöglichen. Da, wo Pflegeleistungen notwendig werden, wollen wir ambulante und stationäre Leistungen stärker als bisher bedarfsgerecht im Quartier verbinden. Die Pflege gilt es in all ihren Formen zu stärken und den Pflegeberufen mehr Ansehen zu verschaffen. Dabei ist für uns klar: Die Mehrheit der Pflegebedürftigen wird in Nordrhein-Westfalen nach wie vor von Familienangehörigen – in der großen Mehrzahl von Frauen – gepflegt. Auch diese Angehörigen benötigen die Hilfe ambulanter Pflegedienste, sie brauchen Zeit und finanzielle Sicherheit.

Wir werden deshalb:

- **Ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen.** In einem breiten Diskussionsprozess wollen wir einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, welche Angebote benötigt werden, um ein selbstbestimmtes und engagiertes Leben im Alter zu ermöglichen. Angesichts des Wandels in der Arbeitswelt und der Demografie müssen neue Antworten zur Weiterentwicklung der Alterssicherung gefunden werden, die geeignet sind, eine Rente zu gewährleisten, die den Lebensstandard sichert, unterschiedliche Lebens- und Erwerbsphasen angemessen abbildet und Armutsrisiken vermeidet. Hierfür ist die Gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule. Um sie zu stärken, werden wir uns deshalb im Bund für einen Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung einsetzen. Zur Sicherung des Lebensstandards sowie der stärkeren Akzeptanz

der sozialen Sicherungssysteme muss eine solche Reform erstens einen Erhalt und perspektivischen Ausbau des Rentenniveaus vorsehen. Zweitens bedarf es einer Ausweitung des Versichertenkreises insbesondere in Hinblick auf die bessere Absicherung von Selbstständigen. Und drittens benötigen wir eine Solidarrente für langjährige Beitragszahler mit nur geringen Einkommen, damit ihre Rente höher als die Grundversicherung ist.

- **Für altersgerechte Quartiere sorgen.** Wer in seinem gewohnten Umfeld alt werden will, muss ein seniorengerechtes Umfeld vorfinden. Wir werden unsere Quartiere deshalb so entwickeln, dass sie über eine senioren- und pflegerechte Infrastruktur verfügen. Vor allem müssen Begegnungen zwischen Jung und Alt ermöglicht werden und wirksame Konzepte gegen die Vereinsamung alter Menschen erprobt und umgesetzt werden. Die generationengerechte Fortentwicklung des Wohnungsbestandes in NRW werden wir durch soziale Wohnraumförderung weiter unterstützen und den Zugang zum ambulant betreuten Wohnen vereinfachen. Bei der zusätzlichen Finanzierung sehen wir auch den Bund in der Pflicht. Die Gründung von Seniorenwohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern werden wir weiter fördern und bestehende Modellprojekte für alte und hochbetagte Menschen ausbauen. Auch stationäre Einrichtungen müssen die Möglichkeit bekommen, stärker im Quartier aktiv zu sein.
- **Pflegende Angehörige unterstützen.** Die Pflege in der Familie verdient besondere Anerkennung und muss einen guten Rahmen bekommen. Wir wollen den Zugang zu ambulanten Pflegediensten vereinfachen, die stationäre Tagespflege verbessern und Betriebe für die Bedürfnisse pflegender Familienangehöriger weiter sensibilisieren. Um die pflegenden Angehörigen zu entlasten, haben sich *Pflege-Lotsen* oder *Pflege-Berater* bewährt. Im Bund werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass pflegende Angehörige durch eine Verlängerung und Erhöhung des Pflegeunterstützungsgelds bei kurzzeitiger Arbeitszeitverhinderung und eine bessere rentenrechtliche Bewertung der Leistungen der Familienpflegezeit stärker entlastet werden.
- **Gute Rahmenbedingungen in den stationären Einrichtungen schaffen.** Gute Pflege entscheidet sich immer über die Zeit, die für Pflege und persönliche Zuwendung zur Verfügung steht. Deshalb setzen wir uns im Bund dafür ein, dass die stationäre Pflege mit einem belastbaren Personalschlüssel ausgestattet wird. Wir benötigen ein neues Konzept der Personalbemessung in der Pflege, so wie es bereits im Krankenhausstrukturgesetz vorgesehen ist. Die Personalausstattung wird so als Qualitätsindikator miteinbezogen und festgeschrieben. Das 2016 verabschiedete *Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)* werden wir in seinen Wirkungen im Blick behalten und, wenn erforderlich, überarbeiten.

- **Uns für Gute Arbeit und faire Löhne in der Pflege einsetzen.** Der Pflegeberuf muss gerechter bezahlt, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen versehen werden. Wir werden uns daher für einen als allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag stark machen. Mit einem *Runden Tisch für Gute Arbeit in der Pflege* werden wir die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und -fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten. Eine Aufwertung des Pflegeberufes ist längst überfällig. Um die Pflegenden zu stärken, sind geeignete Formen der Interessenvertretung der Pflege, die vor allem auch für die Pflegenden selbst in Betracht kommen, zu prüfen. Vor Einführung einer Interessenvertretung der Pflege in Nordrhein-Westfalen sind alle in der Pflege Tätigen dazu zu befragen.

6.2 Wir organisieren eine gelingende Integration.

Nordrhein-Westfalen hat mit der Aufnahme von mehr als 200.000 Flüchtlingen in den vergangenen zwei Jahren eine großartige Leistung vollbracht. Wir sind gut mit der Integration derjenigen gestartet, die bei uns bleiben werden. Das war möglich, weil wir in NRW bereits 2012 mit unserem Teilhabe- und Integrationsgesetz bundesweit eine einzigartige und leistungsstarke Integrationsinfrastruktur geschaffen haben, von der wir jetzt profitieren.

Die Mittel für die Aufnahme und Integration haben wir in 2016 auf 4,6 Milliarden Euro erhöht und damit mehr als verdoppelt. Allein die Kommunen erhalten davon mehr als 2,6 Milliarden Euro. Mit uns bleibt klar: Wir werden die Kommunen auch in Zukunft nicht im Regen stehen lassen. Dieses Geld ist gut angelegt.

NRW ist auch das erste Bundesland, das einen umfassenden Integrationsplan erarbeitet hat. Wir sagen darin, was für Sprachvermittlung, für Bildung und Arbeit, für Wohnen und Kinderbetreuung, vor allem aber für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, notwendig ist. Damit ist NRW das einzige Bundesland, das eine systematische und gesteuerte Integrationsarbeit leistet.

Derzeit stehen Flüchtlinge, die in den vergangenen zwei Jahren neu in unser Land gekommen sind, im öffentlichen Fokus der Integrationspolitik. Unsere Integrationspolitik richtet sich aber nicht nur an die Flüchtlinge, sondern auch an Menschen, die im Rahmen der EU-Binnenwanderung etwa aus Ost- und Südosteuropa zu uns gekommen sind. Genauso müssen Menschen mit Migrationshintergrund, die oft schon seit mehreren Generationen in NRW leben, die Möglichkeit haben, Integrationsangebote wahrnehmen zu können. Schließlich sind auch Deutsche ohne Migrationsgeschichte im Blickpunkt unserer Integrationspolitik. Denn Integration ist ein wechselseitiger Prozess und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Leitbild unserer Integrationspolitik sind das Grundgesetz und die darin verankerten Grundwerte unserer Gesellschaft. Sie sind sowohl für Zugewanderte als auch für Allein-

gesessene gleichermaßen verbindlich. Diese gemeinsamen Regeln sowie echte Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit bilden das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Letztlich ist das Ziel unserer Integrationspolitik die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Menschen in unserem Land.

Wir werden deshalb:

- **Mit dafür sorgen, dass Einwanderung stärker gesteuert wird.** Einwanderung kann nur gesteuert und kontrolliert gelingen. Deshalb brauchen wir ein modernes Einwanderungsgesetz. Gerade da, wo inländisches Arbeitskräftepotenzial fehlt, macht Einwanderung Sinn. Deshalb ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs und Konsens über eine gesteuerte Arbeitsmigration notwendig. Gleichzeitig ist für uns klar: Wir stehen weiterhin ohne Wenn und Aber zum Grundrecht auf Asyl. Menschen, die vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung oder aus anderen humanitären Gründen Zuflucht bei uns suchen, bieten wir selbstverständlich Schutz. Wir stehen deshalb auch weiterhin für ein faires, transparentes, individuelles und gründliches Asylverfahren ein. Eine Asylverfahrens- und Rückkehrberatung in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen kann dabei dafür sorgen, die Erfolgsaussichten des eigenen Antrags auf Asyl zutreffend einzuschätzen und entsprechende Entscheidungen mit Wissen um Bleibeperspektiven, Familiennachzug oder Rückkehrpflicht zu treffen.
- **Bei der Integration keine Zeit verlieren.** Alle Flüchtlinge, die mittel- und langfristig in unserem Land bleiben, müssen schnell und unkompliziert an Integrationskursen teilnehmen können. Hier werden neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen auch die Grundwerte unseres Grundgesetzes – insbesondere die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die sexuelle Selbstbestimmung – vermittelt. Wir fordern den Bund auf, hierfür die Zahl der Integrationskurse deutlich zu erhöhen und auch die Vermittlung der Sprachkenntnisse bis zum höheren Niveau C1 zu fördern und nicht nur bis zur Stufe B1. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass unsere Quartiere, Stadtteile, Gemeinden und Dörfer zu Orten des gelingenden Zusammenlebens und noch besseren Miteinanders über alle kulturellen Grenzen hinweg werden, die ein sicheres Leben bieten, Chancen für persönliche Entwicklung und echte Integration eröffnen.
- **Bei der Integration auf Bildung, Qualifizierung und Arbeit setzen.** Unser Bildungssystem von der Kita bis zur Weiterbildung machen wir fit für die Integration. Wir werden es auf allen Ebenen weiter für Geflüchtete öffnen und Zugangshürden weiter abbauen. Denn das Fundament für eine erfolgreiche Integration, nicht nur für Kinder und Jugendliche, ist die Teilhabe an einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem. Deshalb müssen ebenso die bestehenden Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt – über Qualifizierung, Ausbildung oder Studium – verstärkt und bei Bedarf erweitert werden. Unser vorrangiges Ziel ist dabei, dass Geflüchtete schnellstmöglich ihr Leben eigenständig führen und eine Perspektive entwickeln

können. Neben dem Spracherwerb sind Arbeit und Ausbildung der Schlüssel zur Integration. Deshalb wollen wir auch dafür sorgen, dass ausländische Abschlüsse und Qualifizierungen einfacher anerkannt werden können. Gemeinsam mit Industrie, Handwerk und Unternehmen sowie Gewerkschaften in NRW wollen wir einen *Pakt für die interkulturelle Öffnung der Arbeitswelt* schließen und diese weiter vorantreiben. Die Landesinitiative *Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst* ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus wollen wir die interkulturelle Kompetenz der Landesbeschäftigten, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben und Unternehmen, fördern und erhöhen. Unser Netz von Servicestellen gegen Diskriminierung bauen wir weiter aus.

- **Unsere starke Zivilgesellschaft noch weiter stärken und unterstützen.** Gerade die tausenden von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sind eine unverzichtbare Stütze einer gelingenden Integration. Wir werden dieses Engagement weiter fördern.
- **Für eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sorgen.** Die bestehenden Migrantenselbstorganisationen (MSO), ebenso wie die jungen MSOs, werden wir weiterhin unterstützen. Sie sind für die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund unverzichtbar. Insbesondere auch in Hinblick auf neue Zuwanderergruppen gilt es, bestehende MSOs für diese Zielgruppen zu öffnen und die Neuzugewanderten darin zu bestärken, sich selbst zu organisieren. Mehrstaatigkeit ist gelebte Realität in NRW und gehört zum Selbstverständnis einer modernen Einwanderungsgesellschaft. Deshalb werden wir nicht zulassen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft eingeschränkt oder gar abgeschafft wird. Im Gegenteil: Mit der Abschaffung der Optionspflicht haben wir einen wichtigen Schritt erreicht. Aber noch immer sind zu viele Bürgerinnen und Bürger von der doppelten Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Das wollen wir ändern. Mit uns ist außerdem klar: Wir brauchen endlich ein kommunales Wahlrecht für langjährig hier lebende Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass.
- **Konsequent gegen Radikalisierung und Kriminalität vorgehen.** Unsere Verfassungsnormen und Gesetze gelten uneingeschränkt für alle hier lebenden Menschen. Rechts- und Verfassungstreue sind die Grundlage jeder Integration. Deshalb gehen wir konsequent gegen Radikalisierung und Kriminalität vor. Prävention hat dabei Vorrang. Wer jedoch die Gesetze nicht achtet, muss die straf- und aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen, ein beschleunigtes Ausweisungs- und Abschiebungsverfahren eingeschlossen, tragen. Wo sich Hass und Hetze gegen Geflüchtete breit machen, sehen wir nicht weg. Daher bekämpfen wir ebenso entschieden weiterhin jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Dazu stärken wir auch unser Netzwerk von Servicestellen gegen Diskriminierung. Wer Gewalt anwendet oder zu Gewalt aufruft, wird dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

6.3 Wir stehen für das Gelingen von Inklusion.

Menschen mit Behinderungen müssen gleichberechtigt an allen Facetten des Lebens teilhaben können. Sie sollen ihr Leben selbstbestimmt und ohne Barrieren führen können.

Mit dem *Inklusionsstärkungsgesetz* ist Nordrhein-Westfalen das erste Land, das wesentliche Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention in Landesrecht umsetzt. Das Gesetz enthält zudem zahlreiche neue Regelungen, die dazu beitragen, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu stärken. Unter anderem wird die Deutsche Gebärdensprache als eigenständige Sprache anerkannt. Und: Künftig können durch Wahlschablonen Menschen mit Sehbeeinträchtigung ihr Wahlrecht selbstständig wahrnehmen, und auch Menschen unter vollständiger Betreuung sind nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Integrationsbetriebe und die gezielte Vermittlung in diese sind für uns in NRW gute Möglichkeiten, Menschen mit Beeinträchtigungen in Erwerbsarbeit zu bringen. Insgesamt wollen wir zur Stärkung einer *Neuen Kultur inklusiven Denkens und Handelns* für alle Lebensbereiche kommen.

NRW ist Vorbild bei der Inklusion: Wir haben für ein gutes Bundesteilhabegesetz gesorgt. Wir haben sichergestellt, dass behinderte Menschen in NRW auch weiterhin selbstbestimmt ihren Wohnort wählen können und nicht durch die Pflegeversicherung gezwungen sind, in ein Heim zu gehen. Verbesserungen gibt es auch bei der Umsetzung des Wunsch- und Wahlrechts der Menschen mit Behinderung und bei der Abgrenzung von Leistungen der Pflege und der Eingliederungshilfe.

Wir werden deshalb:

- **Die rechtlichen Grundlagen für Inklusion verbessern.** In der kommenden Legislaturperiode werden wir ein *Landesausführungsgesetz* zum Bundesteilhabegesetz schaffen und die Regelungen für die Menschen mit Behinderung in Landesrecht umsetzen. Dabei werden wir prüfen, ob dies im Rahmen des bestehenden *Inklusionsstärkungsgesetzes* geschehen kann.
- **Einen Teilhabebericht vorlegen.** Die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in unserem Land soll ein Teilhabebericht beschreiben und untersuchen.
- **Wirksame Kampagnen durchführen.** Denn Inklusion bedeutet auch Bewusstseinsbildung und die Stärkung einer *Neuen Kultur inklusiven Denkens und Handelns*.
- **Inklusion auf dem Arbeitsmarkt vorantreiben.** Zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen machen wir uns für den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung stark.

- **Beratungsstrukturen verbessern.** Wir werden ein Konzept für den Ausbau einer von Kostenträgern und Leistungserbringern unabhängigen Beratung, unter Einbeziehung der Menschen mit Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache (Peer Counseling), erarbeiten.

6.4 Wir treten für echte Gleichstellung ein.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer müssen in unserer Gesellschaft häufig erst noch verwirklicht werden. Sie sind weder selbstverständlich, noch kommen sie von selbst. Für ein sozial gerechtes Nordrhein-Westfalen sind sie jedoch unverzichtbar.

Frauen verdienen heute im Durchschnitt immer noch fast ein Viertel weniger als Männer. Ihr Anteil im Niedriglohnsektor und in Minijobs ist überproportional hoch. Damit profitieren sie in besonderer Weise vom Mindestlohn. Wir aber wollen echte Lohngleichheit.

Wir haben das *Landesgleichstellungsgesetz* novelliert und sind damit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit einen weiteren Schritt näher gekommen. Darauf wollen wir aufbauen. Das etablierte Netz der *Kompetenzzentren Frau und Beruf* in den 16 arbeitsmarktpolitischen Regionen des Landes leistet einen wichtigen Beitrag dazu, Frauen einen besseren Zugang zum oder den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu verschaffen.

Gewalt gegen Frauen ist leider noch immer ein zu weit verbreitetes Phänomen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, das Auftreten von Gewalt gegen Frauen und auch Männer in allen Lebensbereichen zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu etablieren. NRW hat hier in vielen Bereichen bereits eine Vorreiterrolle, zum Beispiel im Bereich der anonymen Spurensicherung.

Der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und inter* Menschen (LSBT*I) werden wir weiterhin entgegentreten und uns für eine offene Gesellschaft engagieren. Mit unseren Antidiskriminierungs- und Aufklärungsstellen, -kampagnen und -projekten fördern wir Akzeptanz und treten Diskriminierungen aktiv entgegen. Wir setzen uns für ein weltoffenes und von Vielfalt geprägtes NRW ein und sehen diese gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung an.

Wir werden deshalb:

- **Dem Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zur Durchsetzung verhelfen.** Wir setzen uns für eine bessere Entlohnung der Berufe, in denen überwiegend Frauen tätig sind, und eine wirksame, gesetzlich festgeschriebene Entgeltgleichheit ein. Wir werden zudem ein *Entgeltgleichheit-Check* Verfahren in landeseigenen Betrieben anwenden, das auch als gutes Beispiel für die Privatwirtschaft dient.
- **Mehr Aufstiegschancen für Frauen schaffen.** Unser Ziel bleibt die Beseitigung struktureller Diskriminierungen bei der Gremienbesetzung und bei den Aufstiegsmöglich-

keiten von Frauen in Führungspositionen. Der Öffentliche Dienst muss dabei eine Vorbildrolle einnehmen. Die weitere Umsetzung der Frauenförderung im Öffentlichen Dienst werden wir begleiten und weiterhin dafür Sorge tragen, dass Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe paritätisch besetzt werden. Wir wollen auch hier Frauen stärker fördern. Dazu werden wir in den bereits bestehenden Gründerzentren Förder- und Beratungsprogramme etablieren, die sich speziell an Gründerinnen richten.

- **Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen gewährleisten.** Für jede von Gewalt betroffene Frau müssen eine schnelle und sichere Unterbringung und Unterhaltssicherung sichergestellt werden. Ein bedarfsgerechtes Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen ist eine wichtige Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Etwas Versorgungslücken bei der Aufnahme in Frauenhäusern werden wir durch eine bessere Vernetzung der Frauenhäuser und durch den Wegfall der Residenzpflicht der Frauen schrittweise abbauen. Wir werden auch *Second-Stage-Projekte*, mit denen wir Frauen, die nach einem Frauenhausaufenthalt nicht akut bedroht sind, aber eine Lebensperspektive für den Weg in die Selbstständigkeit finden müssen, weiter fördern und flächendeckend im Land ausweiten.
- **Schutz und Hilfe für Prostituierte verbessern.** Wir unterscheiden klar zwischen der legalen Berufsausübung und der Straftat des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung. Die Unterscheidung muss in der öffentlichen Diskussion stärker hervorgehoben werden. Der Schutz der Frauen und zunehmend auch der Männer muss im Mittelpunkt stehen. Sie alle müssen Beratungen über ihre rechtliche Situation erhalten. Wir halten an dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts von Prostituierten fest und werden uns für die Bekämpfung von Stigmatisierung von Prostituierten einsetzen. Bei der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes werden wir darauf achten, dass die Zuständigkeiten von Gesundheits- und Ordnungsamt weiterhin getrennt bleiben.
- **Uns für die Gleichstellung von LSBT*I stark machen.** Die Förderung der vielfältigen Initiativen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und inter* Menschen (LSBT*I) werden wir fortführen und die Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie weiter forcieren. Im Bund setzen wir uns für die volle rechtliche Gleichstellung ein. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass LSBT*I und ihre besonderen Lebenslagen auch in Regelstrukturen (vor allem Jugendhilfe, Kindertagespflege, Familienberatung, Schule und Pflege) angemessene Berücksichtigung finden und die Akteure den Abbau von Homo- und Trans*feindlichkeit als Querschnittsaufgabe erkennen. Zugleich machen wir uns für die gesellschaftliche Anerkennung zielgruppensensibler Pflege für LSBT*I im Alter stark. Besonders Pflegekräfte im Gesundheitsbereich müssen über das Thema Homosexualität und sexuelle Vielfalt aufgeklärt und durch Vermittlung der geschichtlichen Entwicklung des Themas stärker für den alltäglichen Umgang mit Pflegebedürftigen sensibilisiert

werden. Wir werden in einen Austausch mit Trans*-Verbänden gehen, um zu klären, welche strukturellen Hindernisse im Alltag von trans* Menschen bestehen und wie diese beseitigt werden können. Wir möchten die notwendige Unterstützung für die historische Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des späteren Umgangs mit den Opfern in Nordrhein-Westfalen leisten und die Erinnerung an die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen in den Schulen, der politischen Bildungsarbeit, der Polizeiausbildung und der Justizfortbildung wach halten und eine besondere Sensibilisierung gegenüber jeglichen homophoben Tendenzen fördern.

6.5 Wir bekämpfen Armut und soziale Ausgrenzung.

Während die meisten Menschen am steigenden Wohlstand teilhaben, gibt es in Nordrhein-Westfalen immer noch viel zu viele Menschen, die in Armut leben: Insgesamt rund zwei Millionen Menschen. Damit werden wir uns nicht abfinden.

Besonders betroffen von Armut sind Langzeitarbeitslose, Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende sowie Menschen mit Migrationshintergrund und geringer Qualifikation. Insbesondere die hohe Anzahl von armen Kindern in unserem Land ist für uns ein Ansporn, unsere Anstrengungen gegen Armut weiter zu verstärken. Wir haben deshalb das Handlungskonzept *Gegen Armut und soziale Ausgrenzung* und die Landesinitiative *NRW hält zusammen...für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung* auf den Weg gebracht, mit denen wir jährlich bis zu 70 Projekte gegen Armut und soziale Ausgrenzung fördern.

Wir wissen: Wer Kinderarmut umfassend bekämpfen will, muss die sozialen Lebenslagen der Eltern verbessern. Dafür ist ein guter Arbeitsplatz mit einer angemessenen Entlohnung die wesentliche Voraussetzung. Mindestlöhne, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein dauerhafter Sozialer Arbeitsmarkt sind dafür notwendige Grundlagen. Ausreichend sind sie nicht: Kinder dürfen nicht länger Armutsrisiko Nr. 1 bleiben. Notwendig ist eine umfassende finanzielle Förderung, die am Bedarf des Kindes ausgerichtet ist.

Wir werden deshalb:

- **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.** Wir werden einen dauerhaften, öffentlich geförderten Sozialen Arbeitsmarkt mit engem Bezug zu unserer Quartierspolitik schaffen. Bis der Bund hierfür die notwendigen Voraussetzungen schafft, werden wir unser Engagement weiter ausbauen.

- **Dafür sorgen, dass Familien und Kinder besser gefördert werden.** Die beschlossene Ausweitung des Unterhaltsvorschusses für Kinder bis 18 Jahre und ohne sechsjährige Begrenzung werden wir umsetzen und weitere Entlastungsmöglichkeiten für Alleinerziehende prüfen. Wir werden zudem Modellprojekte etablieren, um langzeitarbeitslosen Elternpaaren und Alleinerziehenden im Arbeitslosengeld-II-Bezug einen Weg aus der Armut zu ermöglichen. Dabei wird eine ganzheitliche Unterstützung durch

eine Verknüpfung der Instrumente aus dem SGB II und SGB VIII erfolgen. Zur Bekämpfung von Kinderarmut werden wir unser erfolgreiches Programm *Alle Kinder essen mit* fortsetzen, für Kinder, die trotz sozialer Notlage keine Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes erhalten.. Mit uns wird sich NRW dafür starkmachen, die familienpolitischen Leistungen des Familienleistungsausgleichs sowie das Ehegattensplitting zu einem neuen, am Kind orientierten System zusammenzuführen, um Kinderarmut zu bekämpfen und insbesondere Alleinerziehende stärker zu fördern.

- **Die Absicherung des Existenzminimums konsequent umsetzen.** Im Bund setzen wir uns daher für eine Verankerung eines *Sozialtickets* im ALG-II-Satz ein. Bis dahin werden wir unser finanzielles Engagement für ein Sozialticket aus Landesmitteln fort-schreiben. Unser Programm *Hilfen in Wohnungsnotfällen* werden wir fortsetzen und gemeinsam mit den Kommunen weiterentwickeln.
- **Die Grundlagen für die Bekämpfung von Armut sichern.** Unsere umfassende Sozial-berichterstattung setzen wir fort. Denn um gegen die Ursachen von Armut vorgehen zu können, wird eine solide Datengrundlage benötigt. Das Engagement der Verbände wollen wir so fördern, dass sich bürgerschaftliches Engagement auch weiterhin als tragendes Strukturelement der Wohlfahrtsverbände entfalten kann. Dazu werden die mit dem Land bestehende Zuwendungsvereinbarung und die Zuwendungen aus den Lotteriererträgen fortgeschrieben und den insbesondere tariflichen Entwicklungen angepasst.

6.6 Wir stehen für eine starke wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

Gesundheit muss bezahlbar bleiben und die medizinische Versorgung für jeden erreichbar sein. Dazu gehört es, neben einer umfassenden Gesundheitsprävention, optimale ortsnahe Versorgungsstrukturen für alle Menschen gleichermaßen sicherzustellen. Wir streben hierzu auch einen Abbau der Sektorengrenzen im Gesundheitswesen zwischen ambulanter, stationärer und rehabilitativer Versorgung der Menschen an.

Maßnahmen und Programme der gesundheitlichen Prävention müssen zielgruppengerecht geplant und umgesetzt werden. Gesunde Ernährung und mehr körperliche Bewegung, vor allem bei Kindern, stehen dabei im Fokus.

Wir haben mit dem *Krankenhausplan NRW* neben der Ausgestaltung des Prinzips der flächendeckenden ortsnahe Versorgung erstmals strukturelle Qualitätsstandards fest-gesetzt und damit die Patientenorientierung in den Vordergrund gerückt. Daran wollen wir anknüpfen. Mit unserem Aktionsprogramm zur *Stärkung der hausärztlichen Medizin und Versorgung* haben wir bereits Fördergelder zur Verfügung gestellt, um die hausärztliche Versorgung auch in ländlichen Regionen sicherzustellen. Wir setzen uns, neben dem Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung zur ärztlichen Versorgung der Versicherten, weiterhin für eine gute Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen

und Ärzte in allen Regionen von NRW ein. Wir werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt evaluieren, ob die Umsetzung des Bochumer Modells in Ostwestfalen-Lippe zu einer vermehrten Ansiedlung junger Ärztinnen und Ärzte geführt hat. Im Erfolgsfall werden wir die Ausweitung dieses Modells prüfen. Außerdem ist eine gute Versorgung durch alle in der Gesundheitsversorgung Tätigen landesweit sicherzustellen, eine Fokussierung auf die Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern ist daher allein nicht ausreichend.

Und wir stehen dafür, die Finanzierung des Gesundheitssystems wieder gerechter zu gestalten.

Wir werden deshalb:

- **Die Gesundheitsberatung und -förderung stärken.** Wir wollen integrierte Programme für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen mit den Schwerpunkten gesunde Ernährung und mehr körperliche Bewegung initiieren. Sportvereine wollen wir in diese Arbeit einbeziehen. Um eine Strategie zur Prävention und Früherkennung zu entwickeln, werden wir einen landesweiten Diabetesplan für NRW aufstellen. Selbsthilfegruppen werden wir ebenso weiter fördern wie die Aidshilfe. Und wir werden für eine verbesserte Aufklärung und Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten, insbesondere für junge Menschen, sorgen. Die Arbeit der unabhängigen Krebsberatungsstellen in NRW unterstützen wir weiterhin. Der Erhalt der in NRW bewährten Strukturen der Beratungsstellen ist vor allem im Hinblick auf die Umsetzung des Nationalen Krebsplans notwendig.
- **Die Gesundheitsversorgung flächendeckend sicherstellen.** Die finanziellen Rahmenbedingungen von Krankenhäusern in NRW wollen wir weiter verbessern. Dafür benötigen die Krankenhäuser klare Finanzierungsstrukturen. Wir werden dafür sorgen, dass den Krankenhäusern weiterhin die Investitionsmittel für die landesweite Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen und der Investitionsstau Schritt für Schritt abgebaut wird. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung des Bundes und der Länder. Auf Bundesebene werden wir uns hierfür einsetzen. Für die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen werden wir ein substanzielles zusätzliches Investitionsförderprogramm aufsetzen, das kurzfristig und unbürokratisch wirkt. Wir werden uns auch für die Einhaltung von Qualitäts- und Hygienestandards in Krankenhäusern einsetzen. Unser Programm zur Förderung von Niederlassungen von Hausärzten in NRW werden wir fortsetzen und, wo erforderlich, anpassen. Mit mobilen Praxen und integrierten Gesundheitszentren werden wir die medizinische Versorgung in allen Regionen NRWs sicherstellen. Insbesondere kann auch der Einsatz von Telemedizin die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Regionen verbessern. Wir wollen die Wahlmöglichkeit von Frauen hinsichtlich Art und Ort der Geburt erhalten. Ohne die Versorgung durch Hebammen ist das nicht zu gewährleisten. Daher unterstützen wir die Hebammen in ihren Bemühungen, auf Bundesebene eine kostendeckende Vergütung durchzusetzen. Das ist eine zwingende Voraussetzung.

zung zur Abdeckung des Berufshaftpflichtrisikos. Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Hebammenverbandes nach Einrichtung eines Haftpflichtfonds zur Reduzierung der Beitragsrisiken. Auch die Versorgung psychisch kranker Menschen in unserem Land werden wir weiter voranbringen, indem wir die gemeindepsychiatrische Versorgung weiter ausbauen und dabei insbesondere den ambulanten Sektor stärken, um die stationären Unterbringungen weiter zurückzudrängen. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau der Gesundheits-, Gesundheitsberatungs- und Pflegeberatungsstruktur im ländlichen und städtischen Raum ein. Dazu gehört für uns auch der bedarfsgerechte Aufbau einer Geriatrie-, Hospiz- und Palliativversorgungsstruktur.

- **Die Gesetzliche Krankenversicherung solidarisch weiterentwickeln.** Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge muss kurzfristig erfolgen. Unser Ziel bleibt die Bürgerversicherung. Wir werden uns ebenso dafür einsetzen, dass die Gesundheitskarte für Flüchtlinge auch bundesweit zum Einsatz kommt.
- **Uns auch zukünftig für eine fortschrittliche Drogenpolitik stark machen.** Wir setzen uns dafür ein, dass die Suchtpotenziale in der Gesellschaft weiterhin minimiert werden. Suchtabhängige müssen entkriminalisiert und Substitutionsmodelle in NRW weiterentwickelt werden.

III. NRW: GEMEINSAM FÜR DEN ZUSAMMENHALT!

Nordrhein-Westfalen hat sich über Jahrzehnte gut entwickelt, weil es bei allen Veränderungen gelungen ist, ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Gemeinsam meistern wir diese schwieriger werdende Herausforderung auch weiterhin.

Wir wissen: Gesellschaftlicher Zusammenhalt muss sich zuallererst vor Ort beweisen, in unseren Städten und Gemeinden. Regionen im Strukturwandel dürfen nicht abgehängt, Quartiere, in denen sich der gesellschaftliche Wandel konzentriert, dürfen damit nicht allein gelassen werden. Die Lebensqualität darf nicht von der Region, der Stadt oder dem Quartier abhängen: Das Leben in der Großstadt muss auch für junge Familien attraktiv und erschwinglich sein, das Dorf im ländlichen Raum darf für Jugendliche und Senioren nicht zu einer Mobilitätsfalle werden.

Nordrhein-Westfalen ist ein schönes Land. Die Menschen sollen hier gut leben können. Dazu braucht es bezahlbare Wohnungen in einem guten sozialen Umfeld, verlässlichen und komfortablen Bus- und Bahnverkehr vor allem für Pendlerinnen und Pendler, ein vielfältiges Kultur- und Medienangebot und attraktive Sportgelegenheiten. Die Möglichkeit, gut zu leben, darf nicht vom Geldbeutel und vom sozialen Status abhängig sein.

Ohne leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, ohne ein gerechtes Bildungswesen, ohne soziale Sicherung und ohne handlungsfähige Polizei und Justiz ist unser modernes Gemeinwesen nicht denkbar. Deshalb brauchen wir einen starken Staat, der sich seinen Bürgerinnen und Bürgern zuwendet.

Mehr bezahlbare Wohnungen für NRW sind unser oberstes Ziel. Lebenswertes Wohnen aber meint längst mehr als nur Größe, Ausstattung oder Aufteilung einer Wohnung: Das Leben findet auch immer im Quartier statt. Hier treffen Menschen auf Menschen, hier versorgen, bewegen, erholen sie sich im Alltag – sofern das Quartier hierfür Möglichkeiten bietet. Für viele Menschen ist diese *Heimat vor der Haustür* der alltägliche Lebensmittelpunkt.

Genau hier müssen sie sich zu Hause fühlen können, dann übernehmen sie Verantwortung füreinander und für das Gemeinwesen. Nur dann entstehen gute Nachbarschaften und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Nur dort wächst die Bürgerdemokratie, die unser Gemeinwesen stark macht und die Freiheit in unserem Land sichert. Diese Demokratie vererbt sich nicht. Sie muss von jeder Generation neu erlernt, erfahren und gelebt werden. Dafür müssen wir gemeinsam eintreten, Tag für Tag.

Zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat gehört das Bürgerrecht auf Schutz vor Verbrechen und Gewalt. Deshalb sorgen wir auch für mehr Sicherheit durch mehr Polizei auf der Straße, konsequente Abwehr von Terror und Bandenkriminalität sowie

zeitnahe Strafverfahren. Unsere Politik folgt dem Grundsatz: Hart gegen jede Form von Kriminalität und entschlossen gegen ihre Ursachen!

Sicherheit ist das Unterpfeiler von Freiheit, nicht deren Ersatz. Sie muss und sie wird für uns immer die Grundlage für die Verwirklichung von Menschen in Freiheit sein. Unsere Grund- und Bürgerrechte sind der Garant für die persönliche Freiheit eines jeden Einzelnen und für eine offene Gesellschaft. Wir werden sie verteidigen. Sie sind unteilbar, deswegen wenden wir uns gegen jede Form der Diskriminierung. Nordrhein-Westfalen ist und bleibt ein Land kultureller und religiöser Vielfalt. Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben bei uns keinen Platz. Menschenfeindliche Einstellungen, die auf Rassismus oder Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie oder religiösem Fanatismus beruhen, akzeptieren wir nicht. Dem Rechtsextremismus in unserem Land treten wir entschieden entgegen.

Heimat und Zusammenhalt gibt es überall dort, wo sich Menschen ehrenamtlich engagieren: in Vereinen, gemeinnützigen Initiativen oder in der Kommunalpolitik. Ohne sie gäbe es keine Sportvereine und Kulturinitiativen, gäbe es weniger Naturschutz und keine Freiwillige Feuerwehr. Ehrenamtliche übernehmen Verantwortung für ihre Mitmenschen, stiften Gemeinschaft und sorgen für Zusammenhalt und Lebensqualität in ihrer Stadt. Der beste Dank dafür ist die tatkräftige Unterstützung ihres Engagements durch Schutz und Förderung, wo immer dies notwendig ist und die Anerkennung des wichtigen Beitrags, den dieses ehrenamtliche Engagement für unsere Gesellschaft leistet.

Politik für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist nicht zuletzt Politik für gesunde Kommunal Finanzen. Es geht um nicht weniger als um den Erhalt der lokalen Demokratie. Unser *Stärkungspakt Stadtfinanzen* zeigt Wirkung. Wir werden nicht nachlassen mit unserer kommunalfreundlichen Politik im Land und gleichzeitig unser ganzes politisches Gewicht für weitere finanzielle Entlastungen durch den Bund in die Waagschale werfen.

7. Wir sorgen für handlungsfähige Kommunen.

Lebenswerte Städte und Gemeinden sind die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur mit gesunden Finanzen sind Städte und Gemeinden auch politisch handlungsfähig. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder aus eigener Kraft kommunale Infrastruktur und hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stellen können. Wir stehen dafür, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten und ganz konkret mitentscheiden, wie sich ihre Stadt, ihr Stadtteil oder ihr Dorf weiterentwickeln. Lokale Demokratie wird so ganz praktisch erfahrbar. Repräsentative und direkte Demokratie sind gerade vor Ort keine Gegensätze, sondern ergänzen sich.

Wir haben die Gemeindefinanzierung von jährlich 7,6 Milliarden Euro bei Regierungsantritt auf 10,6 Milliarden Euro aufgestockt und unterstützen über den *Stärkungspakt*

Stadtfinanzen die 66 höchstverschuldeten Städte und Gemeinden mit bis zu weiteren 642 Millionen Euro jedes Jahr. Der Erfolg ist beachtlich: Die Zahl der Nothaushaltskommunen haben wir bis 2015 von 138 auf 9 reduziert.

Auf Bundesebene haben wir erreicht, dass die Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit komplett übernommen und die Kommunen ab 2018 um weitere fünf Milliarden Euro jährlich entlastet werden.

Wir haben die kommunale Demokratie reformiert und die Bürgerbeteiligung vereinfacht. Die Wahltermine von Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten wurden mit den Wahlterminen für die Stadträte und Kreistage zusammengelegt. Außerdem haben wir die Stichwahl für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte wieder eingeführt. Mit dem *Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung* haben wir die formalen Hürden für Bürgerentscheide gesenkt und den Kreis der Fragen, über die entschieden werden kann, erweitert.

7.1 Wir halten Städte und Gemeinden finanziell handlungsfähig.

Die weiter steigende Belastung der Kommunen durch Sozialtransferleistungen droht auch in den nächsten Jahren wichtige Zukunftsinvestitionen vor Ort zu blockieren. Dies gilt insbesondere für die Städte und Regionen, die diese zur Bewältigung des Strukturwandels besonders nötig hätten.

Grundlage unserer Politik bleiben die weitere Entlastung der Kommunen und die Durchsetzung des Prinzips *Wer bestellt, bezahlt* nicht nur durch das Land, sondern auch durch den Bund. Von entscheidender Bedeutung ist vor diesem Hintergrund die weitere Entlastung der Kommunen von pflichtigen Sozialtransferleistungen durch den Bund. Mindestens 50 Prozent der Sozialkosten muss der Bund übernehmen. Bei weiteren Aufgabenverlagerungen oder Aufgabenausweitungen zulasten der Kommunen muss der Bund zukünftig für eine auskömmliche Finanzierung sorgen. Gleichzeitig gilt es für uns, die Einnahmehasis der Kommunen angemessen strukturell zu stärken.

Die Kommunen haben in den vergangenen Monaten und Jahren bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen Enormes geleistet. Für uns ist und bleibt klar: Die Kommunen müssen hierzu mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden. Wir haben deshalb das *Flüchtlingsaufnahmegesetz* weiterentwickelt und einen Systemwechsel zu monats- und personenscharfer Erstattung ab 2017 mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart und umgesetzt. In besonderer Verantwortung steht weiterhin der Bund, denn die Kompetenz zur Regulierung und Steuerung der Zuwanderung obliegt ihm.

Grundsätzlich stehen wir dafür, dass Kommunen und Land die zentralen Zukunftsthemen gemeinsam und an den Bürgerinnen und Bürgern orientiert anpacken. Deshalb brauchen wir auch mehr Kooperation zwischen den Kommunen.

Wir werden deshalb:

- **Einen fairen Gemeindefinanzausgleich gewährleisten.** Den Gemeindefinanzausgleich werden wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zukunftsfest weiterentwickeln und den *Stärkungspakt Stadtfinanzen* zum Erfolg führen. Dabei müssen die Leistungsfähigkeit und die strukturelle Belastung sowohl der finanzstarken als auch der finanzschwachen Kommunen weiterhin angemessen berücksichtigt werden.
- **Weiterhin ein guter Anwalt kommunaler Interessen beim Bund sein.** Unsere erfolgreiche Interessenvertretung werden wir fortsetzen. Das heißt vor allem, Initiativen auf Bundesebene zur weiteren Entlastung der Kommunen von Sozialkosten zu starten und uns im Bund für einen Altschuldenfonds für die Kommunen stark zu machen.
- **Die Einnahmen aus Gewerbesteuer und Grundsteuer verstetigen.** Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung und Stärkung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer ein. Die Grundsteuer muss in ihrer Bemessungsgrundlage verfassungsfest ausgestaltet werden. Dabei ist für uns klar: Steueroptimierte Gewinnverlagerungen mittels Lizenzzahlungen sind nicht nur im internationalen, sondern auch im nationalen Kontext zu verhindern. Wir werden uns deshalb im Bund für eine Unterbindung von Gestaltungsmodellen mit innerdeutschen Lizenzzahlungen einsetzen.
- **Die Kommunen bei den Kosten für Flüchtlinge nicht im Stich lassen.** Mit uns ist klar: Wir werden die Kommunen weiterhin bei den durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstehenden Herausforderungen unterstützen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Kommunen durch den Bund von den auf sie zukommenden Integrationskosten umfassend, strukturell und dauerhaft entlastet werden.
- **Kommunale Stadtwerke stärken.** Die kommunalen Stadtwerke gewährleisten eine hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen Energie, Entsorgung, Verkehr, Wasser und Telekommunikation. Mit ihnen bleibt die Entscheidung über diese Bereiche in Bürgerhand. Wir werden an der Stärkung der Stadtwerke festhalten und unterstützen die vielfältigen Bündnisse mit dem örtlichen Handwerk bei der Umsetzung der Energiewende. Nicht zuletzt entlasten erfolgreiche Stadtwerke auch die kommunalen Haushalte und sorgen so für mehr finanziellen Spielraum vor Ort.
- **Die interkommunale Zusammenarbeit stärken.** Die Landschaftsverbände und der Regionalverband Ruhr sind wichtige überregionale kommunale Aufgabenträger. Sie gilt es, in ihrer Funktion für die Kommunen weiterzuentwickeln. Den fünf Bezirksregierungen als regionale Mittelbehörden des Landes kommt in unserem großen Flächenland weiterhin eine besondere Bedeutung zu. Die kommunale Mitwirkung in den Regionalräten ist dabei eine gute Grundlage für den regionalen Konsens und die regionale Zusammenarbeit. Wir werden außerdem einen Rahmen für eine verbes-

serte interkommunale Zusammenarbeit z. B. im Bereich der Wirtschaftsförderung schaffen und sinnvolle und gewinnbringende Modelle zur Erledigung von Verwaltungsarbeiten im Verbund erproben. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Gründung des „Metropolregion Rheinland e.V.“ konstruktiv begleiten. Neue, zusätzliche Verwaltungsstrukturen sollen dadurch nicht geschaffen werden.

7.2 Wir stärken die kommunale Demokratie und das Ehrenamt vor Ort.

Demokratie wird vor allem vor Ort für Bürgerinnen und Bürger erfahrbar. Daher setzen wir hier an, um ihre demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten zu stärken.

Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage und die Vertretungen der Bezirke haben wir gestärkt, um so das ehrenamtliche Engagement und die Verantwortungsübernahme von Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Die Hürden für die direkte Demokratie haben wir gesenkt, damit alle Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen mitentscheiden können, welche Entwicklung ihre Stadt, ihr Dorf, ihr Stadtteil oder ihr Kreis nimmt.

Neben Wahlen und Abstimmungen wollen wir neue Mitbestimmungselemente verankern: Es geht um eine neue Form der Bürgerbeteiligung, hin zur Verantwortungsübernahme der Bürgerinnen und Bürger für ihre eigene Nachbarschaft. Sie sind „Experten“ für alles, was vor ihrer Haustür passiert. Austausch und Konsens stehen hier im Mittelpunkt, nicht Mehrheit und Hierarchie.

Die Bürgergesellschaft vor Ort lebt von den unzähligen Vereinen, Initiativen und Verbänden, die das Leben Tag für Tag mitgestalten. Sie haben unsere Anerkennung. Sie verdienen aber auch eine Stärkung. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht gute Rahmenbedingungen und die entsprechenden Ressourcen.

Zur Stärkung der lokalen Demokratie beizutragen bedeutet aber auch, bessere Rahmenbedingungen für diejenigen zu schaffen, die einen großen Teil ihrer Freizeit dafür aufwenden, sich in den kommunalpolitischen Gremien zu engagieren. Hier haben wir mit einem umfassenden Paket bereits für eine Stärkung des kommunalen Ehrenamts gesorgt. Das wollen wir fortführen. Menschen, die sich für das Gemeinwohl vor Ort engagieren, haben Unterstützung verdient. Wir wollen deshalb auch die Kompetenzen der Ebenen stärken, die möglichst nah an den Lebensrealitäten vor Ort sind.

Wir werden deshalb:

- **Die Bürgerbeteiligung stärken.** Unterhalb der Schwelle von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wollen wir eine stärkere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in Planungsprozesse erreichen. Erfahrungen aus den Quartiersmanagements könnten gute Beispiele liefern, aktivierende Bürgerbeteiligungsformen zu entwickeln. Dabei wollen wir Strategien der Bürgerbeteiligung entwickeln, die dazu beitragen, dass stets ein Querschnitt der Bevölkerung partizipiert.

- **Gute Strukturen für ehrenamtliches Engagement unterstützen.** Mit den Kommunen wollen wir vor Ort tragfähige und dauerhafte Strukturen für bürgerschaftliches Engagement schaffen (Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen, Nachbarschaftszentren, lokale Anlaufstellen, Jugend- und Gemeinschaftszentren) und in den kommunalen Verwaltungen professionelle Kompetenzen für die Förderung von Engagement, Partizipation und zivilem Handeln fördern. Wir werden die Kommunen zudem bei der Einführung und Umsetzung von Maßnahmen zur elektronischen Verwaltung (eGovernment) und für offene Verwaltungsdaten (openData) finanziell und organisatorisch unterstützen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine weitere Anhebung der Ehrenamtspauschale bei der Einkommensteuer ein.
- **Die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt stärken.** Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir Ansätze entwickeln, wie die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Engagement durch mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte verbessert werden kann. Zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts streben wir weitere Verbesserungen etwa bei der Freistellungsregelung an.
- **Einen guten Rahmen für Bürgerunternehmen schaffen.** Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Gründung von Unternehmen aus dem bürgerschaftlichen Engagement heraus schaffen, wie z. B. Dorfläden, Kinderläden oder Energieprojekte. Ihnen geht es nicht um Gewinnmaximierung, sondern sie verfolgen Ziele auch im Interesse der Allgemeinheit. Wir werden uns deshalb für die alte Rechtsform der gemeinnützigen Genossenschaft einsetzen.
- **Auf die Stärkung der kommunalen Demokratie setzen.** Deshalb machen wir uns für eine Verbesserung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bezirksvertretungen stark. Mit einem Bürgermeistergesetz werden wir zudem die Besoldung und Versorgung von hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie hauptamtlichen Landrätinnen und Landräten regeln.

8. Wir sorgen für Heimat vor der Haustür.

Ganz gleich, ob in der Stadt oder auf dem Land: Jeder Ort kann Heimat sein – vorausgesetzt die Lebensqualität stimmt. Gute Wohnungen gibt es zu bezahlbaren Mieten. Ein ausgebauter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sorgt für Mobilität. Schnelles Internet ist Standard. Die Straßen sind sauber und begrünt, die Häuserfassaden ansehnlich. Parks und Spielplätze sind nicht weit, auch Ärzte, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten gibt es in erreichbarer Nähe. Ein lebendiges Kultur- und Vereinsleben zeugt von Zusammenhalt und Gemeinschaft.

All das macht öffentliche Lebensqualität aus. Sie zu erhalten und, wo nötig, wieder zu erhöhen, ist ein Kernziel sozialdemokratischer Politik für Nordrhein-Westfalen. Der

ländliche Raum hat andere Herausforderungen zu meistern als die Metropolregionen an Rhein und Ruhr. Boomende Städte verlangen nach anderen Konzepten als Regionen mit lokalen Strukturschwächen. Unsere Haltung aber ist stets dieselbe: Heimat beginnt vor der Haustür. Man muss sich um sie kümmern. Und genau das ist es, was wir tun.

Deshalb haben wir mit den Programmen der Stadterneuerung (Soziale Stadt, Stadtbau West, Aktive Zentren etc.) und unserer schon 2010 gestarteten *Wohnungsbauoffensive* konsequent den Schwerpunkt auf die Revitalisierung schwieriger Stadtteile, die Herrichtung von Wohnungsaltsbeständen und die Bekämpfung sozialer Abwärtsspiralen gelegt. Mit Erfolg. Die öffentlichen Investitionen wirken. Sie ziehen private Initiativen und Investitionen in vielfacher Höhe an. Die Lebensqualität steigt, die Zuversicht wächst. Mit der *Kappungsgrenze für Mieterhöhungen* und der *Mietpreisbremse für Neuvermietungen* ist ein erster Schritt getan, die Mieten nicht ins Uferlose steigen zu lassen.

Wir haben uns mit Erfolg für die Erneuerung unserer Verkehrsinfrastruktur, die Bezahlbarkeit des *Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)* und den Breitbandausbau eingesetzt. Mit unseren Landesprogrammen haben wir den Ausbau schneller Breitbandanschlüsse im ländlichen Raum und von Glasfaseranschlüssen für Unternehmen vorangebracht. Mit dem Rhein-Ruhr-Express verkürzen wir die Wege zwischen den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr.

Mit dem *Kulturförderplan* und dem *Theater- und Orchesterpakt* fördern und erhalten wir die vielfältige Kulturlandschaft unseres Landes. Unser *Kulturrucksack* oder Angebote wie *JeKits* – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen – eröffnet für Kinder und Jugendliche neue Möglichkeiten, sich selbst musisch und tänzerisch zu betätigen. Mit der *Sportpauschale* stellen wir unseren Kommunen jährlich verlässlich 50 Millionen Euro für den Unterhalt von Sportstätten – wie zum Beispiel Fußballplätzen – zur Verfügung.

8.1 Wir investieren in lebenswerte Quartiere als Orte des Miteinanders.

Der demografische Wandel und die wachsende Vielfalt der Lebensstile setzen kontinuierlich neue Trends für das Zusammenleben in Städten und Gemeinden. Wir wollen, dass die Städte dabei nicht auseinanderdriften und Lebensqualität in allen Quartieren gleichermaßen entstehen kann.

Nordrhein-Westfalen ist bundesweit der Vorreiter für integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung. Bei unserer Städtebau- und Wohnraumförderung verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz. Grundlage sind die bauliche Aufwertung von Beständen, ihre energetische Erneuerung und die Verbesserung der Umfeldqualitäten, wie z. B. in den Quartieren der Gemeinschaftsinitiative *Besser Wohnen – Energetische Sanierung plus*. Der ganzheitliche Ansatz umfasst darüber hinaus die Unterstützung im Bereich der Infrastruktur von Schulen, Begegnungsstätten und die Verbesserung des öffentlichen

Raumes sowie die Unterstützung von bürgerschaftlich engagierten Menschen. Eine Aufwertung der Wohnquartiere darf nicht an Grenzen von Förderprogrammen scheitern.

Entscheidend ist, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner an der Entwicklung von Quartierskonzepten beteiligt werden, die an ihr mitwirken wollen. Schulen wollen wir zu einem zentralen Ort im Quartier machen: Zusammen mit Familien-, Senioren-, Jugend- und Bürgerzentren bilden sie die öffentliche Infrastruktur im Quartier, von der aus Vereine und Initiativen, Kultur und Sport aktiv werden können. Mit unserem landeseigenen Sofortprogramm bringen wir zusätzlich 1.000 Spielplätze auf Vordermann.

Wir folgen dem Grundsatz *Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln*. Wir wissen, dass es strukturschwache Stadtteile gibt, die auch *Ankommensquartiere* gerade für viele der zu uns zuwandernden Menschen sind. Dem müssen wir gerecht werden. Nicht nur damit Integration gelingt, braucht es auch hier Orte, die Begegnung möglich machen. Mit dem Städtebau-Sonderprogramm zur Unterstützung der Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen fördern wir dies bereits.

Dies alles kann nur gelingen, wenn die jeweilige Kommune sich selbst aktiv im Sinne eines ganzheitlichen Förderansatzes einbringt, geeignete Handlungskonzepte erarbeitet und koordinierend umsetzt. Bundesweit vorbildlich sind auch unsere Initiativen für regionale und interkommunale Kooperation. Die *Regionale* hat – zuletzt in Südwestfalen und im Münsterland – vielfältige neue Qualitäten für die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger, Innovationen für Unternehmen und eine Verbesserung der Infrastruktur vor Ort bewirkt. In der neuen Legislaturperiode wollen wir weitere Akzente vor allem dort setzen, wo schwierige sozialräumliche Bedingungen besondere Integrationsleistungen der Städte erfordern.

Wir werden deshalb:

- **Die energetische Sanierung von 1.000 Quartieren bis 2030 auf den Weg bringen.** In der Modellstadt Bottrop werden seit dem Jahr 2010 innovative Ideen und Lösungen entwickelt, wie den Herausforderungen des Klima- und Strukturwandels im urbanen Raum begegnet werden kann. Hier wird demonstriert, wie ein klimagerechter Stadtumbau, unter Berücksichtigung der Sicherung des Industriestandorts und bezahlbarer Mieten, aussehen kann. Konkret sollen die CO₂-Emissionen halbiert und die Lebensqualität gesteigert werden. Nach dem Ruhrgebiet werden wir nun im gesamten Land diese Strategie umsetzen und bundesgesetzlich die dafür notwendigen Rahmenbedingungen erwirken.
- **Die Programme der Städtebauförderung auf hohem Niveau fortführen.** Wir werden die Mittel für die Programme, wie beispielsweise *Soziale Stadt* und *Stadtumbau West*, auf dem erreichten hohen Niveau von über 250 Millionen Euro jährlich fortsetzen. Der Bund muss dabei die Regelprogramme der Städtebauförderung stärker als bisher für

die Förderung von Personal öffnen. So wäre auch das Quartiersmanagement zukünftig förderbar. Die Betreuung der über 50 Einzelprogramme für Stadt- und Quartiersentwicklung wollen wir stärker bündeln und ein neues Fördermanagement einrichten. Die vorhandenen Strukturen der Beratung und Unterstützung des Landes für die Kommunen in NRW werden wir weiterentwickeln. Die Bezirksregierungen sollen dabei ihre Aufgaben als Kommunalberatung **verstärken** und mit den Regionalräten die Kooperationsmöglichkeiten **verbessern**. Unser Sofortprogramm zur Sanierung von Spielplätzen und anderen Freizeitorien für Kinder und Jugendliche wird fortgeführt. Wir werden ebenso das Leitbild *Grüne Infrastruktur* fortentwickeln und verkehrsfreie Flächen für Kinder und Jugendliche, Parkanlagen und Fassadenbegrünung zum Standard dauerhaft erfolgreicher Quartiersentwicklung machen. Um der Bedeutung des Kleingartenwesens für die Entwicklung unserer Quartiere gerecht zu werden, werden wir gemeinsam mit den Landesverbänden der Kleingärtner einen Pakt für das Kleingartenwesen auflegen.

- **Bürgerschaftliches Engagement in Quartieren fördern.** Wir setzen uns dafür ein, dass bürgerschaftliche und ehrenamtliche Initiativen vor Ort einen Förderzugang im Rahmen der Quartiersförderung erhalten. Wir machen uns dafür stark, dass jeder Stadtteil ein Budget erhält und selbst entscheiden kann, wie es eingesetzt werden soll. Hierfür muss die Entscheidungskompetenz in den einzelnen Städten liegen. Wir werden auch verstärkt Familien-, Senioren- und Bürgerzentren fördern. Jedes Quartier und jeder Stadtteil braucht mindestens einen Ort für das Gemeinschafts- und Nachbarschaftsleben sowie die Kulturarbeit seiner Einwohner – egal welchen Alters.
- **Besondere soziale Herausforderungen stärker berücksichtigen.** Gemeinsam mit den Kommunen werden wir Konzepte entwickeln, um *Ankommensquartiere* so zu modernisieren und zu stärken, dass sie wieder attraktiv werden und bezahlbar bleiben. In Stadtteilen, die durch soziale Probleme und Integrationsaufgaben besonders gefordert sind, werden wir modellhaft fünf Stadtteilzentren neuer Art entwickeln: Kita, Schule, Gesundheitsvorsorge, Bürgerbüro, Erwachsenenbildung, Qualifizierungsangebote und Begegnungsräume sollen an einem *Quartierscampus* zusammengeführt werden. Mit den Kommunen wollen wir Quartiersanalysen vereinbaren, die als Erfolgskontrolle für Förderprogramme und Frühwarnsystem dienen, weil sie schnell belastbare Daten über erwünschte oder unerwünschte Entwicklungen in einem Stadtteil oder Dorf bereitstellen.
- **Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Stadtentwicklung verbessern.** Oftmals mangelt es in den NRW Kommunen nicht an Flächen für Stadtentwicklung, sondern an der Verfügbarkeit, dem Know-how und den Kapazitäten, diese Flächen entsprechend planen und sanieren zu können. Über die landeseigene Entwicklungsgesellschaft *NRW.Urban* werden wir deshalb eine Tochter gründen, an der sich die NRW Kommunen als Anteilseigner beteiligen können, um dann die Planungen und

Sanierungen direkt gegen Kostenerstattung beauftragen zu können. Beim Bund machen wir uns dafür stark, dass die Fördervoraussetzungen der Stadtentwicklungsprogramme für Orte der Integration entsprechend angepasst werden. Wir werden bei der Umsetzung die Kommunen mit entsprechenden Best-Practice-Beispielen sowie Modellen und Beispielen für Monitoring und Evaluation unterstützen. Die *Quartiersakademie NRW, Heimat vor der Haustür* als Angebot für Verwaltung, Quartiersinitiativen und lokale Wirtschaft, sich über gelingende Zusammenarbeit auszutauschen, wollen wir weiterentwickeln. Wir wollen alle Handlungsfelder einbeziehen, die für die Bürgerinnen und Bürger in den Quartieren relevant sind. Wir wollen zunehmend die digitalen Chancen für die Quartiere nutzen.

- **Den baulichen Denkmalschutz in Nordrhein Westfalen auf eine zeitgemäße Grundlage stellen.** Hierzu werden wir eine übergeordnete landesweite *Qualitäten- und Quantitätenbilanz* erstellen und diese einer detaillierten Bewertung unterziehen. Auf dieser Basis wollen wir ein zukunftsfähiges *Denkmalförderkonzept* für NRW erstellen, das die finanziellen Ressourcen des Landes berücksichtigt. Hierzu werden wir ein *Denkmalschutzverfahren* im Kontext der Stadtentwicklung zeitgemäß fortentwickeln, das das partnerschaftliche Zusammenwirken der Fachämter der Landschaftsverbände mit den unteren Denkmalbehörden, der Kommunalpolitik und den Denkmaleigentümern vorsieht und ehrenamtliche Expertise berücksichtigt. Die Mitwirkung der Kommunalpolitik dabei wollen wir deutlich stärken.

8.2 Wir sorgen für guten und bezahlbaren Wohnraum.

Das beste Mittel gegen steigende Mieten und Wohnungsmangel ist Neubau. Die *Wohnungsbauoffensive* in Nordrhein-Westfalen trägt Früchte: Über 40 Prozent mehr Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum, bereits im Jahr 2015 ein Plus im sozialen Wohnungsbau von 37 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und eine Aufstockung des Förderprogramms auf jeweils 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2016 und 2017 bestätigen, dass Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg ist.

Die öffentliche Hand muss sich wieder als mächtiger Spieler auf dem Wohnungsmarkt positionieren. Gerade auf den angespannten Wohnungsmärkten, wo das Marktversagen immer deutlicher wird, müssen sozial orientierte Akteure der Wohnungswirtschaft gestärkt und motiviert werden. Damit neue Wohnungen gebaut werden können, erwarten wir von den Kommunen, die zeitlichen Vorgaben für Baugenehmigungen in der Landesbauordnung einzuhalten.

Der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen braucht faire Regeln für faire Mieten. Die *Mietpreisbremse* ist hier ein erster Schritt. Mit dem *Wohnungsaufsichtsgesetz* haben wir darüber hinaus ein gutes Instrument geschaffen, das eindeutige Mindeststandards für Wohnqualität festlegt und damit der Verwahrlosung von Mietimmobilien entgegenwirken soll.

Nicht jeder Flächenverbrauch ist auch Flächenverschwendung. Und nicht jede unbebaute Fläche ist ein Wert an sich. Im Zweifelsfall haben gute und bezahlbare Wohnungen für uns Priorität. Vorzug genießt dabei die Innenverdichtung. Insbesondere das Rheinische Revier bietet hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten für neuen, modernen und bezahlbaren Wohnraum.

Wir werden deshalb:

- **Den Neubau von Wohnungen von jährlich 50.000 auf 80.000 steigern.** Hierzu werden wir die erforderlichen Rahmenbedingungen setzen und das auf Landesebene erfolgreiche *Bündnis für Wohnen* auf regionaler Ebene fortsetzen. Insbesondere bei der Flächenentwicklung macht die regionale Zusammenarbeit Sinn. Unsere schon laufenden Aktivitäten zur Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit für die Entwicklung umweltfreundlich erschlossener neuer Wohnstandorte in Stadt und Region, in denen auch neue Arbeitsstätten und attraktive Infrastrukturen für Junge und Seniorinnen und Senioren bereit stehen, werden wir fortführen und erweitern. Unsere Landesgesellschaften sowie *NRW.Urban* und die *NRW.Bank* werden weitere Unterstützungsangebote für die Städte bereitstellen. Vorbild ist das neue Programm zur sozialen Baulandentwicklung, welches seit kurzem attraktive Standortentwicklung ermöglicht. Wir wollen zudem prüfen, ob und wie eine Erhöhung der Grundsteuer auf unbebaute Grundstücke in den Städten gegenüber der auf bebauten Grundstücken sowie die Einführung eines ermäßigten Steuersatzes für sozial geförderten Mietwohnungsbau bei der Grunderwerbsteuer für zusätzliche Anreize beim Wohnungsbau sorgen können.
- **Sanierung und Modernisierung verstärkt fördern.** Wir wollen Hilfen geben, um dort zu sanieren und zu modernisieren, wo Leerstände und auch Mängel an der Infrastruktur ein Leben in intakten Nachbarschaften beeinträchtigen. Das *Wohnungsaufsichtsgesetz* werden wir auch zu diesem Zwecke evaluieren und, wenn nötig, verschärfen.
- **Energieeffizientes Wohnen für alle.** Wir wollen energieeffizientes Wohnen für alle ermöglichen. Deshalb werden wir entsprechend des Bielefelder „Klimabonus-Modells“ ein Pilotmodell starten, das Mieterinnen und Mieter mit einem geringen Einkommen ebenfalls die Möglichkeit verschafft, sanierte Wohnungen bezahlen zu können.
- **Für die Bezahlbarkeit von Mieten sorgen.** Ausnahmen von der Mietpreisbremse müssen überprüft und dort, wo notwendig, abgeschafft werden. Wir setzen uns außerdem für verbindliche und qualifizierte Mietspiegel ein: bundesweit für jede Kommune, unabhängig erhoben, nachvollziehbar und transparent.
- **Den öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken.** Kommunale oder genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften werden wir so fördern, dass sie sowohl den Neubau als auch den Aufkauf und die Modernisierung bestehender

Wohnungen finanzieren können. Die Privatisierung öffentlichen Wohnungseigentums lehnen wir ab. Im Gegenteil: Wir werden prüfen, wie eine landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft überall dort tätig werden kann, wo kommunale Wohnungsgesellschaften noch fehlen. Im Bund setzen wir uns dafür ein, dass eine „neue Gemeinnützigkeit“ (u. a. Begrenzung von Gewinnausschüttungen) für den Wohnungsbau entwickelt wird. Wir verfolgen weiterhin das Ziel gemischter Quartiere und werden das Entstehen neuer Ghettos vermeiden.

- **Im ländlichen Raum ein gutes Zuhause fördern.** Bei uns in NRW ist sozialer Wohnungsbau in der Breite angekommen. In 42 Städten bzw. Kreisen haben wir deutlich steigende Wohnraumförderung. In vielen ländlichen Gemeinden steht Wohnraum leer, der Familien ein gutes Zuhause sein könnte. Wir werden mit dem Bund Förderangebote machen, dass Familien, die bestehende Häuser und Wohnungen in schrumpfenden Regionen für ihren Eigenbedarf kaufen, einen finanziellen Zuschuss als Eigenkapitalzulage erhalten. Das erleichtert den Weg zum Eigenheim, schont Ressourcen und Fläche und sichert die Zukunft der ländlichen Gemeinden. Mit unserer Initiative *StadtUmland.NRW* stärken wir den Ballungsraum als attraktiven Wohnstandort und entlasten die sogenannten Schwarmstädte. Ergänzend werden wir die Konditionen für den geförderten Mietwohnungsbau im ländlichen Raum verbessern.
- **Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren optimieren.** Die Bauleitplanung muss weiter auf die Erstellung von Wohnraum ausgerichtet und die technischen Voraussetzungen für die elektronische Abwicklung von Baugenehmigungsanträgen geschaffen bzw. verbessert werden. Im Rahmen der *Digitalisierungsoffensive* des Landes werden wir die flächendeckende Digitalisierung der Baugenehmigungsverfahren in den Kommunen des Landes bis 2020 unterstützen. Wir sorgen zudem für die Umsetzung des neuen Baurechtstyps Urbanes Mischgebiet und werden den Kommunen die Möglichkeit einräumen, Ausgeviertel mit veränderten Nachtruhezeiten festzulegen. Auf der kommunalen Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die vom Bund beschlossenen *Änderungen des Baugesetzbuches* zum Anlass genommen werden, einen Baulandflächenkataster unter Einbeziehung der neuen Lärmgrenzwerte zu erarbeiten.

8.3 Wir stärken die ländlichen Räume.

Die Vielfalt von Nordrhein-Westfalen wird besonders deutlich in seinen ganz unterschiedlichen Regionen. Neben der Metropolregion an Rhein und Ruhr nimmt der ländliche Raum rund zwei Drittel der Landesfläche ein. Er ist Lebens- und Wirtschaftsraum für rund sechs Millionen Menschen und zugleich als Freizeit- und Erholungsregion vor der Haustür ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität bei uns in NRW. Und als Tourismusland setzt NRW besonders auf die vielfältigen Naturräume. Fast unbemerkt hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten auch hier ein strukturpolitisch gravierender Prozess vollzogen: Die sogenannten ländlichen Räume haben sich zu starken Produktionsregionen entwickelt. Im Umfeld vieler großer Städte sind zugleich eigene wirtschaftlich prosperie-

rende Stadtregionen und stadtregionale Verbindungen entstanden. Die Digitalisierung wird auch die räumlichen Beziehungen von Regionen und Städten maßgeblich beeinflussen und mit dem Breitbandausbau ihre Wirkung voll entfalten. Diese Entwicklung stellt auch die Politik vor neue Herausforderungen.

Die Entwicklung des ländlichen Raums, im Zusammenspiel mit der Metropolregion Rhein-Ruhr, ist entscheidend für die Zukunft von NRW. Unsere Politik für den ländlichen Raum orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen, die hier gerne leben, und der Unternehmen, die hier erfolgreich produzieren. Fragen des demografischen Wandels, der Gesundheitsversorgung, der Infrastruktur – sei es im Verkehr oder beim Breitbandausbau –, der Attraktivität für Familien und für junge, gut ausgebildete Facharbeiter stehen für die Stärkung der ländlichen Regionen ganz oben auf der Tagesordnung. Mit dem *Schulkonsens* haben wir die Möglichkeit eröffnet, kleine Grundschulen und eine weiterführende Schule in Form der Sekundarschule am Ort zu erhalten. Unsere Fachkräfteinitiative spricht konkret junge Menschen für die hochqualifizierten Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe an.

Zuwanderer können einen Beitrag leisten, um die Attraktivität ländlicher Regionen zu steigern. Sie entschärfen die Folgen des demografischen Wandels: Familien mit Kindern verjüngen die Bevölkerung und stabilisieren lokale Strukturen. Schulen finden neue Schüler, Vereine und Kirchen gewinnen neue Mitglieder. Leerstände können vermieden oder abgebaut werden.

Mit dem Instrument des Regionalmanagements lassen sich regionale Entwicklungsprozesse initiieren und querschnittsorientiert umsetzen. Regionalmanagement verbessert die Chance, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Kooperationen auf regionaler Ebene und zwischen den Städten im ländlichen Raum und ihrem Umland sind der Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Räume. Von regionaler Zusammenarbeit profitieren die Kommunen vor Ort und das Land gleichermaßen. Wir werden diese Kooperationen nachhaltig unterstützen.

Wir werden deshalb:

- **Die öffentliche Daseinsvorsorge im ländlichen Raum stärken.** Eine ressortübergreifende Strategie ist die Grundlage für die umfassende und nachhaltige Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Wir wollen sie gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft aus dem ländlichen Raum erarbeiten. In Gemeinden des ländlichen Raumes ohne verlässlichen ÖPNV wollen wir schon jetzt modellhaft die Vernetzung des Alternativangebots aus Anruf-Sammel-Taxen, Taxibussen, gemeinnützigen Bürgerbussen oder Carsharing-Angeboten über das Internet fördern. Damit bauen wir alternative Bedienverkehre aus und schaffen neue Mobilität. Das Modell des Bürgerbusses in NRW ist bereits bundesweites Vorbild, daran werden wir anknüpfen.

- **Die Infrastruktur im ländlichen Raum ausbauen.** Mit unserer Breitbandstrategie sorgen wir für eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur auch im ländlichen Raum. Wir werden zudem ein *Wirtschaftsprogramm ländlicher Raum* erarbeiten und umsetzen, das den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Arbeits- und Ausbildungsplätze fördert.
- **Kulturlandschaften bewahren.** Wir sorgen dafür, dass die Landschaftsplanung auf regionaler und lokaler Ebene die Bewahrung der Kulturlandschaften als zentrale Aufgabe wahrnimmt. In der Agrarpolitik werden wir die Leistungen der Landwirtschaft zur Erhaltung der Kulturlandschaft fördern und so die Artenvielfalt schützen.
- **Den spezifischen Herausforderungen von Integration im ländlichen Raum gerecht werden.** Wir werden die Kommunen im ländlichen Raum dabei unterstützen, die Integrationspolitik mit den zentralen kommunalen Handlungsfeldern wie Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen, Engagement und politischer Teilhabe zu verzahnen.
- **Die Voraussetzungen für eine prosperierende Entwicklung schaffen.** Schnellstmöglich werden wir deshalb flächendeckend „Dienstleistungszentren Ländlicher Raum“ als Instrument des Regionalmanagements etablieren.

8.4 Wir machen NRW mobil.

Nordrhein-Westfalen ist die Region Europas mit dem dichtesten Verkehrsnetz. Straßen, Schienen und Wasserstraßen verbinden einen Ballungsraum, in dem 29 der 77 Großstädte Deutschlands liegen. Bei uns sind in der morgendlichen Rushhour mehr Pendler auf den Hauptverbindungen unterwegs, als andere Bundesländer Einwohner haben.

Natürlich besteht in einem solchen Verkehrsnetz, das Millionen Menschen miteinander verbindet und riesige Gütermengen bewältigt, ständiger Sanierungs-, Erweiterungs- und Änderungsbedarf. Hinzu kommt, dass es neue Erfordernisse an eine moderne Infrastruktur gibt. E-Mobilität (Batterie und Brennstoffzelle), passgenaue, rückstandslos verbrennende Treibstoffe und damit schadstofffreie Verbrennungsmotoren sowie teilautonome bis hin zu autonomen Fahrzeugen werden die Mobilität der Zukunft nachhaltig verändern. NRW ist das Bundesland, das diese Herausforderung aufgrund seiner exzellenten Forschungslandschaft beispielhaft bewältigen kann.

Unser Ziel ist, die Staus auf den Straßen zu reduzieren und die Städte lebenswerter zu machen. Hierzu wollen wir das Straßennetz in Ordnung bringen, fortentwickeln und gleichzeitig mehr Menschen motivieren, auf andere attraktive Verkehrsmittel jenseits des eigenen PKWs umzusteigen. Auf die differenzierter werdenden Mobilitätsbedürfnisse wollen wir mit einem flexiblen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf Schiene und Straße antworten. Herzstück des Öffentlichen Personennahverkehrs in NRW ist der *Rhein-Ruhr-Express (RRX)*. Er wird künftig die Städte des Ballungsraums Rhein-Ruhr im

15-Minuten-Takt miteinander verbinden und über seine Zuführungsachsen das ganze Land erschließen.

Unser Land Nordrhein-Westfalen verfügt über ein Radverkehrsnetz von 14.200 km Länge. Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad. Das wollen wir weiter fördern. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Radwegenetz in allen Großstädten in NRW. Das ermöglicht eine zugleich umweltverträgliche wie gesundheitsfördernde Nahmobilität. Mit dem *Zukunftsnetz Mobilität*, dem schon 100 Kommunen in NRW angehören, haben wir bundesweit neue Standards für die Verkehrswende hin zu stadtverträglicher und umweltfreundlicher Mobilität gesetzt. *Die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte AGFS* ist bundesweit Vorbild für die Förderung von Fuß- und Radverkehr.

Wir werden deshalb:

- **Eine klare landeseinheitliche Tarifstruktur bei Bussen und Bahnen umsetzen.** Ein insbesondere für Pendler attraktiver Bus- und Bahnverkehr hängt wesentlich von einer klaren und preiswerten Tarifstruktur ab. Wir werden dafür sorgen, dass der Tarifwarr der unterschiedlichen Verkehrsverbände beendet und durch landeseinheitliche Tarife ersetzt wird. Damit ist der Weg frei für *verbundübergreifende Job-Tickets* und ein *landesweites NRW-Ticket*. Um Pendler für den Umstieg auf Busse und Bahnen zu gewinnen und die Ballungsräume zu entlasten, werden wir eine steuerliche Befreiung der Job-Tickets vorantreiben.
- **Parallel dazu individuelle Mobilität in den Mittelpunkt stellen.** Eine *App der Mobilität für NRW* soll künftig Informieren, Buchen und Bezahlen aus einer Hand ermöglichen sowie alle öffentlichen und privaten Verkehrsträger und Mobilitätsangebote digital vernetzen. Das Internet der Mobilität erfasst in Echtzeit die Auslastung von Autobahnen, Straßen oder Bahnen. Es berechnet und prognostiziert den schnellsten Weg und die optimale Verknüpfung von Transportmitteln und regelt über ein einheitliches E-Ticket-System sowie die Integration von privaten und gemeinnützigen Mobilitätsangeboten (wie Carsharing, Bürgerbusse etc.) die Mobilität auch praktisch. Wir werden zudem Modellprojekte zur Verknüpfung von ÖPNV, Carsharing und Fahrrädern über zentrale Mobilitätsstationen fördern.
- **Barrierefreiheit beim ÖPNV umsetzen.** Zum Ausbau barrierefreier Angebote des ÖPNV werden wir unsere Förderprogramme weiterentwickeln und mit der Umsetzung des *Bahnsteighöhen- und Längenkonzepts* die Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten für alle mobilitätsbeeinträchtigten Menschen weiter verbessern.
- **NRW zum Vorreiter des abgasfreien ÖPNV machen.** Wir wollen in Köln bereits in fünf Jahren, in den Innenstädten der übrigen Umweltzonen bis 2025, auf einen abgasfreien Linienbusverkehr umstellen. Wir wollen dadurch das erste Flächenland sein, in dem der komplette ÖPNV abgasfrei fährt. Deshalb werden wir den ÖPNV in unserem Land

Schritt für Schritt abgasfrei organisieren. Wir werden daher 60 Prozent der Mehrkosten abgasfreier Busse fördern. In Kombination mit der sichergestellten Förderung von Stadtbahnen werden wir die Verkehrswende im ÖPNV meistern.

- **Den Radverkehr stärken.** Mit sechs Radschnellwegen eröffnen wir neue Möglichkeiten für den Berufs- und Nahverkehr. Über 250 Kilometer sind in NRW bereits in Planung. Den *Radschnellweg Ruhr* werden wir rasch fertig stellen. Wir wollen mehr Radwege in innerstädtischen und stadtverbindenden Grünzügen fördern und die Erschließung von Gewerbegebieten für Pendlerinnen und Pendler mit Radschnellwegen vorantreiben. Wir werden auch künftig Bürgerradwege mit Landesmitteln unterstützen. Das Fahrrad als Transportmittel für Gewerbetreibende hat Zukunft. Vorbilder wie das City-Logistik-Projekt von UPS in Herne wollen wir auch in anderen Städten etablieren. Wir werden zudem den Umweltverbund durch den Ausbau von Radschnellwegen und neuer Radstraßennetze in den Innenstädten nach dem Vorbild der „protected bike lanes“ (geschützte Radstraßen) in amerikanischen und europäischen Metropolen stärken.
- **E-Mobilität weiter fördern.** Wir werden unsere Angebote für Mobilitätsdienstleistungen ausbauen. Dazu gehören Mobilstationen, die Unterstützung betrieblichen Mobilitätsmanagements, die Unterstützung der Kommunen zur Erarbeitung von Mobilitätsmanagementkonzepten, die eine Nutzung des Fahrrads erleichtern und mehr Platz für lebenswerte innerstädtische Freiräume schaffen.

8.5 Wir stehen für eine vielfältige Kulturlandschaft.

Unsere Kulturpolitik und Kulturförderung stellt sich den Herausforderungen der offenen Gesellschaft im Rahmen eines gemeinsamen, sich auf Werte gründenden Europas. Wir stehen für eine demokratische Kulturpolitik des Miteinander, der Solidarität und der Teilhabe.

NRW verfügt über eine weltweit einzigartige attraktive, aktive, innovative und spannende Kulturlandschaft im Herzen Europas. Das Land weist sowohl enorme Spitzenqualität als auch vielfältige Breitenangebote auf und verfügt über eine Spannweite von Weltkultur bis hin zur intensiven Laienkultur.

Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für wenige sein. Sie sind ein Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig ihrer Herkunft, sozialen Lage und Bildungsvoraussetzungen. Wir wollen ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot zu erschwinglichen Preisen und mit niedrigen Zugangsschwellen für alle Menschen erreichen.

Die kulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft ist Realität. Wir fördern den Dialog der Kulturen auch als Beitrag zur sozialen Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung. NRW ist und bleibt mit uns wesentlicher Impulsgeber bei der *Kulturellen Bildung*, der Integration und Inklusion.

NRW ist ein Land der Künstlerinnen und Künstler. Künstlerförderung ist daher eine wesentliche Voraussetzung, um ihre bedeutende Werkschaffung zu unterstützen und geeignete Rahmenbedingungen für ihre Präsentation zu ermöglichen. Wir werden ihre Lebens- und Arbeitssituation mehr in den Fokus nehmen.

Die Kultur in Nordrhein-Westfalen ist eine wichtige Aufgabe von Land und Kommunen. Gemeinsam wird so die kulturelle Vielfalt im urbanen und ländlichen Raum in allen Landesteilen geschaffen. Handlungsleitend hierfür ist unser *Kulturförderungsgesetz*.

Die rot-grüne Landesregierung hat damit einen kulturpolitischen Meilenstein gesetzt. Es ist das erste Gesetz dieser Art in der Bundesrepublik. Es sorgt hinsichtlich der Kulturförderung für Transparenz und Planungssicherheit. Mit dem vom Landtag verabschiedeten *Kulturförderplan* haben wir klare Schwerpunkte in NRW definiert.

Wir werden deshalb:

- **Den Kulturförderplan gemeinsam fortschreiben.** Im Kulturförderplan für die Jahre 2018–2023 wollen wir die Schwerpunkte der Kulturpolitik und der Kulturförderung des Landes verbindlich festlegen. Der Plan soll in einem offenen Dialog mit den Kulturschaffenden, Künstlerinnen und Künstlern, den Kultureinrichtungen und den Kommunen entwickelt werden. Einen Schwerpunkt werden wir dabei auf die Herausforderungen der Digitalisierung für alle Bereiche der Kultur setzen.
- **Für eine verlässliche Finanzierung der Kultur in NRW sorgen.** Im Rahmen eines Paktes für die Kultur werden wir eine verlässliche Steigerung des Kulturretats des Landes über alle Sparten um 50 Millionen Euro im Zeitraum 2018–2023 realisieren. Für die öffentlich-gemeinnützigen Kulturfördereinrichtungen in Nordrhein-Westfalen, die Kunststiftung NRW, die NRW-Stiftung und die Landesbüros werden wir eine verlässliche Finanzausstattung gewährleisten. Diese Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen wollen wir wissenschaftlich begleiten und evaluieren.
- **Künstlerinnen und Künstler fördern.** Wir werden die unterschiedlichen Angebote der Künstlerförderung, insbesondere für Nachwuchskünstlerinnen und -künstler, wie beispielsweise Preise, Stipendien, Residenzen, Zuschüsse zu Produktionsräumen oder Projekten, ausbauen und zu einem Programm zur individuellen Künstlerförderung bündeln.
- **Kulturelle Bildung und Teilhabe als Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger stärken.** Wir werden die kulturelle Bildung zu einem verlässlichen Schwerpunkt in der Kulturförderung des Landes machen. Deshalb werden wir unsere zahlreichen Projekte der kulturellen Bildung, wie den Kulturrucksack und JeKITS (Jedem Kind Instrumente, Singen und Tanzen) fortsetzen und – wo möglich – weiter ausbauen. Wir werden die digitalen Möglichkeiten in der Kunst und Kulturvermittlung nutzen und die öf-

fentlichen Bibliotheken fit für das digitale Zeitalter machen. Zunächst für Kinder und Jugendliche werden wir den freien Eintritt für die landeseigenen und die vom Land überwiegend geförderten Museumseinrichtungen und Sammlungen einführen.

- **Ein flächendeckendes kulturelles Angebot gewährleisten.** Wir werden verlässlich ein flächendeckendes kulturelles Angebot gewährleisten, in dem wir u. a. die Arbeit der Landesorchester und Landestheater sowie die Regionalförderung sicherstellen. Wir wollen auch die kommunalen Bühnen besser absichern und den *Theater- und Orchesterpakt* neu auflegen und ausweiten, wobei wir selbstverständlich auch die Kinder- und Jugendtheater in den Fokus nehmen werden. Wir werden weiter aktiv an der Realisierung des Pina-Bausch-Zentrums arbeiten, um den Ruf Nordrhein-Westfalens als herausragendes Tanz-Land zu festigen.
- **Die freie Szene, Nachwuchskünstlerinnen und -künstler und die soziokulturellen Zentren weiter unterstützen.** Neben Projekten gilt es, konzeptionelle Ansätze zu fördern, die auf eine nachhaltige Wirkung angelegt sind. Dazu gehören auch die Festivals und Veranstaltungen wie zum Beispiel das *Theaterfestival Favoriten*. In Zusammenarbeit mit der Städtebauförderung werden wir Möglichkeitsräume für die freie Szene und für Nachwuchskünstler schaffen. Dadurch entstehen Arbeitsräume, die einen Beitrag zur Attraktivität auch von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf leisten können. Eine Kultur, die so bunt und vielfältig ist wie unser NRW, schließt die queere Kultur von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQ*) gleichberechtigt mit ein. Sie bereichern unser Bundesland. Wir wollen hierfür Räume öffnen und diese kulturellen Angebote aktiv unterstützen.
- **Integration durch Kultur fördern.** Wir werden Projekte und Ansätze in allen kulturellen Sparten stärker unterstützen, die der kulturellen Teilhabe und Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund und dem Schaffen von Orten der Gemeinschaft dienen.
- **Bedeutende Jubiläen feiern.** Wir werden die zahlreichen Jubiläen und Gedenktage, die in die kommende Legislaturperiode fallen, mit eigenen Veranstaltungen und Projekten begleiten. Dazu gehören: Im Jahr 2019 das Bauhausjubiläum, im Jahr 2020 das 250. Geburtsjahr Beethovens sowie im Jahr 2021 der 100. Geburtstag des Künstlers Joseph Beuys.

8.6 Wir wollen ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot sichern.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes und innovatives Medienland. Wir wollen einen guten Rahmen schaffen für ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot.

Unabhängiger Journalismus ist unverzichtbar für eine demokratische Gesellschaft. Journalistinnen und Journalisten muss es auch in Zukunft möglich sein, Fakten einzu-

ordnen und durch Erklären aufzuklären. Gerade in unserer Zeit, die durch eine Flut von Informationen und vermeintlichen Informationen geprägt ist, ist es wichtig, dass sie diese Aufgabe erfüllen können. Unabhängige Medien sind hierfür die Basis.

Unsere Medienpolitik schafft die notwendigen Rahmenbedingungen, um die Vielfalt unabhängiger Medien zu sichern und Innovationen zu fördern. Mit der Initiative *Medienvielfalt NRW 4.0* soll sich eine Plattform wichtiger Medienakteure in und aus NRW etablieren, die wir unterstützen wollen. Dies gilt auch für die Initiative, die den *Netzkodex* gestaltet. Wir wollen damit den respektvollen Umgang miteinander im Internet fördern und Problemen wie „Hatespeech“ entschlossen entgegenzutreten.

Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir das vielfältige Medienkompetenzangebot weiter stärken. Hierzu zählt auch eine Weiterentwicklung des erfolgreichen *Medienpasses*. Besonderes Augenmerk richten wir in diesem Zusammenhang zudem auf bürgerschaftliches Engagement, sei es in den Bürgermedien oder bei Freifunk-Initiativen.

Die *Film- und Medienstiftung NRW* arbeitet seit über 25 Jahren erfolgreich für NRW und hat wesentlich dazu beigetragen, den Medienstandort zu sichern und zu stärken. Unser Ziel sind faire und ausgewogene Vertragsbedingungen zwischen Sendern und den produzierenden Unternehmen.

In einer unübersichtlichen Welt gewinnt das Lokale immer mehr an Bedeutung. Von der Stiftung *Vor Ort NRW*, angesiedelt bei der Landesanstalt für Medien, sollen verstärkt wichtige Impulse zur lokalen Vielfaltssicherung ausgehen. Der NRW-Lokalfunk ist und bleibt unverzichtbar für lokale und regionale Informationen.

Mit dem WDR hat NRW die größte Landesrundfunkanstalt. Das neue WDR-Gesetz schafft die richtigen Rahmenbedingungen. Auch in Zukunft werden wir die Bestands- und Entwicklungsgarantie sichern, beispielsweise durch die aktive Mitwirkung Nordrhein-Westfalens in der *AG Auftrag und Strukturoptimierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten* auf Länderebene.

Um die mediale Vielfalt NRWs zu erhalten und unseren Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen zu verschaffen, bedarf es nicht zuletzt einer Anpassung des regulatorischen Rahmens an die digitale, konvergierte Medien- und Netzwelt. NRW ist Webvideoland Nr. 1. Deswegen werden wir neue Programme zur Unterstützung der Branche – mit der Branche – entwickeln. Das gilt auch für die *Games*.

Medien- und netzpolitische Themen verschmelzen immer mehr, das stellt auch die Medienaufsicht vor neue Herausforderungen. So werden wir den möglichen Regulierungsbedarf für Intermediäre weiter bearbeiten und die Vielfaltssicherung in sozialen Netzwerken stärken. Die Störerhaftung lehnen wir weiterhin ab und setzen uns für

Netzneutralität ein. Die Auswirkungen der Arbeit von Mediaagenturen auf das Mediensystem insgesamt und die Medienvielfalt werden wir kritisch betrachten.

Wir werden deshalb:

- **Die Vielfalt des Medienangebots fördern.** Wir wollen eine Medienanstalt der Länder etablieren, um die Schnittstellen zum Wettbewerbsrecht, zur Bundesnetzagentur und zu den europäischen Institutionen effizient und effektiv zu organisieren. Die Bürgermedien werden wir stärken und ihre crossmediale Weiterentwicklung fördern. Zur Unterstützung der Stiftungsarbeit für Lokaljournalismus *Vor Ort NRW* wollen wir weitere Gesellschafter identifizieren. Das ehrenamtliche Engagement im binnenpluralen System, den Gremien des WDR und der Landesanstalt für Medien (LfM), werden wir weiter stärken und unterstützen.
- **Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterentwickeln.** Wir setzen uns weiter dafür ein, dass öffentlich-rechtliche Fernsehangebote (Ausnahme Sport) werbefrei werden und bundesweit einheitliche Werberegelungen in Anlehnung an das WDR-Gesetz für alle öffentlich-rechtlichen Hörfunkangebote gelten. Dazu bedarf es einer ausreichenden Beitragsfinanzierung. Wir unterstützen Kooperationen zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Medienhäusern.
- **Das Film- und Medienland NRW gut positionieren.** Mit den Gesellschaftern der *Film- und Medienstiftung* und weiteren Akteuren werden wir prüfen, wie die erfolgreiche Arbeit in Zeiten der Konvergenz neu ausgerichtet werden kann. Die herausragenden Institutionen des *Grimme-Instituts* und des *Grimme-Forschungskollegs* wollen wir weiter fördern. Wir werden zudem prüfen, ob eine Restrukturierung der *Internationalen Filmschule* erforderlich ist, um ihre wichtige Arbeit langfristig zu sichern. Dies gilt auch für das *Mediengründerzentrum NRW*, das wir ebenfalls absichern wollen.

8.7 Wir gestalten das Sportland NRW.

NRW ist ein Sportland. Millionen Menschen in unserem Bundesland sind in Vereinen und außerhalb sportlich aktiv. NRW bietet die beste Infrastruktur für sportliche Großereignisse.

Neben den jährlich wiederkehrenden Sportveranstaltungen wie den Gerry Weber Open, dem CHIO in Aachen oder den Bethel Athletics freuen wir uns 2017 besonders auf die 81. Eishockey-Weltmeisterschaft der Herren, die in Köln und Paris ausgetragen wird, die 62. Tischtennisweltmeisterschaft in Düsseldorf und auf den Grand Départ der Tour de France in Düsseldorf. Auch in den kommenden Jahren werden wir uns um vergleichbare Großveranstaltungen in NRW bemühen.

Sport ist gesund und trägt zur gesellschaftlichen Integration bei. Er lebt vom ehrenamtlichen Engagement unzähliger Menschen. Durch den mit dem Landessportbund

geschlossenen *Pakt für den Sport* haben wir für den gemeinnützigen Sport in NRW finanzielle Planungssicherheit geschaffen.

Sport zählt zu den häufigsten und wichtigsten Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen. Deshalb fördern wir den Sport in der Breite und in der Spitze. Denn der Sport wirkt weit über sich selbst hinaus. Er fördert soziale Beziehungen, Gesundheit, Bildung, Integration und Inklusion und ist somit für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert. Sport vermittelt Werte wie Solidarität, Respekt, Toleranz und Fairplay. Sport kann auch mithelfen, der gesellschaftlichen Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen entgegen zu wirken. Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Schule ein abwechslungsreiches Angebot von Bewegung, Spiel und Sport anzubieten.

Das zunehmende Wissen um Lernprozesse und den Erwerb von Bildung belegen, dass Sport in informellen und non-formalen Zusammenhängen nicht nur eine sinnvolle Freizeitgestaltung ist, sondern auch erfolversprechende Lern- und Bildungspotenziale bietet. Dafür müssen auch Sportanlagen genutzt werden dürfen.

Der Leistungssport in NRW ist Weltklasse. Dies belegen nicht nur die Ergebnisse der Olympischen Spiele und der Paralympics im Jahr 2016. Inzwischen stellen wir knapp ein Drittel aller Athletinnen und Athleten im organisierten Leistungssport. Um die Leistungs- und Spitzensportförderung deutscher bzw. nordrhein-westfälischer Athletinnen und Athleten im internationalen Sport sicherzustellen, bedarf es einer systematischen und abgestimmten Planung und Maßnahmenumsetzung der Länder mit dem Bund und den Sportorganisationen. Diese Förderung ist untrennbar verbunden mit dem Bekenntnis zu einem doping-, manipulations-, korrupsions- und gewaltfreien Sport. Dem Erfolg um jeden Preis erteilen wir eine klare Absage.

Wir werden deshalb:

- **Den gemeinnützigen Sport fördern.** Durch die Fortschreibung des Pakts für den Sport werden wir dem gemeinnützigen Sport weiter finanzielle Planungssicherheit geben. Mit der Sportpauschale fördern wir weiterhin den allgemeinen Sportstättenbau in den Gemeinden. Unser Ziel bleibt es, die Sportstätteninfrastruktur zukunftsfest zu gestalten, damit der Sport seine gesundheits-, bildungs-, sozial- und freizeitpolitische Wirkung entfalten kann. Wir machen uns zudem für eine stärkere Berücksichtigung des Sports über den Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) stark und treten dafür ein, dass Geräuscheinwirkungen von Kindern und Jugendlichen auf Sportanlagen toleranter begegnet wird. Dafür haben wir mit entsprechenden Klarstellungen (Lärmschutzverordnung) die Grundlage gelegt. Hauptamtliche Strukturen in den Stadt- und Kreissportbünden wollen wir stärken, damit ehrenamtliche Arbeit stärker im sportlichen Zusammenhang als im verwaltenden Bereich gelebt werden kann.

- **Herausragende Sportereignisse in NRW unterstützen.** NRW verfügt über hervorragende Sportstätten für nationale und internationale Sportveranstaltungen und eine sportbegeisterte Bevölkerung. Deshalb werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass herausragende Sportereignisse in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Olympische und Paralympische Spiele in NRW sind eine faszinierende Vorstellung. Ein Olympia, das zu NRW passen würde, wäre ein bürgernahes, bodenständiges und ein ökologisches Olympia.
- **Den Spitzensport in NRW fördern.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ressourcen des Fördersystems für den Spitzensport optimal aufeinander abgestimmt werden. Im Rahmen der Leistungssportreform wollen wir den Erhalt aller Olympiastützpunkte in NRW sichern und uns dafür einsetzen, dass die Ressourcen des Fördersystems für den Spitzensport optimal aufeinander abgestimmt werden.
- **Die Inklusion im Sport vorantreiben.** Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt und barrierefrei am Sportleben teilhaben. Der gemeinsame Sport von Menschen mit und ohne Behinderung trägt dazu bei, Vorurteile abzubauen und Akzeptanz, Verständnis sowie Kooperation zu stärken und somit soziale Barrieren zu überwinden.
- **Für Gute Arbeit auch im Sport sorgen.** Wir setzen uns für angemessene Arbeitsbedingungen etwa in Form von sicheren Arbeitsverträgen, angemessener Bezahlung, und einer langfristigen Einsatzplanung für unsere Trainerinnen und Trainer ein. Für diejenigen, die den Trainerberuf anstreben, benötigen wir adäquate Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

9. Wir treten für einen starken Staat und mehr Sicherheit in einer offenen Gesellschaft ein.

Nur ein starker, handlungsfähiger Staat kann Kriminalität und ihre gesellschaftlichen Ursachen wirksam bekämpfen. Wir stehen für einen offenen und sozialen Rechtsstaat, der Menschen vor Kriminalität schützt und Bürgerrechte achtet.

Mit vorbeugender Politik verhindern wir das Entstehen von Kriminalität. Diesen Präventionsansatz werden wir ausbauen. Wir stehen für eine leistungsfähige Justiz, die die Bürgerrechte im Blick hat. Und wir zeigen null Toleranz gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Unser NRW ist weltoffen und tolerant.

Der Privat-vor-Staat-Ideologie von CDU und FDP (2005–2010) haben wir den starken, handlungsfähigen Rechtsstaat entgegengesetzt. Seit 2010 haben wir deshalb 30 Milliarden Euro für die Innere Sicherheit zur Verfügung gestellt. Mehr als 800 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten auf der Straße, Präventionsprojekte gegen Rechtsextremismus und Salafismus mit bundesweitem Vorbildcharakter und ein besserer Opferschutz können daraus finanziert werden.

Zur inneren Sicherheit gehören auch gut ausgestattete Feuerwehren, Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Wir haben deshalb die Ausgaben für Feuerschutz und Hilfeleistungen schrittweise erhöht – im Jahr 2016 um mehr als 10 Prozent gegenüber dem Jahr 2010. Dazu gehört auch eine stärkere Förderung der Freiwilligen Feuerwehr und des Katastrophenschutzes. Mit der Änderung des Rettungsdienstgesetzes stellen wir sicher, dass unsere Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet sind. Bis 2016 konnten bereits 450 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Auch künftig gilt es für uns, die Arbeitsbedingungen im Sicherheitsbereich zu überprüfen und, wo notwendig, den Rahmen für Verbesserungen zu schaffen.

9.1 Wir stärken die öffentliche Sicherheit.

Einen schwachen Staat können sich nur diejenigen leisten, die ihre Sicherheit privat finanzieren können. Wer dabei seine Freiheit gegen eine vermeintliche Sicherheit eintauscht, wird am Ende beides verlieren. Wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die Sicherheit und Bürgerrechte vereinbart. Sicherheit steht im Dienste der Freiheit. Wir gehen entschlossen gegen Kriminelle vor und bekämpfen mit aller Macht die Ursachen der Kriminalität. Der konsequente Schutz der Bürgerrechte und die beschleunigte Bearbeitung von Strafverfahren sind dazu ebenso notwendig wie ein Ausbau der Jugendarbeit. Vor allem aber brauchen junge Menschen eine Ausbildungs- und Jobperspektive. Perspektivlosigkeit ist häufig der Nährboden für Radikalisierung und Kriminalität jeglicher Art.

Der Ausbreitung von organisierter Kriminalität, dem Anstieg von Einbrüchen und der wachsenden Bedrohung durch Extremisten begegnen wir durch Verstärkung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Justiz. Die beste Art von Verbrechensbekämpfung und -vorbeugung gleichermaßen ist die Stärkung der polizeilichen Präsenz auf der Straße sowie der kriminalpolizeilichen Arbeit. Dafür benötigen wir gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten, die das geltende Recht durchsetzen können. Unser Leitbild ist klar: Vor Ort muss die Polizei präsent, sichtbar und ansprechbar sein. Das trägt auch zu einem verbesserten Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung bei.

Wir stehen zum deutschen Föderalismus und sehen die Lösung bestehender Probleme im Bereich der inneren Sicherheit nicht zuallererst in einer Kompetenzverlagerung von den Ländern zum Bund. Vielmehr setzen wir uns für eine verbindlichere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie der Länder untereinander ein.

Eine zunehmende Verrohung der Sprache, verbale Gewaltdrohungen bis hin zu Angriffen, Anschlägen und Mordversuchen – alles unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit – zeigen eine Radikalisierung in beängstigendem Ausmaß. Deshalb setzen wir uns für einen erneuerten gesellschaftlichen Konsens über das friedvolle Zusammenleben in einer demokratischen und offenen Gesellschaft ein. Wir brauchen auch vor diesem Hintergrund mehr Würdigung und Respekt für die Arbeit von Polizeibeamtinnen

und -beamten sowie der Kräfte der Feuerwehr und der Rettungsdienste. Die Behinderung von Einsätzen, Schmähungen und Gewalt gegen Einsatzkräfte werden wir nicht dulden.

Mit der Erprobung von Bodycams für Polizeibeamte gehen wir einen ersten wichtigen Schritt, der dem Selbstschutz der Polizei dient. Mit der Einführung der Kennzeichnungspflicht für Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten stärken wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizeikräfte. Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz werden wir nach der Neuregelung der gesetzlichen Grundlagen intensiv bei der Umsetzung begleiten und fördern.

Wir werden deshalb:

- **Die Polizeipräsenz vor Ort erhöhen.** Insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten erhöhen wir die Präsenz der Polizei und bauen die Kriminalitätsbekämpfung in den Kreispolizeibehörden und im Landeskriminalamt (LKA) weiter personell aus. Dazu zählt auch, den aktuellen Entwicklungen entsprechend ein stärkeres Augenmerk auf die Bekämpfung von Kriminalitätsformen innerhalb des Internet sowie auf die Möglichkeiten der digitalen Fahndung zu richten. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hängt ganz wesentlich von der Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der Polizei vor Ort ab. Deshalb werden wir die Polizeipräsenz in unseren Quartieren erhöhen, indem wir die Zahl der Bezirksbeamten verdoppeln und mit einer Verlagerung von Verwaltungsaufgaben mehr Vollzugsbeamte auf die Straße bringen. Die hohen jährlichen Einstellungszahlen bei Polizei und Justiz werden wir verstetigen: Jedes Jahr werden mindestens 2.300 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter neu eingestellt. Mit der zusätzlichen Verdoppelung der Anzahl der Bezirksbeamtinnen und -beamten von derzeit 1.700 auf 3.400 wird die Polizeistärke auf über 42.500 Beamtinnen und Beamte angehoben.
- **Die Maßnahmen der Terrorabwehr weiter stärken.** Mit allen Mitteln der Polizei und des Verfassungsschutzes werden wir die Maßnahmen gegen Gewalt und Terror verstärken. Flankierend dazu müssen auch die Aufklärung von und Prävention gegen politischen Extremismus – wie gewaltbereiten Salafismus und anderen Formen des Extremismus – weiter intensiviert werden.
- **Dafür sorgen, dass die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt.** Das Prinzip von besonders beschleunigten Strafverfahren muss gerade in Bezug auf Jugendliche und junge Erwachsene konsequent umgesetzt werden. Dafür bedarf es einer engen Abstimmung zwischen den Ermittlungsbehörden und der Justiz. Die Strafe, z. B. bei Taschendiebstählen, folgt der Tat auf dem Fuße. Urteile sind innerhalb einer Woche möglich. Die Abschreckung dieser beschleunigten Verfahren ist hoch. Die Konzeption weiterer *Häuser des Jugendrechts* für Intensivtäter werden wir fördern und unterstützen.

- **Für eine bürgernahe und effektive Polizeiarbeit sorgen.** Der Bericht der Expertenkommission *Bürgernahe Polizei – Den demografischen Wandel* gestalten aus dem Jahr 2015 kommt zu dem Ergebnis, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen in ihren Strukturen generell gut aufgestellt ist. Gleichwohl werden wir die Empfehlungen der Kommission zum Anlass nehmen, weitere Maßnahmen zur Optimierung umzusetzen. Dazu zählt, Polizeivollzugskräfte von solchen Aufgaben zu entlasten, die nicht polizeiliche Kernaufgaben sind, sowie die Organisationsabläufe innerhalb und zwischen den Polizeibehörden effizienter zu gestalten. Ebenso werden wir darauf hinwirken, dass die Einsatzunterstützung in anderen Bundesländern auf das notwendige Maß beschränkt wird. Die technische Ausstattung der Polizei werden wir weiter verbessern und dem technischen Fortschritt und aktuellen Entwicklungen der Polizeieinsatztaktik entsprechend anpassen. So sorgen wir unter anderem dafür, dass die gegenwärtig getestete Ausstattung von Einsatzfahrzeugen mit mobilen Datenverarbeitungsgeräten (Tablets) flächendeckend eingeführt wird. Unser ganzheitlicher Ansatz umfasst auch die Bereiche Wissenschaft und Forschung. Wir wollen daher unsere Polizistinnen und Polizisten gezielt über Studienangebote weiterbilden und die Sicherheitsforschung stärken.
- **Konsequent gegen Hass und Extremismus vorgehen.** Unsere Anstrengungen gegen politische und religiöse Extremisten werden wir ausbauen und den Kampf gegen Hasskriminalität und rassistische Volksverhetzung verstärken.
- **Gewalt gegen Frauen verhindern.** Wir werden insbesondere bei Großveranstaltungen besondere Gefährdungslagen für Frauen als Teil der Einsatzstrategie berücksichtigen. Ein erfolgreiches Beispiel gab es bereits durch die gemeinsame Einrichtung von *Security Points* im Karneval.
- **Für mehr Respekt eintreten.** Den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes muss mehr Respekt entgegengebracht werden. Dafür werden wir weitere geeignete Maßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sowie der Beschäftigten in den übrigen Bereichen des Öffentlichen Dienstes identifizieren und umsetzen.
- **Die Freiwillige Feuerwehr stärken.** Die Rahmenbedingungen für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr wollen wir weiter verbessern und dafür sorgen, dass die Ergebnisse aus dem von uns geförderten und gemeinsam mit dem Verband der Feuerwehren (VDF) durchgeführten Projekt *FeuerwEhrensache* umgesetzt werden. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass mehr Frauen sowie Migrantinnen und Migranten für die Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr gewonnen werden und der Personalkörper der Freiwilligen Feuerwehr insgesamt ausgebaut und verjüngt wird.
- **Das Zusammenspiel der Behörden effizienter gestalten.** Wir wollen für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen kommunalen Ordnungsbehörden und Sicherheits-

behörden sorgen. Dazu werden wir die Vernetzung, Koordinierung und Kooperation mit den Sicherheitspartnern ausbauen. Gerade kommunale Ordnungspartnerschaften spielen dabei eine entscheidende Rolle. Die kommunalpräventiven Räte wollen wir auch für Sozialverbände und Migrantenselbstorganisationen öffnen.

- **Mit baulichen Maßnahmen Wohnungseinbrüchen vorbeugen.** Wir streben eine freiwillige Selbstverpflichtung mit der Wohnungs- und Bauwirtschaft zum Einbau von Türen und Fenstern mit höherer Schutzklasse an, um erfolgreich Einbrüche zu verhindern. Nachbarstaaten verzeichnen Erfolge mit erhöhten Anforderungen an die Schutzklasse. Ziel ist der verpflichtende Einbau bei Neu- und Umbauten. Für die Nachrüstung von Bestandsbauten legen wir ein Förderprogramm für Wohnungs- und Hauseigentümer sowie für Mieter auf.
- **Angsträume beseitigen und Nachbarschaften stärken.** Um das Sicherheitsempfinden der Menschen zu verbessern und Angsträumen den Schrecken zu nehmen, werden wir ein jährliches Förderprogramm für die Kommunen zur Beseitigung von Angsträumen auflegen (*1.000 helle Plätze*). Gemeinsam mit den Kommunen starten wir eine Initiative zur Stärkung der Nachbarschaften im Kampf gegen Verwahrlosung und Kriminalität (*sicher, sauber, schön*).

9.2 Wir werden aktiv, bevor etwas passiert.

Insbesondere beim Engagement gegen Jugendkriminalität und bei der Bekämpfung von religiösem wie politischem Extremismus spielt die Prävention eine immer wichtigere Rolle. Wir wollen Kriminalität und kriminellen Karrieren ihren Nährboden entziehen.

Das Schaffen von Perspektiven durch die Beseitigung von Armut, die Eröffnung von Bildungsmöglichkeiten und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist dafür die Basis. Mit unseren NRW-Initiativen *Kurve kriegen* und *klarkommen! Chancen bieten durch Prävention vor Ort* fördern wir wichtige Vorbeugungsmaßnahmen zur Vermeidung von Jugendkriminalität. Unser Programm *Wegweiser – Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus* sowie das *Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus* bekämpfen verfassungsfeindliche Einstellungen in einem frühen Stadium.

Auch bei der Verhinderung von Einbruchsdiebstählen verfehlt Prävention ihre Wirkung nicht. Unser Programm *Riegel vor! Sicher ist sicherer.* gegen Wohnungseinbrüche sensibilisiert die Bürgerinnen und Bürger für Gefahren und zeigt ihnen konkrete Vorbeugungsmaßnahmen auf.

Wir werden deshalb:

- **Unsere Präventionsprogramme fortsetzen und ausbauen.** Die landesweite Vernetzung der erfolgreichen dezentralen *Wegweiser*-Strukturen zur Bekämpfung des Salafismus werden wir vorantreiben. Die Aufklärungs- und Ausstiegsarbeit durch

den Verfassungsschutz im Bereich des Rechtsextremismus muss ausgebaut werden. Um weitere Ansätze von Deradikalisierung und neue Ansätze für Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, wollen wir auch die interdisziplinäre Extremismusforschung und Konflikt- und Gewaltforschung intensiver und dauerhaft fördern. Zur Prävention gehören auch gendergerechte Aussteigerprogramme für weibliche Salafistinnen und Rechtsextremistinnen.

- **Die Kooperation unterschiedlicher Akteure verbessern.** Wir wollen effektive und ganzheitliche Kooperationen unter Mitwirkung aller beteiligten öffentlichen Behörden und Einrichtungen (Schule, Kommune, Polizei, Verfassungsschutz etc.) aufbauen und Fallkonferenzen vor Ort etablieren. Auch die Zusammenarbeit mit Akteuren der Zivilgesellschaft werden wir wie beim Projekt *Heroes* verstärken.
- **Junge Menschen gezielt ansprechen und sensibilisieren.** Wir wissen, dass gerade junge Menschen anfällig sind für die perfiden Anwerbeversuche extremistischer Propagandamaschinen. Um diese Hauptzielgruppe für die Vorgehensweisen und Maschen der Extremisten zu sensibilisieren, werden wir das Projekt *Extrem daneben* auflegen. Ziel des Projektes ist es, alle Schülerinnen und Schüler der 10. und 11. Klassen in NRW zu erreichen. Begleitet werden sollen die Veranstaltungen von Vertretern des Verfassungsschutzes, von Persönlichkeiten aus der Internet-Szene und von Betroffenen selbst, die aus erster Hand ihre Erfahrungen mit dem Extremismus schildern.
- **Rechtsextremismus konsequent bekämpfen.** Wir wollen insbesondere die Kommunen befähigen, ihr Engagement zusammen mit der Zivilgesellschaft auszubauen, um der Entstehung und Verfestigung von rassistischen und rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft entgegenzutreten. Unser erfolgreiches Pilotprojekt soll daher auf das gesamte Land ausgeweitet werden.

9.3 Wir setzen auf die Stärke des Rechts und stärken den Verbraucherschutz.

Unsere Rechtspolitik ist Vorkämpfer für Freiheits- und Bürgerrechte. Wir setzen auf die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren. Eine verlässliche und effektive Justiz ist Grundlage dafür.

Auf NRW ist Verlass, wenn es darum geht, die liberalen Bürgerrechte gegen Eingriffe zu schützen. Und wir wissen: Der Zugang zum Recht darf nicht vom Geldbeutel oder dem Bildungsstand abhängen.

Wir haben den Verbraucherschutz gestärkt. Mit fünf neuen Beratungsstellen für die *Verbraucherzentrale* haben wir das flächendeckende Angebot systematisch landesweit ausgebaut. Kein anderes Bundesland unterstützt diesen Bereich finanziell so stark wie Nordrhein-Westfalen. Wir sind überzeugt, dass Verbraucherberatung verstärkt zu den Menschen kommen muss.

Wir führen die Justiz in NRW in die digitale Zukunft. Unser Recht darf sich auch der digitalen Zukunft nicht verschließen, wir brauchen auch im Zivilrecht ein digitales Update. Auch bei Facebook, Instagram und Co. gibt es derzeit immer noch mehr Rechtsfragen als Antworten: Wie kann der Einzelne zum Beispiel die Löschung eines Fotos in den sozialen Netzwerken erreichen? Wem gehören die Einträge in den Netzwerken? Die Digitalisierung unserer Gesellschaft wird auch in die letzte Hochburg der Papierakte Einzug halten.

Dabei steht für uns der Mensch im Mittelpunkt. Die 129 Amtsgerichte in NRW sind nicht nur der erste Anlaufpunkt für Fragen rund ums Recht, sondern auch in vielen Gemeinden ein Ort der Identifikation. Wir setzen dabei auf die alternativen und bürgernahen Streitschlichtungen durch Mediation und das Schiedsamtswesen. Daran werden wir festhalten. Denn das Recht muss jeden erreichen, aber auch für jeden erreichbar sein.

Es ist einer der größten Rechtsirrtümer in Deutschland zu glauben, dass Eheleute sich im Ernstfall gegenseitig vertreten dürfen. Das kann der Ehepartner nicht, denn nach geltendem Recht muss dann das Amtsgericht einen Betreuer bestellen. Wir sind der Überzeugung: Der Ehe- oder Lebenspartner sollte am besten die Wünsche und Entscheidungen der Betroffenen kennen. Deshalb setzen wir uns für ein *gesetzliches Vertretungsrecht des Ehe- bzw. Lebenspartners* ein.

Wir streiten weiter dafür, dass auch große Unternehmen und Konzerne die geltenden Regeln nicht umgehen dürfen. Über 50 Prozent der Schäden, die durch Straftaten entstehen, sind Folgen von Wirtschaftskriminalität. Verstöße von Unternehmen dürfen daher nicht wie „Knöllchen“ geahndet werden. Gerade in Zeiten weltweit handelnder Konzerne müssen wir bei der Bekämpfung von Kriminalität auch die Möglichkeit schaffen, nicht nur einzelne Mitarbeiter herauszugreifen, sondern das Unternehmen selbst auf die Anklagebank zu setzen. Deshalb setzen wir uns beständig für ein *eigenständiges Wirtschaftsstrafrecht* ein.

Für all das haben wir in den vergangenen sechs Jahren bereits eine gute Grundlage gelegt und rund 1.800 neue Stellen in der Justiz und im Vollzug eingerichtet. Wir behalten die Belastung und Laufzeiten in der Justiz auch weiterhin im Auge. Im Strafvollzug in NRW werden wir die Anstaltsgebäude weiter modernisieren und setzen auf gut ausgebildete Beschäftigte. Nur wenn wir beides haben, kann der Vollzug unsere wichtigste Aufgabe erfolgreich erfüllen: Gefangene bereit zu machen für ein straffreies Leben. Das gelingt nur mit einem immer umfassenderen Bildungs-, Ausbildungs- und Therapieangebot. Die Grundlage dafür haben wir mit unseren modernen Vollzugsgesetzen gelegt.

Wir werden deshalb:

- **Den Rahmen für eine bürgerfreundliche Justiz schaffen.** Wir werden uns für die *schrittweise Einführung eines freiwilligen Widerspruchsverfahrens* einsetzen. Es soll Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, belastende Verwaltungsakte noch

einmal durch die Verwaltung kostenfrei überprüfen zu lassen, ohne dass dies zu einem Verstreichen der Klagefrist führt. Wir wollen auch die Einführung der elektronischen Akte und des *elektronischen Rechtsverkehrs* auf ganz NRW ausweiten und gemeinsam mit den Beschäftigten in der Justiz über die neuen Anforderungen einer digitalen Justizverwaltung sprechen. Dabei muss es auch darum gehen, bestehende Berufsbilder weiterzuentwickeln. Öffentliche Beratungsstellen sollen zukünftig in NRW eine Lotsenfunktion erfüllen und Menschen bei komplizierten rechtlichen Fragen an kompetente Ansprechstellen vermitteln.

- **Den Verbraucherschutz stärken.** Die Verbraucherberatung bietet vor Ort niedrigschwellige und unabhängige Beratung, Informationen und Bildungsangebote an. Wir wollen auch die Verbraucher erreichen, die bislang nur schwer den Zugang zur Verbraucherberatung finden. Dabei wollen wir die Verbraucherarbeit und die Quartiersentwicklung stärker miteinander verbinden. Die Vereinbarung zwischen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Verbraucherzentrale NRW e.V. werden wir auch über das Jahr 2020 hinaus fortführen. Für Menschen mit einer Behinderung wollen wir den Alltag mit einer gezielten Verbraucherberatung erleichtern. Mit dem koordinierenden Programm *Gesunde Ernährung* im Bereich des Verbraucherschutzes werden wir die unterschiedlichen Projekte der Landesregierung zusammenführen und mit einheitlichen Zielen versehen. Im Bund setzen wir uns dafür ein, dass neue Geschäftsmodelle, wie Streaming-Dienste oder Cloud Computing, nicht durch lange und unverständliche Geschäftsbedingungen einseitig zu Lasten der Verbraucher geregelt werden. Kaufentscheidungen werden in wenigen Sekunden getroffen. Eine Lebensmittel-Ampel ist eine praktische Entscheidungshilfe für gesundheitsbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher. Deshalb unterstützen wir auf bundes- und europäischer Ebene Initiativen zur Einführung einer Lebensmittel-Ampel.
- **Die Schuldnerberatung intensivieren.** Wir setzen uns dafür ein, dass sich auch die Privat- und Genossenschaftsbanken an der Finanzierung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung beteiligen. Wir werden zudem für eine Zusammenführung von Insolvenz- und Schuldnerberatung sorgen. Mit der Zusammenlegung und der Erhöhung der Mittel werden wir der veränderten Lebensrealität besser gerecht und beseitigen die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Insolvenz- und Schuldnerberatung. Im Ergebnis erreichen wir eine effektivere, dem Bedarf des Schuldners angepasste Hilfe.
- **Aus NRW heraus Initiativen für eine moderne Rechtspolitik ergreifen.** Wir wollen aus einem Rechtsirrtum endlich Rechtswirklichkeit machen und setzen uns dafür ein, dass Ehepartner ein gesetzliches Vertretungsrecht für den Betreuungsfall haben. Unsere Initiative für ein *modernes Unternehmensstrafrecht* bleibt auf der Tagesordnung. Wir werden es im Bund durchsetzen und machen uns dafür stark, dass Whistleblower, die Schaden von der Allgemeinheit abwenden oder durch ihre Veröffentlichun-

gen demokratische und freiheitsrechtliche Interessen schützen, gesetzlichen Schutz erhalten. Mit einem *neuen nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetz* werden wir das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zeitgemäß ausgestalten.

- **Einen zeitgemäßen Strafvollzug umsetzen.** Mit unserem *Strafvollzugsmodernisierungsprogramm* sorgen wir für die Modernisierung der Anstaltsgebäude in NRW. Ein zeitgemäßer Strafvollzug benötigt auch entsprechende personelle Ressourcen. In den kommenden Jahren werden wir deshalb die Einstellungszahlen für den Allgemeinen Vollzugsdienst im Justizvollzug um jeweils 100 anheben und dementsprechend auch die Ausbildungskapazitäten erweitern. Wir werden ausreichend personelle und sonstige Ressourcen bereitstellen, um bei Verurteilungen zu Strafen, die zur Bewährung ausgesetzt sind, die Verhängung von spürbaren Auflagen und damit gleichzeitig eine engmaschige Betreuung und Beratung sicherzustellen. Radikalisierungstendenzen im Vollzug werden wir entschieden entgegentreten. Dazu werden wir neben Fortbildungsangeboten für die Vollzugsbediensteten ein Netzwerk mit anderen Akteuren, wie dem Verfassungsschutz, aber auch zivilgesellschaftlichen Akteuren schaffen, um eine Radikalisierung von Gefangenen möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen.

9.4 Wir stehen auf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Nordrhein-Westfalen lebt Vielfalt in guter demokratischer Tradition. Ein tolerantes und solidarisches Miteinander ist die Grundlage für Zusammenhalt. Wir wollen diese Haltung insbesondere an die nächsten Generationen weitertragen. In der Demokratieerziehung leisten die Landeszentrale für politische Bildung, Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen, die außerschulische Jugendarbeit, Vereine und Verbände einen wichtigen Beitrag, um insbesondere junge Menschen für unsere Demokratie zu gewinnen.

Angesichts der aktuellen Herausforderung der Integration von Flüchtlingen, erbringen die Einrichtungen politischer Bildung aktuell auch einen bedeutenden Beitrag bei der Vermittlung demokratischer Werte und Prozesse an Geflüchtete.

Mit unserem umfassenden Handlungsprogramm fördern wir strukturiert die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus. Die Ausweitung der Förderung kommunaler Initiativen gehört genauso dazu wie die Stärkung der Opferberatungsstellen Rheinland und Westfalen, der fünf Mobilien Beratungen sowie des Ausstiegsprogramms *NINA NRW* und des Verfassungsschutzes.

Wir werden deshalb:

- **Die politische Bildungsarbeit stärken.** Die Landeszentrale für politische Bildung wollen wir aufwerten und mit einem Kuratorium öffnen. Wir handeln nach dem Prinzip *Politische Bildung für alle*. Gesellschaftliche Ungleichheit und geringe politische Partizipation hängen zusammen. Deshalb werden wir neue Formate der Ansprache in

der politischen Bildung entwickeln und dort ansetzen, wo die Menschen sind, nämlich im Quartier. Wir setzen verstärkt auf aufsuchende politische Bildung, die sozialraumorientiert arbeitet und Akteure vernetzt.

- **Die Erinnerungskultur fördern.** Wir wollen die Erinnerungskultur stärken und angesichts immer weniger werdender Zeitzeugen neu ausrichten. Wir werden den Rahmen schaffen, damit im Laufe der Schulzeit jeder nordrhein-westfälische Schüler und jede nordrhein-westfälische Schülerin die Möglichkeit hat, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen.
- **Rechtsextremismus mit einem Gesamtansatz bekämpfen.** An unser integriertes *Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus* werden wir anknüpfen und es anhand einer Evaluation im engen Austausch sowohl mit den staatlichen als auch mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren fortschreiben.

9.5 Wir stehen für religiöse Toleranz und Vielfalt.

Die Menschen in NRW zeichnen sich durch eine große Vielfalt aus: Kulturell, weltanschaulich und religiös. Erfolgreich haben wir in einem gemeinsamen Kraftakt aller im Landtag vertretenen Fraktionen die Anerkennung von Körperschaftsrechten für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf eine neue verlässliche rechtliche Grundlage gestellt.

Die christlichen Kirchen sind für uns beständiger Partner zur Ausgestaltung einer gerechten Gesellschaft. Wir sind dankbar dafür, dass jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen heute wieder zu einem selbstverständlichen Bestandteil unseres Landes gehört. Mit den jüdischen Gemeinschaften in NRW stehen wir im engen Dialog. Jüdisches Leben sicher gestalten und jüdischen Glauben sicher ausüben zu können, muss in Nordrhein-Westfalen gewährleistet bleiben. Diese Sicherheit ist staatliche Aufgabe.

Der islamische Glaube mit seinen mittlerweile rund 1,5 Millionen Musliminnen und Muslimen unterschiedlicher Herkunft und religiöser Prägung gehört zu Nordrhein-Westfalen. Gelingende Integration setzt einen konstanten Dialog voraus. Mit der Einführung des islamischen Religionsunterrichtes an nordrhein-westfälischen Schulen sind wir vorangegangen. Wir werden weiter daran arbeiten, dass die bis Mitte 2019 gültige Beiratslösung eine gute Anschlussregelung findet.

Für uns ist klar: Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt. Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht. Das bedeutet für uns auch: Das

Recht, keine Religion zu haben und in keiner Weise an religiösen Handlungen teilhaben zu müssen ist ein konstituierendes Merkmal unserer Demokratie.

Unser gesellschaftliches Leben wird durch Verbände und Einrichtungen der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bereichert und gestärkt. Wir brauchen den intensiven Austausch mit ihnen, um gemeinsame Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Die Religionsfreiheit – und damit auch die Freiheit, keiner Religion anzuhängen – ist ein hohes Gut. Wir dulden aber keinen Missbrauch. Religiös begründete Haltungen dürfen nicht als Vorwand dienen, Menschenrechte und Demokratie auszuhebeln. Religiösem Fundamentalismus, der sich über unsere freiheitlich demokratische Grundordnung erhebt, treten wir genauso entschieden entgegen, wie rassistischen, antisemitischen oder islamfeindlichen Angriffen.

Wir werden deshalb:

- **Den Austausch mit Kirchen und jüdischen Gemeinden fortsetzen.** Den intensiven Dialog mit den christlichen Kirchen und den jüdischen Gemeinden werden wir fortsetzen und das gute Miteinander ausbauen.
- **Den Dialog mit den islamischen Verbänden weiterführen.** Das von uns angestoßene *Dialog.Forum.Islam* werden wir fortsetzen und den mit unterschiedlichen islamischen Verbänden begonnenen Dialog zur Anerkennung als islamische Religionsgemeinschaften weiterführen.
- **Das Lutherjahr feiern.** In diesem Jahr feiern die Evangelischen Landeskirchen 500 Jahre Reformation. Die Reformation hat unser Land über Jahrhunderte mit geprägt. Das Lutherjahr ist deshalb ein wichtiger Anlass, sich an dieses Fundament unseres Gemeinwesens zu erinnern.

IV. NRW: VERLÄSSLICH KURS HALTEN!

Die Welt ist in einer Zeit großen Wandels, mit tiefgreifenden Konsequenzen auch für unser Land. Die Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte immer Verantwortung übernommen, um Wandel aktiv zu gestalten. Sie ist die verlässliche politische Kraft in Nordrhein-Westfalen.

Mit uns bleibt Nordrhein-Westfalen für die Menschen auch in Zukunft ein Ort, an dem Berechenbarkeit und Verlässlichkeit das politische und gesellschaftliche Leben bestimmen. So gewinnt NRW Mut und Zuversicht in die Gestaltbarkeit der Dinge.

Mit uns wird sich Nordrhein-Westfalen in der Mitte Europas nicht abschotten, sondern Motor des europäischen Gedankens bleiben. Wir sind überzeugt: Es lohnt, sich für Europa zu engagieren.

Je enger die Welt zusammenrückt, desto nötiger ist die Europäische Union. Zur Gestaltung der Globalisierung brauchen wir ein geeintes, friedliches und wirtschaftlich starkes Europa. Gerade als überzeugte Europäerinnen und Europäer erwarten wir, dass Europa seine Verantwortung bei der Bewältigung der aktuellen Krisen wahrnimmt. Neue Strahlkraft wird Europa nur gewinnen, wenn es einen wirksamen Beitrag zur Regulierung der globalen Wirtschaft, vor allem der globalen Finanzmärkte, leistet. Im alltäglichen Leben der Menschen muss es stärker als Treiber für Zukunftschancen, soziale Gerechtigkeit und neue Lebensqualität erfahrbar werden. Was NRW dazu beitragen kann, wird es leisten.

In vielen Regionen der Welt sind Armut und Hunger, Krieg und Vertreibung an der Tagesordnung, werden Menschenrechte mit Füßen getreten und demokratische Initiativen im Keim erstickt. Von einer gerechten Verteilung von Wohlstand und Lebensperspektiven sind wir noch weit entfernt. Die reichen Länder des Nordens stehen in der Verantwortung, auch hier eine wirtschaftliche, soziale und demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Mit uns hat die internationale Entwicklungspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht nur große Tradition. Sie hat auch eine gute Zukunft.

Auch in unserem Land geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Wir finden uns damit nicht ab, denn wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wenn eine Gesellschaft zusammenhalten soll, dann muss es gerecht zugehen, dann müssen die stärkeren Schultern mehr tragen als die schwächeren, dann muss die soziale Mitte Luft zur Entwicklung haben und darf nicht weiterhin immer stärker zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte herangezogen werden.

Deswegen haben wir die NRW-Familien von Studien- und Kitagebühren in Höhe von 400 Millionen Euro jährlich entlastet. Deswegen setzen wir uns für eine gerechte *Steuerreform* und die Wiedereinführung der *Vermögenssteuer* im Bund ein. Deswegen haben

wir den Kampf gegen Steuerhinterziehung und die Steuertricksereien der Konzerne aufgenommen.

Mit Erfolg: Unter der Führung Nordrhein-Westfalens ist die Amnestie für deutsche Steuerhinterzieher in der Schweiz verhindert worden. Wir haben damit deutlich gemacht: Der ehrliche Steuerzahler darf nicht hinterher der Dumme sein. Durch die Beschaffung von Steuer-CDs und die auf rund 23.000 angestiegene Zahl der Selbstanzeigen hat das Land seitdem Mehreinnahmen von schätzungsweise rund 2,3 Milliarden Euro erreicht. Und wir haben den Weg geebnet für ein transparentes und gerechtes EU-Abkommen mit der Schweiz. Kein anderes Bundesland kann einen derartigen internationalen Erfolg vorweisen. Der Kampf gegen die Steuerkriminalität und für mehr Steuergerechtigkeit bleibt ein Markenzeichen unserer Politik.

In Nordrhein-Westfalen haben wir gezeigt, wie man einen Haushalt konsolidiert, ohne Sozialabbau zu betreiben oder Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen. Der Erfolg: Erstmals seit dem Jahr 1973 kommt NRW in 2016 ohne neue Kredite aus. Im Gegenteil – das Land konnte einen Überschuss über 200 Millionen Euro erwirtschaften.

Schon heute ist klar: Wir werden die Schuldenbremse einhalten. Die „Schwarze Null“ ist für uns aber kein Selbstzweck. Sie ist die Wegmarke einer nachhaltigen und verlässlichen Investitionsstrategie – einer Strategie für eine vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik, für Integration und Inklusion, für lebenswerte Städte und Gemeinden und für eine starke Wirtschaft. Auch hier halten wir verlässlich Kurs.

10. Wir stehen für stabile Finanzen.

Wir stehen für eine kluge Finanzpolitik, die für Investitionen sorgt, den Haushalt konsolidiert und sich für mehr Steuergerechtigkeit einsetzt. Durch solide Landesfinanzen erhalten wir den Spielraum für Zukunftsinvestitionen und bauen ihn aus. Als guter Arbeitgeber wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter gemeinsam mit den Beschäftigten modernisieren. Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit: Wir werden Steuerhinterziehung weiter konsequent bekämpfen. Und wir sind weiterhin der Auffassung, dass Megaeinkommen und Megavermögen stärker zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen beitragen müssen.

Damit knüpfen wir an unsere Politik der letzten Jahre an: Mit verantwortungsvoller Haushaltspolitik haben wir die Neuverschuldung im Landeshaushalt in den letzten Jahren kontinuierlich abgesenkt. 2016 kam der Landeshaushalt erstmalig seit 1973 ohne die Aufnahme neuer Kredite aus. Die Absenkung der Neuverschuldung auf Null im vergangenen Jahr war möglich, ohne wichtige Zukunftsinvestitionen in Kinder, Bildung und Kommunen zu vernachlässigen. Selbst die erheblichen finanziellen Aufwendungen für

die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen waren zu schultern, ohne unseren Konsolidierungspfad zu verlassen.

Wir haben für mehr Steuergerechtigkeit gesorgt. Es ist das Verdienst unserer sozialdemokratischen Politik in NRW, dass Steuerschlupflöcher geschlossen wurden und Steuerhinterziehung endlich wirksam bekämpft wird.

Zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik gehört eine faire Verteilung aller Finanzmittel. Wir haben uns deshalb für die Neuregelung des *Länderfinanzausgleiches* stark gemacht. Wir wollen, dass mehr von der Finanzkraft des Landes auch dem Land zugute kommt. Durch die Neureglung des Länderfinanzausgleichs und die damit verbundene Abschaffung des Umsatzsteuervorgewegausgleichs stehen NRW ab 2020 rund 1,4 Milliarden Euro mehr für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und andere wichtige Vorhaben zur Verfügung. Unser Einsatz hat sich gelohnt: Ob beim neuen Bundesverkehrswegeplan oder beim Hochschulbau, der Forschungsförderung oder bei den Regionalisierungsmitteln – NRW erhält nun seinen gerechten Anteil bei den Investitions- und Fördermitteln.

10.1 Unser Dreiklang gilt: Zukunftsinvestitionen, Haushaltskonsolidierung und Einnahmeverbesserungen.

Wir werden die Haushaltskonsolidierung fortführen und weiterhin die notwendigen Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt tätigen. Mit unserer Finanzplanung für die nächsten Jahre haben wir erneut unter Beweis gestellt, dass Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen kein Widerspruch sein müssen.

Mit dem Programm *Gute Schule 2020* haben wir zusammen mit der *NRW.Bank* ein Zwei-Milliarden-Euro-Paket entwickelt, um marode kommunale Schulgebäude zu sanieren. Gleichzeitig werden wir 2020 verbindlich die Schuldenbremse einhalten. Wir sparen dort, wo es maß- und sinnvoll ist. Die Schuldenbremse darf aber nicht dazu führen, notwendige Investitionen abzuwürgen.

Unsere landeseigenen Betriebe leisten eine wichtige Arbeit für das Land. Sie verwalten und bewirtschaften große Teile unseres Landeseigentums. Wir sind auf dem Weg den *Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW* fit für die Zukunft zu machen: Seit 2010 schreibt er kein Defizit mehr. Durch Neueinstellungen haben wir dafür gesorgt, dass erforderliche Baumaßnahmen schnell umgesetzt werden.

Wir stehen für Gute Arbeit auch in unseren landeseigenen Betrieben und Gesellschaften. Die Interessen der Beschäftigten werden wir auch bei Organisationsveränderungen berücksichtigen.

Wir wissen um die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur für unser Land, für die Menschen, die hier leben, und für die Wertschöpfung in unseren Betrieben und unserer

Industrie. Für Erhalt und Ausbau der Infrastruktur müssen wir neue Wege beschreiten, weil wir nicht dauerhaft „auf Verschleiß“ fahren wollen. Wenn es volkswirtschaftlich und projektbezogen wirtschaftlich ist, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, anstatt weiter zu „flickschustern“, müssen Projekte auch außerhalb des Landeshaushalts über innovative Fonds- und Finanzierungsmodelle realisierbar gemacht werden. Lebenszyklusorientierung und Wirtschaftlichkeit müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

Unsere Sparkassen sind ein Erfolgsmodell. Wir wollen sie weiter stärken. Eine Privatisierung des Sparkassensektors kommt für uns nicht in Frage. Durch die anhaltende Niedrigzinsphase und immer höhere Regulierungsanforderungen vom Bund und der EU ist ihr Geschäft schwieriger geworden. Trotzdem bleiben die Filialdichte und die Kundennähe ein Markenkern der Sparkassen.

Von den Abgaben auf legale Glücksspielangebote finanzieren wir wichtige soziale Projekte. Vor dem Hintergrund, dass die Einnahmen aus dem staatlichen Glücksspiel schwanken, haben wir die Weitergabe der Mittel an die Destinatäre aus Sport, Kultur, Denkmalschutz, gemeinnützigen Verbänden und Vereinen und karitativen Organisationen auf eine verlässliche Grundlage gestellt. Wir werden uns auch weiterhin für eine höhere Planungssicherheit und eine Verstetigung der Erträge einsetzen. Auf dem Gebiet des Glücksspiels fühlen wir uns im besonderen Maße der Suchtprävention, dem Jugendschutz sowie der Kriminalitätsbekämpfung verpflichtet. Zu verantwortungsvollem Glücksspiel gehört für uns auch die Einführung einer zentralen staatlichen und spielformübergreifenden Sperrdatei im Sinne des Spielerschutzes.

Wir werden deshalb:

- **Den Landeshaushalt weiter konsolidieren.** Wir werden unseren Konsolidierungspfad einhalten, ohne dabei Investitionen unterlassen. Wir sorgen dabei auch dafür, dass mit Blick auf den allen Ländern ab dem Jahre 2020 zugesagten Umsatzsteuerfestbetrag eine Fortschreibung der *Entflechtungsmittel* in der entsprechenden Höhe aus Landesmitteln erfolgt.
- **Für mehr Transparenz sorgen.** Für uns ist klar: Der Haushalt muss insgesamt transparenter werden. Wir wollen die Reform des *Haushalts- und Rechnungswesens EPOS* nutzen, um für stärkere Transparenz des Haushalts zu sorgen. Wir werden bei der Haushaltsaufstellung auch auf Gender Budgeting achten, da dies das finanzpolitische Instrumentarium der gleichstellungspolitischen Strategie des Gender Mainstreaming bedeutet.
- **Für Gute Arbeit sorgen.** Wir werden prüfen, ob es in unseren Landesbetrieben bei der Durchsetzung des Prinzips der Guten Arbeit Verbesserungsbedarf gibt.

- **Unsere Sparkassen stärken.** Wir setzen uns auf allen Ebenen für den Erhalt unserer Sparkassen ein. Gleichzeitig werden wir die Sparkassenverbände dazu drängen, ihre Empfehlungen für die Gehälter und die Altersvorsorge marktgerecht anzupassen. Vorstände haften schon heute bei entsprechenden Fehlleistungen.
- **Das Lotteriemonopol erhalten und illegales Glücksspiel konsequent bekämpfen.** Dazu gehört, dass wir den Empfängern weiterhin Planungssicherheit ermöglichen und im Sinne eines verantwortungsvollen Glücksspiels eine zentrale, staatliche und spielformübergreifende Sperrdatei im Sinne des Spielerschutzes einführen.

10.2 Wir stehen für einen modernen und attraktiven Öffentlichen Dienst.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst leisten eine unverzichtbare Arbeit für unser Land. Sie verdienen Anerkennung für ihren kompetenten und motivierten Einsatz. Die Landesbediensteten haben gleichzeitig in der Vergangenheit einen großen und spürbaren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet.

Mit den *Dienstrechtsmodernisierungen* der letzten Jahre haben wir die Grundlage dafür gelegt, dass der Öffentliche Dienst in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt ist. Die Reform des *Landespersonalvertretungsgesetzes* sichert wichtige Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte. Der Öffentliche Dienst hat jedoch in einigen Bereichen Schwierigkeiten, genügend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu finden.

Gut ausgebildete und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für ein gerechtes Bildungssystem. Das muss sich auch bei der Bezahlung von Lehrkräften widerspiegeln. Für uns gilt der Grundsatz: gleiche Ausbildung, gleiche Eingangsbedingungen bei der Besoldung, gleiche Arbeitsbedingungen in der Schule. Zu einer gerechten Entlohnung gehört auch, die Übernahme von besonderer Verantwortung zu honorieren.

Wir werden deshalb:

- **Das Besoldungs- und Versorgungsrecht weiterentwickeln.** Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir darüber beraten, wie das bestehende System des Besoldungs- und Versorgungsrechts flexibler, transparenter und leistungsorientierter gestaltet werden kann.
- **Eine Reform der Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern auf den Weg bringen.** Gemeinsam mit den Vertretern der Lehrerschaft werden wir eine Lösung für eine gerechte Eingangsbesoldung aller Lehrkräfte, die nach dem neuen Lehrerausbildungsgesetz gleich ausgebildet wurden, erarbeiten. Wir werden zudem den Erlass, der die Arbeit der Werkstattlehrerinnen und Werkstattlehrer an Berufskollegs regelt, weiterentwickeln und ein Beförderungsamtsamt für sie schaffen.

- **Selbstständigkeit der Schulen fördern und Leitungsaufgaben leistungsgerecht vergüten.** Damit einhergehend wollen wir die Schulaufsicht auf das notwendige Maß reduzieren und dort freiwerdende Ressourcen vor Ort einsetzen.

10.3 Wir sind der Anwalt für Steuergerechtigkeit in unserem Land.

Steuergerechtigkeit ist ein Markenzeichen unserer Finanzpolitik. Wir werden deshalb weiter Treiber für die Bundesebene sein, wenn es darum geht, Modelle der Steuerhinterziehung und -umgehung zu unterbinden.

Bis zu 100 Milliarden Euro werden jährlich in Deutschland von Kriminellen erwirtschaftet und gewaschen. Schmutziges Geld verzerrt den Wettbewerb und macht die organisierte Kriminalität von Jahr zu Jahr mächtiger. Bereits jetzt setzt NRW mit einer starken und gut organisierten Steuerfahndung bundesweit Maßstäbe. Die Zusammenarbeit zwischen Steuerfahndung und Kriminalpolizei ist auch dank einer Ermittlungsgruppe der Steuerfahndung im LKA vorbildlich. Das zeigt: Wir übernehmen Verantwortung und setzen neue Maßstäbe.

Und wir stehen für ein gerechtes Steuersystem mit einer bürgerfreundlichen Finanzverwaltung. Die Steuerhoheit der Gemeinden steht für uns nicht infrage. Es darf aber nicht sein, dass Firmen und Betriebe durch geschickte Ausgestaltung hierdurch Steuern sparen, die dann am eigentlichen Betriebsort fehlen.

Steuerpolitik ist für uns kein Selbstzweck, sie dient der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Der Investitionsstau ist auch in NRW enorm. Deutschland besteuert Vermögen unterdurchschnittlich. Für uns gilt: Es kann nicht sein, dass Kapital in Deutschland niedriger besteuert wird als Arbeit.

Wir werden deshalb:

- **Uns für eine gerechte Verteilung der Steuerlast einsetzen.** Unser Ziel ist es, kleine und mittlere Einkommen möglichst zielgenau zu entlasten. Dabei gilt es zu beachten, dass nicht auch hohe und höchste Einkommen gleichzeitig aufgrund der Systematik der Einkommenssteuer ein Vielfaches dessen an Steuerermäßigung erhalten. Deshalb bedarf es eines neuen Einkommensteuertarifs. Außerdem sollten Haushalte mit Kindern und Alleinerziehende besonders entlastet werden. Durch einen konsequenten Kampf gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung können wir diese Steuerentlastungen gegenfinanzieren.
- **Steuerhinterziehung und -umgehung bekämpfen.** Den eingeschlagenen Weg der Modernisierung der Finanzverwaltung werden wir fortsetzen und dabei insbesondere die Betriebsprüfung und Steuerfahndung stärken. Auch den Kampf gegen Geldwäsche werden wir fortsetzen und intensivieren. Wir setzen uns weiter für eine effektive Bekämpfung von Geldwäsche auf Bundesebene ein. Auf europäischer Ebene machen

wir uns für eine Austrocknung von Steueroasen inner- und außerhalb der EU sowie eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark. Wir drängen auf die schnelle Umsetzung der völkerrechtlichen Vereinbarungen gegen aggressive Steuer-gestaltung internationaler Konzerne in nationales Recht, um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch Großunternehmen zu verhindern. Für den Übergangs-zeitraum benötigen wir adäquate nationale Maßnahmen zur Verhinderung solcher Steuerumgehungspraktiken. Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen ein, die sich an NRW orientieren, wie für eine Ver-hinderung der Umgehung der Grunderwerbssteuer im großen Stil durch Verkäufe von Grundstücken als Teil von Unternehmensverkäufen. Was für den kleinen Haus- oder Wohnungskäufer gilt, darf auch bei großen Immobilienübertragungen nicht unterlau-fen werden.

- **Uns dafür einsetzen, dass Megaeinkommen und Megavermögen stärker zur Finan-zierung von Zukunftsinvestitionen beitragen.** Wir machen uns weiterhin für eine verfassungsfeste Vermögensteuer stark. Der gefundene Kompromiss zur Erbschaft-steuer ist für uns nicht zufriedenstellend. Gleichzeitig machen wir uns für die *Ab-schaffung der Abgeltungssteuer* und für die *Einführung einer Finanztransaktionssteuer* stark, die spekulative Finanzgeschäfte besteuert. Es kann nicht sein, dass für Güter des täglichen Bedarfs Umsatzsteuer zu zahlen ist, für spekulative Finanzgeschäfte jedoch nicht.
- **Erben zu ihrem Recht verhelfen.** Wir wollen ihnen dabei helfen herauszufinden, auf welchen Bankkonten das Geld ihrer verstorbenen Angehörigen liegt. Geld, das nach-richtenlos auf Konten von Banken und Kreditinstituten liegt, weil es in Vergessenheit geraten ist, wird auf Dauer den Berechtigten, aber auch dem Wertschöpfungskreis-lauf entzogen. Hier streben wir eine bundeseinheitliche Lösung an.

11. Wir sind in Europa und der Einen Welt Zuhause.

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Europa hat uns nicht schwächer, sondern stärker gemacht. NRW liegt im Herzen Europas mit engen wirtschaftlichen Verflechtungen, insbesondere zu den angrenzenden europäischen Ländern. Die europäische Integration sichert den Frieden, fördert den Austausch und bringt uns wirtschaftliche Prosperität. Deshalb machen wir uns für Europa stark. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokra-ten wollen, dass es auch weltweit gerecht zugeht. Als eine der größten Wirtschaftsregi-onen Europas und der Welt tragen auch wir dafür Verantwortung. Wir wollen deshalb unseren Teil dazu beitragen, die Globalisierung gerechter zu gestalten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir wollen gute Nachbarn sein, die keine Angst vor Europäischer Integration und globaler Vernetzung haben, sondern den Mut, sie sozial, demokratisch und solidarisch zu gestalten.

Deshalb haben wir unter anderem unsere *Benelux-Strategie*, gemeinsam mit den Nachbarländern, auf eine neue Grundlage gestellt. Wir haben in NRW für Europa geworben und uns in Brüssel für die nordrhein-westfälischen Interessen eingesetzt. Mit dem *Tariftreue- und Vergabegesetz* haben wir die Einhaltung des Fairen Handels gesetzlich in NRW verankert. Und mit unserer *Eine-Welt-Strategie* haben wir unseren Anspruch unterstrichen, die treibende Kraft unter den Bundesländern zu sein, wenn es um den Kampf für globale Solidarität, den Kampf gegen Armut und für eine nachhaltige Entwicklung geht.

11.1 Wir sind gute Nachbarn in einem starken Europa.

Europa befindet sich nach der Finanzmarktkrise, nach der Flüchtlingskrise und dem Brexit in einer seiner härtesten Bewährungsproben. Wir halten an seiner Grundidee fest. Auch unter den geänderten Vorzeichen bedeutet Europa weiterhin Frieden und Prosperität. Gerade Nordrhein-Westfalen profitiert heute unverändert stark vom europäischen Integrationsprozess.

Das vereinte Europa ist Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Deshalb wollen wir einen Neustart in Europa. Europa muss sich der Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit endlich annehmen und die Instrumente bekommen, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen. Im europäischen Binnenmarkt darf nicht allein der Wettbewerb das Maß aller Dinge sein. Arbeitnehmerrechte und soziale Standards müssen gleichrangig geschützt und durchgesetzt werden.

Schnellstmöglich muss innerhalb der Europäischen Union eine solidarische Lösung mit verbindlichen Regeln für die Asyl- und Flüchtlingspolitik gefunden werden. Denn es ist und bleibt ein Skandal, dass immer noch jedes Jahr tausende Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken. Die Europäische Union darf dabei nicht tatenlos zusehen. Wir wollen die legalen Zugangsmöglichkeiten sowie die Bedingungen vor Ort verbessern.

NRW bleibt wichtiger Akteur in der Region. Mit einer neuen Benelux-Strategie haben wir die grenzüberschreitende Arbeit auf neue Beine gestellt. Auch wenn die aktuelle Förderperiode der EU-Strukturfonds noch läuft, wollen wir frühzeitig die Weichen für die neu beginnende Förderperiode setzen und uns dafür einsetzen, dass NRW auch weiterhin von der Förderung profitiert.

Wir werden deshalb:

- **Für ein demokratisches, soziales, handlungsfähiges, stabiles und nachhaltiges Europa werben.** Wir werden rechtspopulistischen Parteien und ihrer antieuropäischen Propaganda wirksam entgegentreten. Dazu müssen wir den Menschen Europa wieder näher bringen. Wir stehen für das Subsidiaritätsprinzip und somit für eine bürgernahe, demokratisch verwurzelte und subsidiär aufgebaute Europäische Union mit starken Regionen und Kommunen.

- **Uns für ein Europa, das die Menschen und deren sozialen Schutz in den Mittelpunkt stellt, stark machen.** Wir werben für einen politischen Ansatz, der private und öffentliche Investitionen in den Bereichen Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik fördert. Wir sind überzeugt: Das immer weitere Anziehen der Sparschraube hilft den betroffenen Ländern nicht weiter.

- **Uns für einen Erhalt des deutschen Systems der Öffentlichen Daseinsvorsorge einsetzen.** Liberalisierungen wie z. B. der Wasserversorgung sind mit uns nicht zu machen. Wir wollen zudem die Gestaltungshoheit und den Handlungsspielraum der Kommunen zur Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge erhalten.

- **Die notwendigen Maßnahmen einfordern, um den offenen Schengen-Raum zu erhalten.** Wir stehen für eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen und die Unterstützung der betroffenen Mitgliedstaaten. Kontrollierte und damit sichere Außengrenzen sind die Voraussetzung dafür, die Freiheiten und damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile des Schengen-Raumes zu erhalten, Asylsuchenden Schutz zu gewähren und die Gefahren des internationalen Terrorismus wirksam zu bekämpfen.

- **Für eine humanitäre und solidarische europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik streiten.** Wir setzen uns für eine EU-einheitliche Regelung zum Verfahren für die Asylantragstellung in Häfen und Flughäfen sowie an Grenzorten ein. Notwendige Bedingung dafür ist eine faire und verbindliche Aufteilung der Verantwortung unter den EU-Mitgliedstaaten zur Aufnahme der Flüchtlinge. Dazu gehören gleichrangig die Umsetzung vertraglicher Festlegungen von menschenwürdigen Aufnahmebedingungen und faire Asylverfahren.

- **Unsere Interessen in Europa wirksam vertreten.** Wir werden die europapolitischen Prioritäten für unser Bundesland jährlich identifizieren und vorantreiben. Den engen und intensiven Austausch mit unseren europäischen Partnern wollen wir weiterhin pflegen und gegenüber den Europäischen Institutionen unsere Interessen vorbringen. Für die neu beginnende Förderperiode der Europäischen Strukturfonds werden wir frühzeitig die Weichen stellen und uns dafür einsetzen, dass NRW auch weiterhin von der Förderung profitiert. Wir stehen für eine integrierte Förderpolitik, die bei den Herausforderungen vor Ort ansetzt. Dabei kommt der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung in den Städten eine besondere Bedeutung zu.

- **Den Austausch im Europa der Bürgerinnen und Bürger fördern.** Die Förderung und Unterstützung engagierter Städtepartnerschaften wollen wir fortsetzen. Denn sie bilden das Rückgrat einer europäischen Bürger- und Zivilgesellschaft. Unser Ziel ist, die Kommunen und die Zivilgesellschaft in NRW dabei zu unterstützen, Partnerschaften mit Kommunen im Ausland einzugehen, sie zu vertiefen, neue Ideen für Kooperationen zu entwickeln und damit das Projekt Europa und die internationale Zu-

sammenarbeit vor Ort mit Leben zu füllen. Für den demokratischen Zusammenhalt in Europa wollen wir über die Programme von *Erasmus+* künftig noch mehr Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende mit Europa und seinen Menschen bekannt machen.

11.2 Wir setzen die Tradition unserer Eine-Welt-Politik fort.

Die Internationale Entwicklungszusammenarbeit hat bei uns mit Heinz Kühn und Johannes Rau nicht nur eine große Tradition, sondern auch eine gute Zukunft. Globale Solidarität, der Kampf gegen Armut und für nachhaltige Entwicklung haben für uns hohe Priorität.

Mit unserer *Eine-Welt-Strategie* haben wir nach einem umfassenden Konsultationsprozess unsere Politik auf sechs Handlungsfelder konzentriert. Neben Bildung gehören dazu Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft, Energie und Klimaschutz, Governance und bürgerschaftliches Engagement. Die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten hat uns erneut vor Augen geführt, wie drängend die Probleme in der Welt sind und wie wenig sich die wohlhabenden Länder des Nordens davon abschotten können.

Niemand verlässt seine Heimat auf gefährlichen Fluchtrouten freiwillig. Wir müssen darauf hinwirken, dass sich die Lebensbedingungen vor Ort bessern und die geflüchteten Menschen in ihrer Heimat das Leben führen können, welches sie sich in Europa erhoffen. Die Rede von der Bekämpfung von Fluchtursachen darf nicht zur Floskel verkommen und muss auch in konkrete Politik umgesetzt werden. Dies schließt unsere Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber den Ländern des Südens mit ein. Auch die Förderung ziviler Konfliktberatung im Ausland sowie eine Unterstützung möglichst präventiver ziviler Konfliktbearbeitung gehören dazu.

Entwicklungspolitik beginnt bei uns. Wir stehen für fairen Handel und faire Beschaffung. Mithilfe des *Tariftreue- und Vergabegesetzes* haben wir den fairen Handel als wichtigen Baustein zur Umsetzung globaler Gerechtigkeit vor Ort vorangetrieben. Durch das Büro *newtrade NRW* haben wir für Kommunen einen Ansprechpartner zur Verfügung gestellt, der zum Thema informiert. Die Post-2015-Agenda gestaltet Nordrhein-Westfalen mit. Mit einer *Nachhaltigkeitsstrategie* leistet NRW als erstes Bundesland Pionierarbeit, die globalen Nachhaltigkeitsziele des New Yorker UN-Gipfels von September 2015 umzusetzen.

Partnerschaften des Landes, der Kommunen, von Hochschulen, Kultur- und Sporteinrichtungen sind ein wichtiger Baustein der *Eine-Welt-Arbeit* des Landes. Sie tragen zum Abbau bestehender Klischees bei und fördern damit auch das Zusammenleben der Menschen in unserem Land. Wir sind in NRW stolz auf den Internationalen Standort Bonn sowohl als zweites bundespolitisches Zentrum wie auch als UN-Standort und Impulsgeber für globale nachhaltige Entwicklung.

Wir werden deshalb:

- **Unsere Eine-Welt-Strategie umsetzen.** In der Entwicklungszusammenarbeit wollen wir weiter Vorreiter unter den Bundesländern sein. Wir engagieren uns für Entwicklungszusammenarbeit und fairen Handel, weil nur über Perspektiven wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung die Ursachen für Krieg, Bürgerkrieg, Flucht, Vertreibung und ungesteuerte Migration wirksam bekämpft werden können. An unserer *Eine-Welt-Strategie* werden wir beteiligungsorientiert weiterarbeiten. Wichtige Partner bleiben dabei Kommunen, Eine-Welt-Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften, die Wirtschaft und die Hochschulen. Die UN-Nachhaltigkeitsziele werden wir als Querschnittsaufgabe vorantreiben. Darüber hinaus werden wir auch international für Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und Sozialstaatlichkeit eintreten.
- **Die Arbeit in unseren Schwerpunkten fortführen und weiterentwickeln.** Die Schwerpunkte unserer Entwicklungspolitischen Arbeit im Nahen Osten zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Rahmen humanitärer Hilfe werden wir fortsetzen. Unsere Partnerschaft mit Ghana ebenso wie unsere Projekte in Südafrika wollen wir als einen Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit setzen. Dabei nutzen wir auch die Erfahrungen und die Netzwerke der Diaspora-Gemeinschaften.
- **Für einen fairen Handel und eine nachhaltige öffentliche Beschaffung eintreten.** Die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Wirtschaft in diesem Bereich wollen wir verstärken und das Engagement von Unternehmen im Bereich sozial verantwortlicher Unternehmensführung (CSR) unterstützen. Unseren Einsatz für nachhaltige öffentliche Beschaffung und fairen Handel unter anderem durch das *Tariftreue- und Vergabegesetz* sowie das Büro *newtrade NRW* werden wir fortsetzen.
- **Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die Bildungsarbeit weiter unterstützen.** Die Einbeziehung von Kommunen und Zivilgesellschaft in NRW ist ein wichtiges Ziel unserer *Eine-Welt-Politik*. Wir werden sie weiter fördern. Viele Prozesse können so auf kommunaler und partnerschaftlicher Ebene angestoßen werden. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit all ihren bestehenden Elementen in Nordrhein-Westfalen werden wir fortsetzen, beispielhaft dafür seien das *Promotorenprogramm* sowie der *Konkrete Friedensdienst* genannt.
- **Den internationalen Standort Bonn stärken.** Insbesondere wollen wir die Kompetenzen der UN-Stadt Bonn im Bereich Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz sowie als Standort für Wissenschaft und Forschung ausbauen. Das Bonn-Berlin-Gesetz bleibt dafür die unverzichtbare Grundlage.

SPD. POLITIK FÜR DIE SOLIDARISCHE MEHRHEIT IN NRW.

Die großen Herausforderungen, vor denen unser Land auch in den nächsten Jahren stehen wird, sind nicht durch dumpfe Parolen oder leere Versprechungen zu meistern, sondern allein durch eine solide und mutige Regierungspolitik.

Nur wer selbst einen klaren Kompass hat, kann im Wandel Orientierung und Sicherheit geben und unser Land in eine gute Zukunft führen. Unser NRW-Plan zeichnet die langen Linien sozialdemokratischer Regierungspolitik in den nächsten fünf Jahren.

Es ist der Plan für ein starkes und gerechtes Nordrhein-Westfalen. Für die solidarische Mehrheit in NRW. Es bleibt dabei: Die Menschen stehen in Mittelpunkt unserer Politik.

Deshalb muss Hannelore Kraft Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen bleiben und die SPD-Fraktion wieder stärkste Kraft im Düsseldorfer Landtag werden.

Bei der Landtagswahl am 14. Mai 2017 wird Nordrhein-Westfalen beweisen, dass bei uns weiterhin nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das soziale Herz Deutschlands schlägt.

NRW. Stark und Gerech. Solidarisch und Verlässlich. Weltoffen und Zuversichtlich.

V.i.S.d.P.:

SPD Landesverband Nordrhein Westfalen
André Stinka
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 136220
E-Mail: info@nrwspd.de

Satz:

ensemble»design
Westenhellweg 5g
59494 Soest

#NRWIR

